22 ■ sozialpolitik in diskussion sozialpolitik in diskussion

Ursula Filipič, Annika Schönauer (Hg.)

QUO VADIS PARTIZIPATION UND SOLIDARITÄT?

Juni 2020
wien.arbeiterkammer.at

https://wien.arbeiterkammer.at/service/studienundzeitschriten/zeitschriften/Sozialpolitik_in_Diskussion.html

INHALTSVERZEICHNIS

Ursula Filipič, Annika Schönauer
Solidarität und Partizipation – quo vadis? 3

Benjamin Herr
Mitbestimmung in der Gig-Economy: Betriebsräte und plattformbasierte Essenszustellung 5

Christine Esterbauer
Einflussfaktoren und soziale Räume für Solidarität in Zeiten der Individualisierung 13

Hubert Eichmann
Der Wohlfahrtsstaat aus Sicht von Erwerbstätigen in ländlich geprägten Regionen in Österreich 25

Daniel Keil
Rechte Strategien in der Krise der Demokratie: Krisenperpetuierung und Pseudopartizipation 38

Johanna Bröse
Solidarität in Bewegung(en) 48

Berenike Ecker
Einbindung von ausgegrenzten bzw. ausgrenzungsgefährdeten Zielgruppen in Entscheidungsprozesse 60

Lukas Franta, Nadine Haufe
Co-Creation in der Stadtplanung: Solidarität und Partizipation 2.0? Erfahrungen aus dem Horizon-2020-Projekt SUNRISE 68

AutorInnen 82

Ursula Filipič, Annika Schönauer

SOLIDARITÄT UND PARTIZIPATION – QUO VADIS?

VORWORT

„Solidarität und Partizipation – quo vadis?" lautete der Titel einer im Oktober 2019 in der AK Wien im Rahmen des Forschungsnetzwerks universitäre und außeruniversitäre Sozialforschung (SOZNET) durchgeführten Veranstaltung. Damit wurde eine gemeinsame Veranstaltungsreihe fortgesetzt, die 2017 mit dem Thema „Zur Zukunft von Arbeit und Wohlfahrtsstaat" begonnen hatte. Die Kooperation zwischen der Arbeiterkammer Wien und SOZNET zielt darauf ab, den Austausch und Dialog zwischen sozialwissenschaftlicher Erkenntnis und gesellschaftspolitischer Praxis zu fördern und zu stärken.

Die Einladung zu Vorträgen richtete sich auch dieses Mal an (insbesondere junge) SozialwissenschafterInnen, um ihre einschlägigen Forschungsarbeiten einem breiteren Publikum von ForscherInnen sowie Expertinnen und Experten zu präsentieren und sie mit ihnen zu diskutieren. Das Thema war bewusst weit gefasst: Partizipation verweist auf die Einbeziehung von Individuen und Kollektiven in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse. Welche Solidaritäten daraus entstehen und welche Solidaritäten zur Beteiligung und Mitbestimmung beitragen, zeigen die Beiträge dieses Bandes für sehr unterschiedliche Themenfelder auf.

Benjamin Herr thematisiert Voraussetzungen und Chancen kollektiver Handlungsfähigkeit von PlattformarbeiterInnen in der Wiener Essenszustellung. Hoch atypische, oftmals prekäre und starker Fluktuation unterworfene Arbeitsplätze stellen Gewerkschaften vor besondere Herausforderungen.

Christine Esterbauer geht Einflussfaktoren und sozialen Räumen für Solidarität unter Bedingungen weitreichender Individualisierung auf den Grund. Sie zeigt dabei u. a., dass Solidarität gelernt werden kann, es dazu aber entsprechender sozialer Räume bedarf.

Hubert Eichmann befasst sich mit der Sicht von Erwerbstätigen aus österreichischen ländlichen Regionen auf den Wohlfahrtsstaat, der grundsätzlich sehr positiv bewertet wird. Ausgeprägt ist sowohl die Solidarität mit sozial schwachen Gruppen wie auch die Orientierung am Prinzip der gegenseitigen Unterstützung.

Im Zentrum von Daniel Keils Beitrag stehen Strategien rechter Parteien unter Bedingungen der Krise der Demokratie. Sie inszenieren sich dabei als soziale Parteien mit einem spezifischen Partizipationsangebot.

Johanna Bröse beschäftigt sich mit Solidarität als Strukturelement politischer Bewegungen und geht der Frage nach, wie Solidarität zu einer universal gelebten Wirklichkeit werden kann.

Berenike Ecker thematisiert erforderliche Faktoren für die Einbindung von marginalisierten jungen Menschen in die (Neu-)Gestaltung von Programmen zur Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit. Sie zeigt auf, dass es notwendig ist, Erfahrungen und Bedürfnisse der Betroffenen in den Dialog mit Politik und Institutionen einzubeziehen.

Lukas Franta und Nadine Haufe fokussieren auf Mitbestimmung bei der Stadtplanung und zeigen, wie durch die Zusammenarbeit sehr unterschiedlicher AkteurInnen gemeinsame Lösungen für spezifische gesellschaftliche Herausforderungen gefunden werden können.

Die Beiträge zeigen u. a. auch auf, dass Partizipation und Solidarität einer ständigen Neuaushandlung unterworfen sind.

Seit einigen Monaten sind Länder und Gesellschaften global durch die COVID-19-Pandemie mit beträchtlichen Herausforderungen konfrontiert. Dabei stellen sich gerade auch Fragen nach Partizipation, Teilhabe und Solidarität in neuer Dringlichkeit und Schärfe: Dies gilt gleichermaßen im Hinblick auf den erforderlichen Schutz und die Stärkung von Sozialstaaten wie auch von inklusiven demokratischen Entscheidungsfindungssystemen. Darüber hinaus zeigt sich deutlich, dass die Folgen der Pandemie kein individuelles Schicksal sind, sondern strukturelle Probleme sichtbar machen, die uns als gesamte Gesellschaft betreffen.

Partizipative, solidarische Prozesse sind vielfältig und vielfach. Beides führt der aktuelle Band eindrücklich vor Augen.

Wir wünschen eine anregende, spannende Lektüre.

Benjamin Herr

MITBESTIMMUNG IN DER GIG-ECONOMY: BETRIEBSRÄTE UND PLATTFORMBASIERTE ESSENSZUSTELLUNG

ZUSAMMENFASSUNG

Der vorliegende Beitrag beschreibt Zwischenergebnisse einer laufenden Untersuchung zur Betriebsratsarbeit in Plattformunternehmen am Beispiel der Essenszustellung. Jobs in der Plattformökonomie sind in hohem Grade atypisch. Die Beschäftigungssituation lässt sich für einen Teil der Beschäftigten als prekär beschreiben, vor allem in Bezug auf das schwankende Ausmaß verfügbarer Arbeitszeit und die geringe Vertretungsdichte. Zudem stellt die hohe Fluktuation eine gewerkschaftliche Herausforderung dar. Ziel der Untersuchung ist, einen Einblick in die Konstitutionsbedingungen und Verlaufsgeschichten der Betriebsräte zu bekommen, um daraus gewerkschaftliche Handlungsempfehlungen für vergleichbare Arbeitsfelder abzuleiten.

- Konstitutionsbedingungen: Gewerkschaften sollten selbstorganisierte Prozesse, auch wenn sie nicht zwingend in einen Betriebsrat münden, organisatorisch unterstützen.
- Verlaufsgeschichte: Die Gründung eines Betriebsrats ist in diesen Arbeitsfeldern kein Selbstläufer, deshalb muss die Nachhaltigkeit abgesichert werden.
- Erst mit einer nachhaltigen Organisierung auch der nicht fix angestellten Belegschaft können Interessen durchgesetzt und Machtressourcen aktiviert werden.

ABSTRACT

This paper draws on provisional findings of an ongoing research project into works councils in platform-based food delivery businesses. Non-standard forms of employment are typical for the platform economy, leading to a large number of precarious workers. This holds especially for the available working time and number of shop stewards. High turnover provides an additional challenge for unions. The aim of this research is to obtain a clear picture of the conditions that led to the establishment of works councils, as well as their later development. This will inform policy recommendations for comparable sectors and workplaces.

- Conditions for constitution: Unions should support workers' self-organization, even if it will not necessarily lead to the establishment of a works council.
- Trajectory: The establishment is not a sure-fire success, it therefore is critically important to support sustainability afterwards.
- Only when the organization has also penetrated to the freelancers among the workforce, works councils are able to enforce workers' interests and activate power resources.

1 EINLEITUNG

Plattformunternehmen ziehen sowohl im englisch- als auch im deutschsprachigen Raum mediale und wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf sich. Grundsätzlich agieren Plattformunternehmen als Intermediäre zwischen Arbeitskräften und Kundinnen und Kunden, wobei sie neue Technologien wie Smartphones und Apps einsetzen. Plattformunternehmen in der Essenszustellung vermitteln FahrerInnen, die über eine App administriert Bestellungen von Restaurants abholen und diese an die jeweiligen Kundinnen und Kunden ausliefern. Gegenstand sozialpolitischer Debatten ist die Frage, ob die jeweiligen Plattformunternehmen klassische Unternehmen sind oder tatsächlich nur eine reine Vermittlungstätigkeit anbieten. Dieser Punkt ist insofern relevant, als ein Großteil der Belegschaft von Plattformunternehmen in Selbstständigkeit arbeitet und damit zentrale soziale Absicherungen nicht über diese spezifische Art marktvermittelter Arbeit in Anspruch nehmen kann. Aus diesem Grund sind Plattformjobs auch im größeren arbeitssoziologischen Topos der prekären Arbeit verortet. Unter prekärer Arbeit versteht man Arbeit, die wesentliche existenzschützende Merkmale vermissen lässt, wie beispielsweise ein existenzsicherndes Einkommen (ungewollte Teilzeit), zeitliche Stabilität (keine garantierte Arbeitszeit) oder betriebliche Mitbestimmung über institutionell verankerte Organe (keine Betriebsräte bei Selbstständigen). Der letzte Punkt ist Gegenstand des vorliegenden Textes. Das zentrale Erkenntnisinteresse ist von der Frage geprägt, wie sich Betriebsratsarbeit in Plattformunternehmen am Beispiel der Essenszustellung darstellt. Im ersten Abschnitt werden die zentralen Konzepte beschrieben, um anschließend das Untersuchungsfeld und die methodische Vorgangsweise zu skizzieren. Darauf aufbauend werden erste prägnante Ergebnisse präsentiert und mit bisherigen Befunden kontextualisiert. Der daran anschließende Abschnitt reflektiert die bisherigen Ergebnisse im Rahmen der laufenden Forschung und leitet daraus weitere Schritte für das zukünftige Vorgehen ab.

2 ZENTRALE BEGRIFFE

Stanford (2017) definiert die zentralen Aspekte, die plattformbasiertes Arbeiten ausmachen. In unterschiedlichen Gewichtungen treffen folgende Punkte auf Plattformjobs zu: Erstens erfolgt die Arbeit „on demand", weshalb auch in dem Zusammenhang gerne von der „on-demand economy" gesprochen wird. On demand heißt, dass die unmittelbare Arbeitsleistung ungeplant angefragt wird. Eine Taxifahrt ist selten weit im Voraus geplant, dasselbe gilt für Essensbestellungen. Firmen können die Nachfrage prognostizieren, aber nicht exakt. Aus diesem Grund beschäftigen sie ein Arbeitskräftereservoir, das schnell abrufbar ist. Zweitens wird ein Großteil der PlattformarbeiterInnen pro erledigtem Auftrag bezahlt, daher auch der Begriff „Gig-Economy". Gleich einem „Gig" bekommen beispielsweise PaketdienstleisterInnen dann keinen fixen Stundenlohn, sondern werden für jedes abgelieferte Paket bezahlt. Risiken werden dadurch von der Firma zu den Beschäftigten ausgelagert. Drittens handelt es sich um ein Arbeitsverhältnis, das mehrere Parteien inkludiert: die Plattform, die Kundinnen und Kunden sowie die Arbeitskräfte. In der Essenszustellung kommt sogar noch eine vierte Partei hinzu, nämlich die Restaurants. Viertens bringen die Arbeitskräfte bestimmte Arbeitsmittel unbezahlt in den Arbeitsprozess mit ein. Eine zentrale Forderung bei den zahlreichen Protestaktionen von PlattformarbeiterInnen in

der Essenszustellung ist daher, für die Nutzung des eigenen Fahrrads, des eigenen mobilen Internetzugangs und des Mobiltelefons auch entschädigt zu werden. Fünftens sind diese Jobs digital vermittelt – und das ist auch der Punkt, der das Neue mit sich bringt. Während die vier vorigen Punkte ebenso auf zahlreiche andere Beschäftigungsverhältnisse zutreffen, stellt die digitale Vermittlung das Neuartige dar. Unter Einsatz von Apps, GPS und Algorithmen wird eine feingliedrige Steuerung und Kontrolle des Arbeitsprozesses und der Beschäftigten möglich (vgl. Moore 2018).

Betriebliche Mitbestimmung umfasst ein weites Feld an möglichen Partizipationsformen. Dieser Text legt den Fokus explizit auf Betriebsräte. Ein wesentlicher Fortschritt in der industriesoziologischen Betriebsräteforschung war die Betonung des interaktiven Moments der betrieblichen Interessenregulierung. Betriebsrat und Management stehen kommunikativ in einer engen Beziehung miteinander. Dementsprechend „muss der Schwerpunkt der Untersuchung auf der Beschreibung und Analyse der Kommunikation zwischen den Partizipationsakteuren liegen" (Kotthoff 1981, 35). Forschungspraktisch heißt das, danach zu fragen, wie sich das kommunikative Miteinander von Betriebsrat und Management darstellt: Wie nehmen die im Betriebsrat Aktiven ihre Einbindung in betriebliche Entscheidungen wahr? Wie stellt sich das vom Management zur Verfügung gestellte Informationsangebot dar? Welche Beziehungsmuster lassen sich in der Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Management erkennen? Auf welche Nenner kann die gelebte Alltagspraxis zwischen Management und Betriebsrat heruntergebrochen werden? Und wie stellt sich diese im Zeitverlauf dar?

Im Laufe der 1980er-Jahre hat sich in der deutschsprachigen Industriesoziologie der Arbeitspolitikansatz entwickelt. In diesem wird der Betrieb als politische Arena konzeptualisiert, in der die verschiedenen Akteurinnen und Akteure ihre Machtressourcen einsetzen (vgl. Jürgens/Naschold 1984; Naschold 1985). Die Entwicklung des Machtressourcenansatzes in den späten 1960er- und beginnenden 1970er-Jahren ist verknüpft mit der Wiederentdeckung von Klasse als Kategorie in der Analyse sozialer Zusammenhänge. Die Grundannahme ist, dass Arbeitskräfte ihre Interessen durch die kollektive Mobilisierung von Machtressourcen im Rahmen strukturell benachteiligender Kapital-Arbeit-Antagonismen durchsetzen können. *Strukturelle Machtressourcen* gründen in der ökonomischen Stellung von Arbeitskräften, d. h. wie sehr ihre Arbeitskraft am Markt nachgefragt und wie zentral sie für die Reproduktion von Kapitalakkumulation unmittelbar ist. *Organisationsmacht* wiederum beschreibt die Art von Machtressource, die dann entsteht, wenn sich Arbeitskräfte in Kollektiven zusammenfinden (vgl. Wright 2000; Silver 2003). Im Anschluss daran konzeptualisierten verschiedene AutorInnen eine Reihe weiterer Machtressourcen, wie z. B. *symbolische Macht* (vgl. Fine 2006; Chun 2009) oder *logistische Macht* (Webster et al. 2008, 12–13). Neben strukturellen Machtressourcen und der Organisationsmacht wird vor allem das aus dem deutschsprachigen Raum kommende Konzept der *institutionellen Macht* in die Analyse einbezogen (vgl. Dörre et al. 2009; Schmalz/Dörre 2013).

Um nicht nur ein unmittelbares Verständnis der aktuellen Situation der Betriebsräte zu bekommen, sondern auch zu einem ganzheitlichen Bild beizusteuern, ist es notwendig, abseits der Verlaufsgeschichte auch die Konstitutionsbedingungen zu rekonstruieren. Dafür ist die *Mobilization Theory* von John Kelly (1998) ein hilfreiches Werkzeug. Die Mobilization Theory identifiziert Rahmenbedingungen, unter denen sich Individuen zusammenfinden und miteinander eine kollektive Stimme entwickeln (vgl. Martin 1999, 1213). Dabei steht das Interesse an Dynamiken kollektiven Handelns, im Speziellen an der Mobilisierung von Menschen, im Mittelpunkt des analytischen Interesses (vgl. Holgate et al. 2018).

Im Anschluss an die Mobilization Theory nehmen Holgate et al. (2018) eine Unterscheidung zwischen Mobilisierung und Organisierung vor. Mobilisierung betrifft das Aktivieren von Machtressourcen, die schon da sind. Organisierung wiederum ist eine systematische Strategie, um zu notwendigen Machtressourcen zu gelangen. Sie zielt darauf ab, Mitglieder in einem kooperativen Prozess für die Durchsetzung ihrer Anliegen zu aktivieren, mit dem Bestreben, die Selbstidentifikation als Teil einer Gemeinschaft, die ein gemeinsames Ziel teilt, zu fördern.

3 FELDBESCHREIBUNG

In der laufenden Untersuchung werden teilstrukturierte Interviews mit (ehemaligen) FahrerInnen im Bereich der plattformbasierten Essenszustellung durchgeführt, die an der jeweiligen Betriebsratsgründung beteiligt waren. Die Analyse konzentriert sich auf den Vergleich zwischen zwei Unternehmen. Beide Plattformunternehmen gestalten den Arbeitsprozess in Hinblick auf die Anwendung von Tracking-Technologien und die Nutzung einer App recht ähnlich.

Grundsätzlich ist der Arbeitsalltag von EssenszustellerInnen auf Plattformen folgendermaßen gestaltet: FahrerInnen sind einer bestimmten Schicht zugeteilt, entweder weil sie fixe Schichtpläne haben oder weil sie diese Schicht gebucht haben. Am Beginn der Schicht öffnen sie die entsprechende App und aktivieren das GPS. Die App steuert sie dann durch den Arbeitstag, indem sie Restaurants, Adressen der Kundinnen und Kunden und die Bestellungen anzeigt. Die verschiedenen Arbeitsschritte müssen bestätigt werden: Auftrag annehmen, Bestellung entgegengenommen, Essen ausgeliefert.

In Bezug auf die Arbeitsorganisation unterscheiden sich die untersuchten Betriebe. Generell versteht man unter Arbeitsorganisation die Art und Weise, wie die Nutzung von Arbeitskraft im Kontext erwerbsförmiger Beschäftigung gestaltet ist (vgl. Flecker 2017). Das umfasst die Gestaltung von Arbeitszeit, die Entlohnung, aber auch die Möglichkeiten betrieblicher Mitbestimmung. Während das eine Plattformunternehmen A den Großteil der Belegschaft als freie DienstnehmerInnen beschäftigt, sind im Plattformunternehmen B alle fix angestellt. Sozialpolitische Implikationen zeigen sich dabei zum Beispiel in Bezug auf die Anwendbarkeit des Kollektivvertrags für Fahrradbotinnen und Fahrradboten. Dieser umfasst alle FahrerInnen der Plattform B, aber nur einen geringen Anteil der Belegschaft in Firma A.

4 ERGEBNISSE

In dem folgenden Abschnitt werden erste Schlaglichter aus dem bisher erhobenen Datenmaterial präsentiert. Die vorliegenden Befunde konzentrieren sich auf das Plattformunternehmen A. In den Schlussfolgerungen werden kursorisch Parallelen mit Plattformunternehmen B gezogen. Die Darstellung der Ergebnisse unterteilt sich zum einen in die Bedingungen, die zu der Gründung des Betriebsrats geführt haben. Zum anderen werden erste Eindrücke in Bezug auf die Verlaufsgeschichte ausgeführt.

4.1 Konstitutionsbedingungen

Bei der Analyse der *Konstitutionsbedingungen* steht die Frage im Mittelpunkt, warum sich die jeweiligen FahrerInnen zusammengefunden haben, um einen Betriebsrat zu gründen, aber auch, welche Faktoren den Organisationsprozess erleichtert oder eventuell erschwert haben. In beiden Fällen war die arbeitsrechtliche Basis gegeben, um einen Betriebsrat gründen zu können: Während bei Firma A nur eine Minderheit in einem fixen Arbeitsverhältnis stand, waren die FahrerInnen bei Firma B ausschließlich in einem solchen. Auch wenn bei Firma A versucht wurde, die freien DienstnehmerInnen in den Organisationsprozess einzubinden, war vor allem die Gruppe jener FahrerInnen, die schon länger dabei bzw. in einer Supervisorrolle sind, daran beteiligt. Hintergrund ist der, dass es gerade diese Gruppe der FahrerInnen ist, die umfassende Restrukturierungsprozesse in der Firma miterlebte.

Beispielsweise wurde das Dispatching, also das Zuteilen von Aufträgen an die FahrerInnen, ausgelagert. Während es früher noch in der Firmenzentrale erledigt wurde und es dementsprechend viel mehr direkte Kontakte zwischen DispatcherInnen und FahrerInnen gab, stieg die soziale Distanz mit der Auslagerung. Kritisiert wurde daran das Schwinden sozialer Nähe innerhalb der Firma, aber auch, dass durch die Auslagerung lokalspezifisches Know-how verloren ging. Eine zunehmende Anonymisierung war ebenso die Folge, als der Aufenthaltsraum geschlossen wurde. Wo sich früher noch FahrerInnen treffen konnten, fehlte nun ein sozialer Kumulationspunkt. Zudem wurden die Verträge umgestellt, was für angestellte FahrerInnen eine Kürzung des Stundenlohns um einen Euro nach sich zog. Diese Verträge sahen auch kein 13. und 14. Monatsgehalt mehr vor (ein Umstand, der mit der Implementierung des Kollektivvertrags für Fahrradkuriere seit 1. 1. 2020 nicht mehr tragend ist). Die fehlende Transparenz und Hierarchisierung in managerialen Entscheidungsprozessen ist ein weiterer Grund, der in vielen Interviews als zentral für die Entscheidung, einen Betriebsrat zu gründen, genannt wurde. Entscheidungen werden in der Unternehmenszentrale getroffen und an die jeweiligen Standorte weitergegeben. Bei Fragen von FahrerInnen wiederum gab es nur selten eine eindeutige und verbindliche Antwort. Wo es in der Anfangsphase noch ein reges Interesse des lokalen Managements an den Meinungen und Ansichten der FahrerInnen gab, wurden diese Partizipationsmöglichkeiten sukzessive rückgebaut. So meint ein Fahrer, der schon lange bei dem Plattformunternehmen arbeitet, rückblickend dazu: *„Nach einiger Zeit wurde einem klar, dass das, wofür man arbeitet, nicht zu einem alle umfassenden Glück führt, sondern dazu, dass es den Shareholdern gut geht."*

Der Gründung des Betriebsrates gingen mehrmonatige intensive Diskussionen innerhalb der FahrerInnenschaft voraus. Treffen fanden innerhalb einer Gruppe engagierter FahrerInnen statt. Die FahrerInnen waren vor allem fix angestellt, meistens in einer Funktion als Supervisor. Als Supervisor ist man für 15 bis 20 FahrerInnen die Hauptansprechperson, hat dadurch aber auch ein näheres Verhältnis zum lokalen Management und dementsprechend mehr Einblicke in Entscheidungsfindungen. Die Idee, einen Betriebsrat zu gründen, entsprang den Diskussionen innerhalb dieser Gruppe. Eine wesentliche Ressource dabei war die Unterstützung durch die lokale Dienstleistungsgewerkschaft vida. Ziel des Betriebsrates ist es, die negativen Veränderungen innerhalb der Firma zu korrigieren und ein Sprachrohr für die individualisierten FahrerInnen zu sein. So sieht es auch eine bei der Gründung des Betriebsrats beteiligte Fahrerin: *„Das war ein Raum, um einen positiven Beitrag für die Firma zu leisten."*

4.2 Verlaufsgeschichte

Die Verlaufsgeschichte umfasst die Stationen, die der Betriebsrat seit seiner Gründung passierte. Dabei wurde bemängelt, dass der Betriebsrat lediglich den kleineren Teil der angestellten FahrerInnen vertreten kann, nicht aber den größeren Teil der freien DienstnehmerInnen. Sozialpolitische Aushandlungen wie Betriebsvereinbarungen, aber auch die Gültigkeit des Kollektivvertrags umfassen lediglich den kleinen Teil der fix angestellten FahrerInnen. Die Annahme liegt nahe, dass das einen strukturellen Nachteil für die Organisierung der nicht fix angestellten FahrerInnen mit sich bringt. Das liegt zum einen daran, dass diese Gruppe nicht unmittelbar von den Verbesserungen materiell profitieren würde. Zum anderen sind es die nicht fix angestellten FahrerInnen, die eine höhere Fluktuation aufweisen, d. h. kürzere Zeit bei dem Unternehmen bleiben.

Ein weiterer Faktor, der die Verlaufsgeschichte des Betriebsrats im Fallbeispiel A prägt, ist die Organisationskultur. In der Firma finden viele Veränderungen statt, Neues wird ausprobiert und auch auf der Führungsebene finden Wechsel statt. Ein Mitglied des Betriebsrates fragt sich deshalb im Interview: *„Wie soll sich etwas etablieren in einer Firma, in der sich ständig alles ändert?"* Diese unkoordiniert scheinende Vorgangsweise des Managements ist ein Hindernis für den Betriebsrat, in eine kontinuierliche Arbeit hineinzufinden.

Damit verknüpft ist eine Kommunikationspolitik vonseiten des Managements, die den Eindruck erweckt, dass sie auf Verzögerung und Desinformation abzielt. Der neue Geschäftsführer beispielsweise sucht, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, nur mehr in geringem Maße den Dialog mit dem Betriebsrat. Oder wie es eine Interviewpartnerin ausdrückt: *„Perhaps you don't know him. Even we don't see him often."*

In diesem neuen Arbeitsfeld einen Betriebsrat aufzubauen ist ein ressourcenintensiver Prozess. Erstens gibt es arbeitsrechtliche Hürden, wie den hohen Anteil an freien DienstnehmerInnen, der den Pool möglicher KandidatInnen für die Betriebsratswahl schon im Vorhinein limitiert. Zweitens ist der Job durch eine hohe Fluktuation gekennzeichnet, die dementsprechend höher ausfällt, je weniger die Anstellung sozialpolitisch abgesichert ist. Das macht es im vorliegenden Fall auf zwei Ebenen schwierig, eine nachhaltige Betriebsratsarbeit aufrechtzuerhalten: Zum einen ist das Interesse am Betriebsrat gerade bei der Gruppe niedrig, die von den Verbesserungen materiell nicht profitiert. Zum anderen nimmt aber auch die Verbundenheit durch kurze Unternehmenszugehörigkeit ab. Verbesserungen an einem Arbeitsplatz durchzusetzen, den man ohnehin bald verlassen wird, ist dann ein untergeordnetes Interesse. Drittens erschwert die Mehrfachbelastung eine kontinuierliche Betriebsratsarbeit. Eine Freistellung ist aufgrund der geringen MitarbeiterInnenzahl nicht möglich. Zudem haben führende Personen noch einen Zweitjob oder studieren. Aus dieser Gemengelage resultiert ein gewisser Zeitnotstand, den ein Betriebsratsmitglied als *„Wir wissen nicht, wie uns der Kopf steht"* beschreibt. Viertens ist die Betriebsratsarbeit geprägt von einem Führungsstil im Unternehmen, der die kollegiale Einbindung des Betriebsrats nur zu einem geringen Maß berücksichtigt.

Im Gesamten zeigt sich, dass das Handlungsfeld des Betriebsrats äußerst herausfordernd ist. Eine Funktionärin der Gewerkschaft fasste das im Interview folgendermaßen zusammen: *„Viel Arbeit, wenig Lohn."*

5 ERSTE SCHLUSSFOLGERUNGEN UND AUSBLICK

Basierend auf dem vorliegenden Datenmaterial lassen sich vorsichtig die ersten Eindrücke formulieren. Beim Gründungsprozess der jeweiligen Betriebsräte wurde die Gewerkschaft als hilfreiche Unterstützung beschrieben. Ihre Hilfestellung bei der Einhaltung formaler Richtlinien und das arbeitsrechtliche Wissen waren für die Gründung der jeweiligen Betriebsräte unverzichtbar. Dass es zu der Gründung überhaupt kam, war hingegen ein schwer steuerbarer Prozess. Es zeichnet sich ab, dass es einzelne Personen sind, die aufgrund ihrer aktivistischen Vergangenheit Treiber für die Prozesse waren. Oder wie es eine Gewerkschaftsfunktionärin auf den Punkt brachte: *„Du brauchst die richtigen Leute."*

In der Verlaufsgeschichte zeigt sich dann aber, dass die alleinige Gründung eines Betriebsrats sozialpolitisch nicht zwingend nachhaltig sein muss. Zum einen kann die arbeitsrechtliche Struktur der Belegschaft ein Hindernis sein, wie sich bei Plattform A zeigt: Wenn ein Großteil der Belegschaft als freie DienstnehmerInnen gar nicht erst aus der Arbeit des Betriebsrats Nutzen zieht, erschwert das die betriebliche Legitimität. Zum anderen ist die Gemengelage aus Desinformationspolitik des Managements und Zeitnotstand der Betriebsratsmitglieder, die meistens einen Zweitjob oder ein Studium haben, eine weitere Barriere für eine starke Betriebsratsarbeit.

Johnston (2019) argumentiert in Bezug auf lokal gebundene Plattformarbeit, wie z. B. Essenszustellung, dass es für ArbeiterInnen leichter ist, ihre Interessen durchzusetzen, weil der Arbeitsplatz in lokale rechtliche Rahmenbedingungen eingebunden ist und etablierte industrielle Beziehungen diese prägen. Betriebsräte und Kollektivverträge werden dabei als sozialpolitische Instrumente angeführt. Kontrastiert man dieses Argument nun mit den vorliegenden Einblicken, drängt sich ein fragender Einwand auf: Wie kann die Langfristigkeit dieser sozialpolitischen Instrumente gesichert werden, angesichts der Barrieren, die sich im Datenmaterial offenbaren? Theoretisch bedeutet das, einen Schritt wegzugehen von dem beeindruckenden Moment kurzfristiger Mobilisierung (vgl. Holgate et al. 2018) und sich dem unspektakuläreren, längerfristigen „deep organizing" (vgl. McAlevey 2016) zuzuwenden.

Aus diesem Grund muss die Analyse der tatsächlichen Bedingungen in der Betriebsratsarbeit vertieft werden. Das inkludiert Aspekte wie die aktuelle Situation des Betriebsrates, die Kommunikation mit dem Management, die Einbindung vonseiten des Managements und die Einschränkungen durch das Betriebsratsrecht. Im Vergleich mit dem zweiten Fallbeispiel werden in der Analyse die qualitativen Aspekte kollektiver Handlungsfähigkeit angesichts räumlicher Zerstreuung von Arbeitskräften, sozialer Fragmentierung und des Einsatzes neuer Technologien vertieft (vgl. Chai/Scully 2019; Blyton/Jenkins 2013, 735).

BIBLIOGRAFIE

Blyton, Paul and *Jenkins,* Jean (2013), Mobilizing Protest: Insights from Two Factory Closures, in: BJIR: An International Journal of Employment Relations 51/4, 733–753.

Chai, Sunyu and Maureen A. *Scully* (2019), It's About Distributing Rather than Sharing: Using Labor Process Theory to Probe the "Sharing" Economy, in: Journal of Business Ethics 159, 943–960.

Chun, Jennifer Jihye (2009), Organizing at the Margins: The Symbolic Politics of Labor in South Korea and the United States, Ithaca.

Dörre, Klaus, Hajo *Holst* und Oliver *Nachtwey* (2009), Organising – a strategic option for trade union renewal?, in: International Journal of Action Research 5/1, 33–67.

Fine, Janice (2006), Worker Centers: Organizing Communities at the Edge of the Dream, Ithaca.

Flecker, Jörg (2017), Arbeit und Beschäftigung. Eine soziologische Einführung, Wien.

Holgate, Jane, Melanie *Simms* and Maite *Tapia* (2018), The limitations of the theory and practice of mobilization in trade union organizing, in: Economic and Industrial Democracy 39/4, 599–616.

Johnston, Hannah (2019), Labour geographies of the platform economy: Understanding collective organizing strategies in the context of digitally mediated work, in: International Labour Review (e-pub ahead).

Jürgens, Ulrich und Frieder *Naschold* (Hg., 1984), Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit, Opladen.

Kelly, John (1998), Rethinking Industrial Relations: Mobilization, Collectivism and Long Waves, London.

Kotthoff, Hermann (1981), Betriebsräte und betriebliche Herrschaft. Eine Typologie von Partizipationsmustern im Industriebetrieb, Frankfurt a. M.

Martin, Roderick (1999), Mobilization Theory: A New Paradigm for Industrial Relations?, in: Human Relations 52/9, 1205–1216.

McAlevey, Jane (2016), No Shortcuts: Organizing for Power in the New Gilded Age, Oxford.

Stanford, Jim (2017), The resurgence of gig work: Historical and theoretical perspectives, in: The Economic and Labour Relations Review 28/3, 382–401.

Moore, Phoebe V. (2018), The Quantified Self in Precarity. Work, Technology and What Counts, London/New York.

Naschold, Frieder (Hg., 1985), Arbeit und Politik. Gesellschaftliche Regulierung der Arbeit und der sozialen Sicherung, Frankfurt a. M.

Silver, Beverly (2003), Forces of Labour. Workers' Movements and Globalization Since 1870, Cambridge.

Schmalz, Stefan und Klaus *Dörre* (Hg., 2013), Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt a. M.

Webster, Edward, Rob *Lambert* and Andries *Bezuidenhout* (2008), Grounding Globalization: Labour in the Age of Insecurity, New Jersey.

Wright, Erik Olin (2000), Working-Class Power, Capitalist-Class Interests, and Class Compromise, in: American Journal of Sociology 105/4, 957–1002.

Christine Esterbauer

EINFLUSSFAKTOREN UND SOZIALE RÄUME FÜR SOLIDARITÄT IN ZEITEN DER INDIVIDUALISIERUNG

ZUSAMMENFASSUNG

Der vorliegende Beitrag untersucht, wie inklusive Solidarität als zentraler Motor für die Organisationsmacht von Gewerkschaften in Zeiten der Individualisierung aufgebaut werden kann. Angelehnt an die Theorie der soziologischen Phänomenologie werden fünf qualitative Interviews mit Absolventinnen und Absolventen der Wiener Gewerkschaftsschule hinsichtlich wesentlicher Faktoren für Solidarität und der Rolle sozialer Räume dafür ausgewertet.

Die wesentlichen Ergebnisse sind:

- Solidarität kann in einem Prozess der primären und sekundären Sozialisation gelernt werden.
- Solidarität braucht soziale Räume, die den Austausch und die Begegnung ermöglichen. Die Gewerkschaftsschule ist ein solcher sozialer Raum, der wesentlich zur Förderung von Solidarität beiträgt.
- Auch in Zeiten der Individualisierung und der Digitalisierung ist es möglich, Solidarität auszubauen. Die Faktoren, Räume und Unterstützungsnetzwerke müssen dafür weitergedacht werden.

SUMMARY

The present study explores how inclusive solidarity, a vital stimulus for the associational power of trade unions, can be strengthened in times of individualization. Based on the theory of sociological phenomenology, five qualitative interviews with graduates of the trade union school in Vienna are analyzed in terms of key factors for solidarity and the role of suitable social spaces.

The main results are:

- Solidarity can be learned in a process of primary and secondary socialization.
- Solidarity requires social spaces where exchange and encounter can take place. The trade union school is one example of such social spaces, and contributes significantly to promoting solidarity.
- Even in times of individualization and digitalization, solidarity can be strengthened. It is necessary to expand ideas regarding factors, spaces and support networks contributing to it.

1 EINLEITUNG

In den jüngeren Diskussionen über die zukünftige Arbeitswelt liegt der Fokus stark auf Fragen der Digitalisierung und ihren sozialen Auswirkungen. So gelten die Prekarisierung, Informalisierung und Individualisierung als Folgen eben dieses technologischen Wandels. Jedoch sollte auch berücksichtigt werden, dass die Digitalisierung nicht gezwungenermaßen der Hauptgrund für die genannten Entwicklungen sein muss. Dieser ist eher in einer seit Jahrzehnten verstärkt deregulierten und globalisierten Arbeitswelt zu finden. Innerhalb dieser Logik verortet, beschleunigt Digitalisierung diese Trends. So verwies Birgit Mahnkopf bereits 2003 darauf, dass Prekarisierung eine Herrschaftsform ist, die das fordistische System und den damit verbundenen allgemeinen Wohlstand in den nördlichen Industrieländern aushöhlt und die Sorge um die existenzielle Sicherheit wieder auf die Tagesordnung setzt. Faktoren, die dazu geführt haben, sind u. a. deregulierte Märkte und damit ein erhöhter globaler Druck auf die Produktion sowie ein globaler Standortwettbewerb, der Arbeitsbedingungen meist über Auslagerung und Informalisierung weltweit nach unten schraubt und das Risiko auf die Individuen verlagert. Mahnkopf verweist darauf, dass dieser Druck auf die Individuen auf lange Sicht auch politische Konsequenzen hat, denn für funktionierende Demokratien braucht es Menschen, die „selbstverantwortlich handeln können" – und das ist dann nicht mehr möglich, wenn die Angst vor dem sozialen Abstieg vorherrscht und die Sicherung des Überlebens im Vordergrund steht (vgl. Mahnkopf 2003, 83 ff.).

Bei der Fokussierung auf die Frage von Prekarisierung und deren politische Konsequenzen kommt der Gewerkschaft unweigerlich eine wichtige demokratiepolitische Rolle zu. Auch wenn sie sich in der Vergangenheit teilweise zu wenig mit prekären Beschäftigungsformen auseinandergesetzt haben mag, hat sie in diesem Bereich eine wichtige politische Aufgabe. Das diesbezügliche Bewusstsein ist in den letzten Jahren sehr wohl gestiegen. So initiierte das Europäische Gewerkschaftsinstitut in diesem Zusammenhang ein Buch mit dem Titel „Reconstructing Solidarity" (2018), in dem v. a. europäische Beispiele von Gewerkschaften im Umgang mit Outsourcing gesammelt und positive Gegenstrategien aufgezeigt werden. Als die zwei Komponenten, die zu einer wesentlichen Verbesserung für ArbeitnehmerInnen führen können, werden einerseits inklusive Institutionen und andererseits inklusive Solidarität angeführt. Der erste Punkt ist v. a. einer politischen Makroebene zuzuordnen und der zweite einer sozialen Mikroebene (vgl. Doellgast et al. 2018, 10).

Der Argumentation der AutorInnen folgend, steigern die zwei erwähnten Variablen die Institutions- und die Organisationsmacht von Gewerkschaften. Erstere nimmt Bezug auf die Ausverhandlung von Konflikten über institutionelle Wege, was in Österreich mit einer langen Sozialpartnerschaftskultur besonders stark ausgeprägt ist. Trotz einer starken institutionellen Macht kann diese allein zu einem Trugschluss führen, wenn Handlungsoptionen als plausibel erscheinen, die in der Realität unter veränderten Kräfteverhältnissen gar nicht mehr gedeckt sind (vgl. Dörre 2008, 3). In solchen Fällen ist die Organisationsmacht, die die ursprünglichen Strukturen und Institutionen hervorgebracht hat, über die Jahre stark zurückgegangen, sodass die politische Position der Gewerkschaften trotz ausdifferenzierter Institutionen geschwächt ist. Genau in solchen Situationen ist ihre Stärkung, die sich u. a. ausdrückt über gewerkschaftlichen Organisationsgrad, Engagement und Mobilisierungsfähigkeit, umso gefragter. An diesem Punkt ist auch die österreichische Gewerkschaftsbewegung angekommen (vgl. Pernicka/Stern 2011). Laut Doellgast et al. (2018) fällt der inklusiven Solidarität eine wesentliche Rolle zu, um die Organisationsmacht steigern zu können.

Genau auf diesen Aspekt möchte ich mich im vorliegenden Beitrag konzentrieren: auf die sozialen Mikroprozesse, die inklusive Solidarität hervorbringen können, um so die Organisationsmacht zu

stärken. Ein besonderes Augenmerk lege ich dabei auf die gewerkschaftliche Weiterbildung, im Konkreten auf die Gewerkschaftsschule, als einen sozialen Raum, in dem Solidarität gelebt und gelernt werden kann.

Inklusive Solidarität verstehe ich so, wie sie von Virginia Doellgast definiert wird: „We define solidarity as 'inclusive' if it is amenable to redefine to include new groups of workers, particularly those in disadvantaged positions in terms of social rights and their position in the production process. Inclusive worker solidarity is grounded in broader forms of collective identifications that involve forming common cause across groups holding diverse material interests and identities" (Doellgast et al. 2018, 14).

Gestützt auf diesen Zugang, habe ich mich der Thematik mit folgenden Forschungsfragen angenähert: Wie kann inklusive Solidarität[1] trotz eines schwierigen Arbeitsumfeldes geschaffen werden? In welchen sozialen Räumen wird Solidarität geformt und welche Rolle spielt dabei die Gewerkschaftsschule? Dabei gehe ich davon aus, dass Solidarität gelernt werden kann.

Zur Klärung der Forschungsfrage habe ich qualitative und semistrukturierte Interviews mit fünf AbsolventInnen der Gewerkschaftsschule durchgeführt, die in Branchen arbeiten, die oft als prekär gelten bzw. starken Digitalisierungstrends unterliegen (mobile Pflege, Bankenwesen, Tourismus, Non-Profit-Bereich). Sie alle sind im Betriebsrat aktiv, wobei sie diesen teilweise selbst gegründet haben. Einer der Absolventen war zudem Bildungssekretär des ÖGB und Trainer zum Thema „Solidarität" in der Wiener Gewerkschaftsschule.

2 VON DER KONSTRUKTION DER LEBENSWELT, DER SOZIALEN ORDNUNG UND DEREN VERÄNDERUNG

Nun sind Studien über Solidarität nicht neu, was sich jedoch geändert hat, ist ein Arbeitsumfeld, das durch die Prekarisierung, Individualisierung und Digitalisierung in einer sehr bestimmten Weise auf die arbeitenden Menschen rückwirkt. Die Individuen werden dabei nicht nur verstärkt unter Druck gesetzt, sondern auch in ihrem Denken und Fühlen beeinflusst, was wiederum entscheidend dafür ist, ob sie im Arbeitsalltag eine politische und solidarische Haltung einnehmen und Handlungen setzen. Außerdem gilt zu beachten, dass Einstellungen auch vom weiteren sozialen Umfeld geprägt werden sowie von der gesellschaftlichen Struktur und dem politischen Klima.

Da es mir besonders wichtig ist, zu analysieren, wie Denkweisen und Handlungsstrategien geschaffen, institutionalisiert, aber auch wieder hinterfragt werden, habe ich für meine Forschung den Zugang der soziologischen Phänomenologie von Schütz, Berger und Luckmann (1969, 2003, 2009) gewählt.

Ausgangspunkt des Denkens und Handelns der Menschen ist immer ihre Lebenswelt, als der Raum, in dem sie miteinander in Beziehung treten. Die kleinste Einheit darin ist der Mensch in seiner Körperlichkeit, der sich und andere zunächst in dieser physischen Existenz wahrnimmt, jedoch nie als bloßes Objekt, sondern immer auch als Lebewesen, das mit einem Bewusstsein ausgestattet ist. In dieser Lebenswelt kommunizieren, handeln, schaffen und reinterpretieren wir Be-

[1] Ich verwende im Folgenden den Begriff „Solidarität" in der Definition der inklusiven Solidarität.

deutungen. In ihr erleben und gestalten wir Gesellschaft. Obwohl das meiste unhinterfragt übernommen wird, ist es dennoch dort, wo wir als Menschen aufeinander einwirken und etwas verändern können. Damit diese Interaktion, die u. a. über Kommunikation, Rollen und Handlungen stattfindet, gelingen kann, bedarf es einer historisch vorgegebenen Sozial- und Kulturwelt, die ermöglicht, dass die Dinge der Außenwelt für alle die gleiche Bedeutung haben (vgl. Schütz/Luckmann 2003, 29 ff.).

In diese Sozial- und Kulturwelt werden wir über die Sozialisation eingeführt. Wobei zwischen einer primären und einer sekundären Sozialisation unterschieden werden muss. Erstere erleben wir v. a. über unsere Eltern oder andere uns nahestehende Personen. In ihr erlernen wir die geltenden Bedeutungen und Begrifflichkeiten, die uns eine Teilhabe an der Gesellschaft erst ermöglichen. In der sekundären Sozialisation werden wir in einen größeren institutionellen Rahmen eingeführt (vgl. Berger/Luckmann 1969, 139 f.). Dieses Erlernen des Sozialen findet wiederum über soziale Beziehungen statt, d. h. auch, dass wir uns von Beginn an als soziale Wesen erfahren (vgl. Schütz/Luckmann 2003, 335).

In der sekundären Sozialisation treten Kinder in einen größeren gesellschaftlichen Rahmen ein. Dies passiert zunächst über den Besuch der Schule, der Universität, später über die Arbeit oder andere Institutionen. Diese wurden auch in einem langen gesellschaftlich vorgelagerten Prozess etabliert, also konstruiert, und sie haben nicht nur das Ziel, Menschen spezielle Bedeutungen mit auf den Weg zu geben, sondern sie in eine soziale Ordnung einzuführen. Genau hier wird die Macht spürbar, die auf die Individuen wirkt, wenn sie sich einer speziellen Struktur unterzuordnen haben, die weit vor ihrer Existenz geschaffen wurde und auch in Zukunft Bestand haben soll.

Und dennoch sind all diese Elemente in der konkreten Lebenswelt der Menschen immer wieder Objekte neuer Interpretationen, aus denen sich auch andere Handlungs- und Sichtweisen ergeben können. Beziehungsweise gibt es auch Grenzsituationen, in denen die gelernten und meist übernommenen Sinnzusammenhänge nicht mehr funktionieren. Berger und Luckmann (1969) sprechen hier von „Krisensituationen", in denen ein Prozess der Resozialisation angeregt werden kann, der durchaus Sinnstrukturen, die in der primären Sozialisation erlernt wurden, hinterfragt: „Resozialisation heißt: Man durchschneidet den gordischen Knoten des Zusammenhangproblems, indem man die Suche nach Zusammenhängen aufgibt und die Wirklichkeit neu schafft" (ebd. 173).

Im Sinne dieser Theorie gibt die primäre Sozialisation auch Aufschluss über grundlegende Bedeutungen und Einstellungen z. B. zu Solidarität, die wir von klein auf mitbekommen haben. Die Arbeitswelt oder auch die Gewerkschaft, als Institutionen und Machtgefüge, in denen ebenfalls Bedeutungen, Erwartungen, Haltungen etc. geformt werden, können wiederum Elemente der sekundären Sozialisation sein.

3 FAKTOREN FÜR SOLIDARITÄT

3.1 Betriebsratstätigkeit als Wille zur Veränderung

Von den vier interviewten Betriebsmitgliedern hatten zwei selbst in ihrem Betrieb einen Betriebsrat gegründet, nachdem es zu einigen untragbaren Situationen (BR1: Interview vom 4. 2. 2019; BR4: Interview vom 19. 2. 2019) gekommen war. Mit der Betriebsratsgründung setz-

ten sie eine klare Handlung mit einer starken Symbolwirkung für die restliche Belegschaft: Die bestehende Situation wird nicht länger hingenommen. Eine Betriebsratsgründung bringt viele Strapazen mit sich, weil erst entsprechende Strukturen aufgebaut werden müssen, die von der Teamarbeit im Betriebsratsgremium über den Vertrauensaufbau in der Belegschaft bis hin zur Anerkennung als gleichwertiger Verhandlungspartner durch die Geschäftsführung reichen. Zusätzlich müssen die Schieflagen, die über die Zeit entstanden sind und u. a. auch Auslöser für die Betriebsratsgründung waren, bearbeitet werden.

Ein anderer Interviewter war zuvor vier Jahre lang als überlassener Arbeitnehmer in der Firma tätig gewesen, bis er schließlich übernommen wurde. In der ursprünglichen Position hatte er selbst erfahren, wie es sich anfühlt, Arbeitnehmer zweiter Klasse zu sein, da die Aufgabenfelder oft jenen der Kernbelegschaft glichen, die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung jedoch weit schlechter waren (BR2: Interview vom 5. 2. 2019). Kurz nachdem er eine fixe Anstellung bekommen hatte, begann er, durch diese Erfahrung angespornt, sich als Betriebsrat zu engagieren.

Was all diesen Beispielen gemeinsam ist, ist einerseits der Wunsch, die ursprüngliche Lage zu verändern, andererseits auch die Überzeugung, mit dem eigenen Handeln etwas bewirken zu können, also selbstwirksam zu sein. Ein weiterer Faktor, der bei der bewussten Entscheidung, sich als Betriebsrat engagieren zu wollen, mitspielt, ist der Mut, diesen Schritt zu setzen, der viele Unannehmlichkeiten mit sich bringen kann. So reicht die Palette der Konsequenzen, die die Interviewten erleben mussten, von einer möglichen Nichtbeachtung bei einer Beförderung über verschlechternde Versetzungen bis hin zu einer versuchten Entlassung.

3.2 Einstellungen, die eine solidarische Grundhaltung befördern

Bei der Analyse des Interviewmaterials war es interessant festzustellen, dass bestimmte Grundhaltungen von fast allen Befragten geteilt werden. Einer dieser Werte war eine soziale und humanistische Grundhaltung. Das Wohlbefinden der Mitmenschen und ein gutes Miteinander wurden immer besonders hervorgehoben – also, in anderen Worten, auch das Kollektivinteresse über das eigene gestellt.

Daran anschließend kam oft auch das Thema „Gleichheit aller" auf, also der grundsätzliche Zugang, Menschen als gleichwertig zu betrachten, egal welchen Hintergrund (Ethnie, Sprache, Geschlecht etc.) sie mitbringen. Dies ist insofern wichtig, weil die InterviewpartnerInnen als Betriebsrätinnen und -räte den gesetzlichen Auftrag haben, ihre Kolleginnen und Kollegen gleich zu vertreten. Damit geht meist auch ein klares Unverständnis für Privilegien einher (vgl. BR4: Interview vom 19. 2. 2019). Die Frage der Gleichheit wurde zudem oft in Verbindung mit dem Verständnis für die Unterschiedlichkeit der Menschen genannt, also der Wichtigkeit der Anerkennung von Diversität. Diese beiden letztgenannten Punkte sind auch entscheidend dafür, ob von einer inklusiven oder exklusiven Solidarität gesprochen werden kann. Bei den interviewten Personen kam dieses Thema oft deshalb zur Sprache, weil sie in der Realität mit Menschen unterschiedlicher Herkunft zu tun hatten. Es gab also eine reale Erfahrung mit dieser Diversität.

Ein weiterer Aspekt war jener der Bescheidenheit, also nicht darauf Wert zu legen, besonders viel Geld oder eine große Karriere zu machen. Dies ist deshalb wichtig, weil aufgrund der Betriebsratstätigkeit mit Karrierenachteilen zu rechnen ist. Die InterviewpartnerInnen geben sich damit zufrieden, ein einigermaßen gutes Leben führen zu können (vgl. BR1: Interview vom 4. 2. 2019).

Worin sich alle Interviewten ähnlich sind, ist in ihrem Geschichtsbewusstsein und Wissen darüber, dass viele Errungenschaften der Gewerkschaften erst erkämpft werden mussten. Ihre Aufgabe, auf die Einhaltung der Arbeitsrechte im eigenen Betrieb zu achten, fassen sie daher als politische Angelegenheit auf, mit einer Verantwortung für die Zukunft. Alle haben also ein politisches Sendungsbewusstsein und sehen ihre Aktivität als einen Beitrag für eine Gesellschaft, die sie sich meist gerechter wünschen (vgl. BR2: Interview vom 5. 2. 2019).

Oft gaben sich die interviewten Personen sehr kämpferisch, mit einer klaren Einstellung, dass es sich lohnt, für etwas einzutreten. Dies zeigte sich v. a. dann, wenn aufgezählt wurde, welche Schritte sie als Betriebsrätinnen und -räte schon gesetzt hatten. Wobei diese Erfahrungen ebenfalls von einem starken Pragmatismus und einer realistischen Abwägung geprägt waren, was umgesetzt werden kann und was nicht (ebd.).

3.3 Solidarität selbst erlebt haben

Wir erlernen Werte und Sozialstrukturen über unmittelbare intersubjektive Beziehungen, und bei der Solidarität ist dies sehr augenscheinlich (vgl. Winkler: Interview vom 15. 2. 2019).

Auch die von den interviewten Personen erzählten Beispiele aus der eigenen Geschichte zeigen, wie viel Kraft ihnen die Unterstützung anderer Personen in Situationen, in denen sie persönlich betroffen waren, gegeben hat. Es sind nicht immer große Gesten, aber in Lagen, in denen die erfahrene Ungerechtigkeit persönlich besonders trifft, haben diese eine umso stärkendere Wirkung. Der Rückhalt der Gemeinschaft gleicht hier die eigene Schwäche und Verletzlichkeit aus.

Aus dieser Erfahrung heraus findet eine Sensibilisierung für die Notlage anderer Menschen statt. Meist sind es persönliche Erlebnisse, die oft im privaten Bereich gemacht wurden, welche die Haltung stärken, dass die im Betrieb erlebten Ungerechtigkeiten nicht hingenommen werden müssen und man sich gegenseitig unterstützen kann. Die Erfahrungen oszillieren sozusagen mit den Menschen zwischen den verschiedenen sozialen Räumen.

3.4 Spontaneität von Solidarität

Ein öfter in den Interviews erwähnter Aspekt sind solidarische Gesten von Menschen, von denen diese nicht erwartet wurden (vgl. BR1: Interview vom 4. 2. 2019 und BR2: Interview vom 5. 2. 2019).

Ein Betriebsrat erzählte, dass sich bei einer nicht abwendbaren größeren Kündigung eine beeindruckende Solidaritätswelle formierte: Solche Menschen gab es auch, die gemeint haben, mein Wohl ist mir egal, wir brauchen jetzt etwas Gemeinsames. Da merkt man dann, aha, wenn es wirklich ernst wird, werden die Leute sehr wohl solidarisch. (…) Situationsbedingt passiert das einfach, da muss man gar nicht einpeitschen oder irgendwie furchtbar viele Aktionen als Betriebsrat setzen, sondern es ergibt sich aus der Thematik heraus (BR4: Interview vom 19. 2. 2019).

Die zuvor erwähnte selbst erfahrene Solidarität kann besonders bei persönlichen Krisen ein Umdenken bewirken, das zu einer Veränderung im Wertekanon führt. Personen verhalten sich dann möglicherweise solidarischer, als sie es früher getan hätten.

3.5 Faktoren, die Solidarität einschränken

Es ist wichtig, ein klares Bild darüber zu haben, welche Faktoren Solidarität einschränken, um Verbesserung erwirken bzw. auch eine realistische Einschätzung treffen zu können, was erreichbar ist.

Eine Ursache für geringes gewerkschaftliches Engagement ist Angst. Viele fürchten um ihre Stellung oder um ihren Arbeitsplatz. Dies ist auch ein wichtiger Grund, warum Betriebsratsmitglieder in Österreich kündigungsgeschützt sind (vgl. BR2: Interview vom 5. 2. 2019).

Ein weiterer Punkt ist Apathie, also ein fehlender Glauben, mit dem eigenen Handeln etwas bewirken zu können. Es herrscht die Vorstellung vor, dass die Gesamtsituation oder das Gegenüber so mächtig ist, dass es gar keinen Sinn macht, sich zu engagieren. Oder die Situation stellt sich so dar, dass die Anstrengungen, die hinter den gewerkschaftlichen Errungenschaften stehen, nicht mehr gesehen werden bzw. ein grundsätzliches politisches Verständnis fehlt, woher bestimmte Absicherungen kommen und wofür sie gebraucht werden (vgl. BR3: Interview vom 7. 2. 2019).

Besonders problematisch ist es, wenn Betriebsratsmitglieder oder die Gewerkschaft ihre Vorbildfunktion nicht wahrnehmen und Kolleginnen und Kollegen nicht die Unterstützung geben, die sie in einer schwierigen Situation benötigen würden, sich also unsolidarisch verhalten (vgl. BR2: Interview vom 5. 2. 2019).

Weiters ist bedenklich, wenn sich Betriebsrätinnen und -räte „kaufen" lassen, also zu unternehmenskonform agieren und die Perspektive der Belegschaft aus den Augen verlieren. Sie werden als „gelbe" Betriebsrätinnen und -räte bezeichnet (ebd.).

Auch unterschiedliche Standards können das Aufkommen von Solidarität auf betrieblicher Ebene eindämmen. In den konkreten Fällen handelte es sich um verschiedene Kollektivverträge, die zur Benachteiligung einiger Beschäftigter führten und daher zu einer Spaltung in der Belegschaft und des Betriebsratsgremiums. Gleiches gilt bei internationalen Unternehmen, wenn der Standortwettbewerb zu einer Konkurrenzsituation zwischen den Belegschaften führt.

Die Ressourcenknappheit spielt ebenso eine wichtige Rolle, nämlich dann, wenn die zeitlichen Möglichkeiten und die Energie, die Betriebsrätinnen und -räte zur Verfügung haben, zu gering sind, um Konflikte austragen zu können.

3.6 Politische Visionen von Mitbestimmung

Nach ihren Gesellschaftsvisionen befragt, gaben alle Interviewten zu verstehen, dass sie gesellschaftliche Mitbestimmung für sehr wichtig erachten. Das Mitwirken bleibt in den Vorstellungen aller Befragten nicht nur auf den Betrieb beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf die gesellschaftliche Ebene.

Allen gemeinsam war die Ablehnung der sozialpolitischen Maßnahmen der ÖVP-FPÖ-Regierung in Österreich und die Ansicht, dass es wichtig ist, an Protestaktionen mitzuwirken. Die meisten sind zudem sozial sehr engagiert, indem sie beispielsweise Kleidung für Obdachlose sammeln, als Laienrichter beim Arbeits- und Sozialgericht tätig sind oder in Gremien der Gewerkschaft mitarbeiten.

3.7 Die Rolle der Betriebsrätin/des Betriebsrats leben

Eines der kraftvollsten Mittel für Solidarität ist, selbst als politischer Mensch mit einer solidarischen Grundhaltung aufzutreten und damit Vorbildwirkung für andere zu haben (vgl. Winkler: Interview vom 15. 2. 2019). Die gesetzlichen Gegebenheiten stecken den Handlungsrahmen und die Funktion für Betriebsratsmitglieder ab. Wie diese Aufgaben gelebt werden, ist ein wichtiger Lernprozess für die betroffenen Personen. Hier selbstbewusst, integrativ und verantwortungsvoll aufzutreten und somit das eigene Umfeld mitzugestalten, ist entscheidend.

Die Rolle des Betriebsrats kann sehr unterschiedlich angelegt sein und spiegelt auch die Logik der jeweiligen Branche wider. Im Fall der mobilen Pflege setzte die befragte Person auf die unmittelbare Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen bei der Pflege von KlientInnen, obwohl dies offiziell nicht erlaubt ist.

Im Hotelgewerbe ging der befragte Betriebsrat sehr serviceorientiert durch den Betrieb, um mit der Belegschaft über ihre Anliegen zu sprechen, oder er organisierte soziale Events und schuf somit einen sozialen Raum für mehr Austausch.

Der Betriebsrat im Bankenbereich setzte stark auf rechtliche Strategien, indem er den Konzern bei einer Fülle von Vergehen mit Klagen eindeckte und den betroffenen Personen über den Zeitraum der Verfahren unterstützend zur Seite stand. Seine Strategie war es, die Gegenmacht des Gesetzes und des Gerichts in Spiel zur bringen und so der Autorität der Unternehmensführung Einhalt zu gebieten.

3.8 Die Zusammenarbeit im Betriebsratsgremium

Damit die Betriebsratsarbeit gut funktionieren kann, braucht es ein Gremium, in dem Teamarbeit gelebt wird. In diesem Gremium, einem nach innen gerichteten sozialen Raum, werden gemeinsame Überlegungen angestellt, Strategien beschlossen und Arbeiten aufgeteilt.

Diese Zusammenarbeit strahlt nach außen Sicherheit aus, d. h., die Wahrscheinlichkeit, dass die Belegschaft den Betriebsrat positiv wahrnimmt, steigt – und auch das Vertrauen in ihn. Herausfordernd wird es dann, wenn sich die Mandate auf verschiedene Listen aufteilen und diese sehr unterschiedliche Zugänge und kaum gemeinsame Ziele haben.

Die Frage dabei ist auch, was den Betriebsrat nach innen zusammenhält und wie stärkend sich diese Aspekte auf seine Arbeit auswirken. So kann es manchmal die Geschäftsführung als Außenfeind sein, manchmal sind es übernommene gut funktionierende Strukturen, manchmal klar gesteckte Ziele und Strategien, an denen gemeinsam gearbeitet wird.

3.9 Das soziale Klima im Betrieb

Betriebe sind Institutionen, die ein bestimmtes Machtgefüge vorgeben, in das sich die Menschen zunächst einfügen müssen und das sie je nach Struktur bedingt mitgestalten können. Als Institution wirkt der Betrieb im Sinne der sekundären Sozialisation stark auf ArbeitnehmerInnen, ihr soziales Miteinander und ihre Denkweise.

Das soziale Miteinander kommt unter anderem über das im Betrieb vorherrschende soziale Klima zum Ausdruck. Wesentlich hierfür ist die Frage, wie gut die Geschäftsführung mit der Belegschaft auskommt und ihr Vertrauen entgegenbringt. Dort, wo diese Beziehung prinzipiell funktioniert und eine gute Verhandlungsbasis zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung besteht, konnten wichtige Verbesserungen und gute Standards für die Belegschaft erwirkt und schließlich auch ein Klima für mehr Solidarität geschaffen werden. Wichtig ist hierbei zudem das soziale Miteinander von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, also die Gleichbehandlung über Grenzen von Geschlecht, Sprache, Ethnie etc. hinweg.

Umgekehrt bringt ein positives soziales Klima im Betrieb auch der Geschäftsführung Vorteile und ist dort, wo das Unternehmen mit einem sozialen Image wirbt, ein wichtiger Push-Faktor nach außen. Im Fall des Hotels preist das Unternehmen seine Internationalität, Vielsprachigkeit

und die Professionalität des Personals an. Ähnlich war es auch bei der internationalen Non-Profit-Organisation, die sich größtenteils über Spenden finanziert und zu deren Image ein gutes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft zählt.

3.10 Der Umgang mit Digitalisierung

Die Digitalisierung wirkt sich wesentlich auf Arbeitsbedingungen und das Miteinander im Betrieb aus und somit darauf, wie und wo Solidarität gelebt werden kann.

Im Fall der mobilen Pflege führte sie zu einer extremen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. So wurden Teambesprechungen, bei denen ein Austausch über KlientInnen und deren spezielle Bedürfnisse stattfand, durch einen „Personal Digital Assistant" ersetzt. Dabei handelt es sich um ein digitales Endgerät, auf dem alle „abzuarbeitenden" Personen und die jeweils zu erledigenden Tätigkeiten aufgelistet sind. Jede Tätigkeit ist zeitlich getaktet, ebenso wie die Fahrzeiten zwischen den einzelnen Stationen. Dies führt zu einem enormen Druck auf die Pflegekräfte bei gleichzeitiger Individualisierung. Die Taktik des Betriebsrats ist es, die tatsächlich benötigten Zeiten aufzulisten, um dem Arbeitgeber die real benötigte Arbeitszeit zu zeigen.

Im Bankenbereich wirkt die Digitalisierung, die mit Desk Sharing und Homeoffice-Formaten sehr fortgeschritten ist, enorm entsolidarisierend auf die Belegschaft, da sie eine konstante Ersetzbarkeit suggeriert. Hier versucht der Betriebsrat mit persönlichen Begegnungen in der Kaffeeküche und, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt, über Skype-Gespräche den Kontakt zu halten.

Auch im Non-Profit-Bereich ist die Digitalisierung sehr fortgeschritten, einerseits, weil der Verein international arbeitet, andererseits, weil Verwaltungskosten gespart werden müssen. Hier berichtete der Betriebsrat v. a. von vermehrten Burn-out-Fällen. Er reagierte darauf mit gut ausgearbeiteten Betriebsvereinbarungen zu den Betriebssystemen und Maßnahmen zur Burn-out-Prävention. In diesem Fall hatte der interviewte Betriebsrat einen größeren Gestaltungsspielraum, da er in seiner normalen beruflichen Tätigkeit genau am Schalthebel zu diesen Systemen sitzt, also für deren Implementierung und Anforderungen mitverantwortlich ist und somit auch die Perspektive der Belegschaft einfließen lassen kann.

3.11 Räume schaffen

Es braucht Räume für Begegnungen, wo Bedeutungen konstruiert oder rekonstruiert werden und in denen Lernen und Sozialisierung stattfinden können. Diese Räume werden mit der Digitalisierung zusehends verdrängt oder verändert. Es ist also ein ganz bewusster Umgang damit nötig, um Begegnung und Austausch zu ermöglichen.

In den Betrieben passiert dies beispielsweise über die Organisation von Events oder Ausflügen. Räume schaffen heißt, gerade bei zunehmender Individualisierung aufgrund der Digitalisierung, auch den virtuellen Austausch zu fördern. Dies kann eine Beratung via Skype sein oder die Implementierung anderer interaktiver Softwareelemente.

Auch Betriebsratsklausuren, als Räume, in denen man sich über zukünftige Strategien und Zielsetzungen austauscht, sind Formate, die den Zusammenhalt und die Solidarität im Betriebsrat stärken.

4 DIE GEWERKSCHAFTSSCHULE ALS SOZIALER RAUM FÜR SOLIDARITÄT

Wie geschildert, braucht Solidarität soziale Räume, in denen sie sich entwickeln kann. Die Gewerkschaftsschule ist ein solcher Möglichkeitsraum. Sie ist eine gewerkschaftliche Basisausbildung, deren Ursprünge bereits in der Ersten Republik liegen. Ihr Gründer Richard Wagner ging davon aus, dass die existierende Gesellschaftsordnung bürgerlich geprägt war und mit ihr das Bildungswesen. Um diese Verhältnisse zu überwinden, war die Bildung der Massen für ihn ein wesentliches Instrument (vgl. Wagner 1927, 180). Wagner strebte somit eine völlig neue Gesellschaftsordnung an.

Tatsächlich war die Ausbildung in der Gewerkschaftsschule immer stark politisch geprägt, weil sie sich mit den zeitgeschichtlichen Tendenzen auseinandersetzte. So gingen einige ihrer AbsolventInnen und Lehrenden in den Jahren des Faschismus in den Widerstand; während der Zeit des Wiederaufbaus lag ihr Schwerpunkt auf der Bildung zur Demokratie und in den 70er-Jahren wurde sie zu einer für alle Gewerkschaftsmitglieder offenen und breitenwirksamen Ausbildung (vgl. Lichtenberger 2017).

Sie ist auch heute noch eine berufsbegleitende Abendschule, die zwei Jahre dauert und Betriebsrätinnen und -räte, Vertrauenspersonen und Gewerkschaftsmitglieder verschiedenster Branchen die wichtigsten Fähigkeiten für die gewerkschaftliche Arbeit vermittelt, d. h. Arbeits- und Sozialrecht, Gewerkschafts-, Gesellschafts- und Wirtschaftskunde, praktische Gewerkschaftsarbeit und soziale Kompetenz. In der Didaktik wird besonders Wert gelegt auf eine praxisnahe und an Beispielen orientierte Annäherung an Themen, auf eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Inhalten, auf den Praxistransfer und die Handlungsfähigkeit der Teilnehmenden in ihrem Arbeitsumfeld und auf das Lernen von- und miteinander. Sie wird vom Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) organisiert.

Die Gewerkschaftsschule steht für weit mehr als Wissens- und Kompetenzvermittlung, denn sie versucht Austausch über Haltungen – wie ein verstärktes Bewusstsein für Solidarität – zu fördern, indem Raum für Diskussion und Interaktion gegeben wird, kollegiale Fallberatung stattfindet, gemeinsame Projekte und Aktionen organisiert werden etc. Sie ist ein sozialer Raum, in dem für die gewerkschaftliche Arbeit entscheidende Erfahrungen gemacht werden, die auch in anderen Bereichen wirken, wie am Arbeitsplatz oder im Bekanntenkreis, genauso wie umgekehrt. Die Erfahrungen oszillieren mit den handelnden Personen zwischen verschiedenen Räumen und können Veränderungen herbeiführen.

Ein Punkt, der von den interviewten Personen in Zusammenhang mit der Gewerkschaftsschule immer wieder genannt wurde, ist der Zusammenhalt in der Gruppe, speziell dann, wenn es einem Mitglied nicht gut geht. Das Engagement, das die Teilnehmenden ohnehin schon mitbringen, potenziert sich, wenn mehr Personen mit der gleichen Einstellung aufeinandertreffen (vgl. BR4: Interview vom 19. 2. 2019).

Ein weiterer Erkenntniswert für die Teilnehmenden ist die heterogene Zusammensetzung der Gruppe, da die Personen aus den unterschiedlichsten Betrieben kommen, mit ganz eigenen Organisations- und Betriebsratskulturen. Viele dieser Menschen würden sich sonst niemals begegnen und über ihre Erfahrungen am Arbeitsplatz sprechen. Es kommt also zu einem Ausbrechen aus der sozialen Blase. Die so erlebte Diversität ist ein wichtiger Faktor für die Entwicklung von inklusiver Solidarität (vgl. Winkler: Interview vom 15. 2. 2019).

Auch der Blick darauf, dass die Teilnehmenden als GewerkschafterInnen gemeinsame Ideen und Ziele verfolgen, schweißt die Gruppen zusammen und stärkt ihre Identifikation mit der Organisation. Damit lernen sie, eine politischere Haltung einzunehmen und sich selbst in der Gesellschaft als politisch denkende und handelnde Menschen wahrzunehmen (vgl. BR4: Interview vom 19. 2. 2019).

Die Gewerkschaftsschule wird oft als sehr stärkend erlebt. Einerseits, weil die Teilnehmenden mit dem neuen Wissen mehr Sicherheit im Auftreten gewinnen, andererseits, weil sie im geschützten Rahmen viel ausprobieren können und Fehler machen dürfen, die anschließend aufgearbeitet werden. Das sind Dinge, die im normalen Leben als Scheitern abgeurteilt werden und an denen zu wachsen kaum Platz gelassen wird (vgl. BR1: Interview vom 4. 2. 2019).

Über die Jahre entstehen Freundschaften und für die Gewerkschaftsarbeit wichtige Netzwerke. Der Austausch über verschiedene Erfahrungen am Arbeitsplatz hält teilweise noch Jahre später an (vgl. BR2: Interview vom 5. 2. 2019).

Die Gewerkschaftsschule versucht über die erwähnten Aspekte, Solidarität bewusst Raum zu geben, um sie zu einem realen Erfahrungswert für die Teilnehmenden zu machen.

5 CONCLUSIO

In diesem Beitrag habe ich aufgezeigt, dass es auch in schwierigen Situationen und Arbeitsfeldern möglich ist, Solidarität zu leben. Die aufgezählten Faktoren können auf den gemeinsamen Nenner gebracht werden, dass Solidarität wesentlich von engagierten Menschen und betrieblichen Mitbestimmungsstrukturen lebt, wobei auch letztere basierend auf dem geltenden Recht von tatkräftigen Menschen ins Leben gerufen wurden. Was diese Personen auszeichnet, ist eine solidarische Grundhaltung, die sich im Laufe des Lebens noch ausweitet. Dazu gehört auch selbst erfahrene Solidarität.

Solidarität ist im privaten Bereich viel präsenter (vgl. Winkler: Interview vom 15. 2. 2019). Selbst wenn sie in der Arbeitswelt weniger gelebt wird, heißt es nicht, dass die arbeitenden Menschen keine Vorstellung von Solidarität hätten. Oft sind es die Gegebenheiten am Arbeitsplatz, die ein solidarisches Miteinander einschränken. Deshalb sind soziale Räume wichtig, in denen andere, positivere Erfahrungen als jene am Arbeitsplatz gemacht werden. Die Gewerkschaftsschule ist einer dieser sozialen Räume, in denen Solidarität gelebt und bewusst zum Thema gemacht wird. Diese persönlichen Begegnungen können zu einer sekundären Sozialisation führen, da sie stark auf die Persönlichkeit der Teilnehmenden wirken.

Schließlich sind es auch bestimmte Anlassfälle, die Menschen dazu bringen, in Aktion zu treten und im Betrieb für andere einzustehen. Wenn es Betriebsrätinnen und -räte schaffen, Verbesserungen in der Arbeitswelt zu erreichen, so bekommen sie auch Unterstützung von der Belegschaft. Sie bauen also über solidarisches Verhalten Organisationsmacht auf.

Meine Ausführungen sollten zeigen, dass Solidarität gelernt werden kann. Jedoch darf nicht der Rückschluss gezogen werden, dass dies automatisch passiert. Viele prekäre Arbeitsverhältnisse lassen wenig Handlungsspielraum. Genau dort ist die Organisationsmacht und Solidarität von Gewerkschaften und damit von vielen engagierten Menschen aus den unterschiedlichsten Betrieben gefragt.

BIBLIOGRAFIE

Berger, Peter, und Thomas *Luckmann* (1969), Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Stuttgart.

Betriebsrätin 1 (= BR1), Persönliches Interview, Wien, 4. 2. 2019.

Betriebsrat 2 (= BR2), Persönliches Interview, Wien, 5. 2. 2019.

Betriebsrat 3 (= BR3), Persönliches Interview, Wien, 7. 2. 2019.

Betriebsrat 4 (= BR4), Persönliches Interview, Wien, 19. 2. 2019.

Doellgast, Virginia et al. (2018), Reconstructing Solidarity. Labour Unions, Precarious Work, and the Politics of Institutional Change in Europe, Oxford.

Dörre, Klaus (2008), Die strategische Wahl der Gewerkschaften – Erneuerung durch Organizing?, in: WSI-Mitteilungen 1, 3–10.

Lichtenberger, Sabine und Marliese *Mendel* (2017), Geschichte der Wiener Gewerkschaftsschule, in: Sabine *Letz* und Christine *Esterbauer* (Hg.), Miteinander voneinander lernen. 70 Jahre Gewerkschaftsschule Wien, Wien.

Mahnkopf, Birgit (2003), Vom Verlust sozioökonomischer Sicherheit in Zeiten der Globalisierung, in: Birgit *Mahnkopf* (Hg.), Globale öffentliche Güter – für menschliche Sicherheit und Frieden, Berlin, 83–104.

Pernicka, Susanne und Sandra *Stern* (2011), Von der Sozialpartnergewerkschaft zur Bewegungsorganisation? Mitgliedergewinnungsstrategien österreichischer Gewerkschaften, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 40 (4), 335–355.

Schütz, Alfred und Thomas *Luckmann* (2003), Strukturen der Lebenswelt, Konstanz.

Schütz, Alfred (2009), Philosophisch-phänomenologische Schriften 1. Zur Kritik der Phänomenologie Edmund Husserls, Konstanz.

Wagner, Richard (1927), Der Klassenkampf um den Menschen. Menschenbildung und Vergesellschaftung, Berlin.

Winkler, Gerhard, Persönliches Interview, Wien, 15. 2. 2019.

Hubert Eichmann

DER WOHLFAHRTSSTAAT AUS SICHT VON ERWERBSTÄTIGEN IN LÄNDLICH GEPRÄGTEN REGIONEN IN ÖSTERREICH[1]

ZUSAMMENFASSUNG

FORBA und SORA analysierten in einer gemeinsamen Studie die Bewertung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in Österreich. Im Anschluss an eine Sekundärdatenanalyse aus dem European Social Survey 2016 wurden in einer qualitativen Studie 40 Beschäftigte aus drei ländlichen Regionen an ihrem Arbeitsplatz interviewt. Wie verlaufen Bewertungen des Wohlfahrtsstaates abhängig von der Region, in der die Befragten erwerbstätig sind? Inwiefern hat außerdem die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe prägende Wirkungen?

Wesentliche Ergebnisse sind:

- Bis auf wenige Ausnahmen äußert die große Mehrheit der 40 Interviewten eine ausgeprägte Zustimmung zum österreichischen Wohlfahrtsstaat.
- Es dominieren zwei Muster: a) eine hohe Zustimmung inklusive Solidarität für sozial schwache Gruppen und b) eine Orientierung am Beitrags- bzw. Reziprozitätsprinzip.
- Mit dem Grad an „Ländlichkeit" steigt die Relevanzsetzung des Reziprozitätsprinzips.

SUMMARY

In a joint study, FORBA and SORA analyzed the assessment of welfare benefits in Austria. Following a secondary data analysis from the European Social Survey 2016, 40 employees in three rural regions were interviewed at their workplace. What are the differences in assessments of aspects of the welfare state, depending on the region in which respondents are employed? To which extent does belonging to a certain professional group have a formative impact?

The main results include:

- With a few exceptions, a vast majority of the 40 respondents express a pronounced endorsement of the Austrian welfare state.
- Two patterns are dominant: a) a high level of approval including solidarity for socially disadvantaged groups and b) an orientation towards the contributory principle and the reciprocity principle.
- The degree of „rurality" increases the relevance of the reciprocity principle.

[1] Der gegenständliche Text ist die Adaption der Zusammenfassung des FORBA-Teils einer gemeinsam mit SORA im Auftrag der GPA-djp durchgeführten Studie zu „Wandel der Erwerbsarbeit und Wahrnehmung von Arbeitsmarktpolitik und Wohlfahrtsstaat in Österreich" (vgl. Eichmann et al. 2019).

1 AUSGANGSPUNKT: LÄNDLICHE REGIONEN ALS RELATIV UNERFORSCHTE ARBEITSWELTEN

Vergleichbar mit der Hypothese, dass auch der Arbeitswelt und den dort registrierten Veränderungen eine prägende Wirkung für bestimmte Einstellungen und Wertmuster (inkl. Verschiebungen im Zeitablauf) zukommt (vgl. Verwiebe et al. 2018, 194), darf dies für Herkunfts*regionen* ebenfalls angenommen werden. Dieser an sich naheliegende Zusammenhang ist (abseits z. B. der Wahlforschung, die nach Gründen für die Stadt-Land-Differenzen in puncto Parteipräferenzen fahndet) allerdings weniger gut belegt als die Fülle an Befunden zu Relationen zwischen Herkunfts*milieu* (Klasse, Schicht, Bildung) und spezifischen Wertausprägungen (vgl. z. B. Bourdieu (1982) oder die Sinus-Milieuforschung (Barth et al. 2018)). Die Annahme milieu- und regionsspezifischer Werte- und Einstellungshorizonte ist im gegenständlichen Forschungszugang eine implizite Grundannahme. Doch weshalb wird der Fokus auf ländliche Regionen gelegt? Warum werden nicht Arbeits- und Betriebswelten in eher urbanen oder suburbanen Räumen analysiert, wo angesichts einer weit vorangeschrittenen Individualisierung und einer dementsprechend hohen Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsstaatsabhängigkeit mehr Zustimmung zu staatlich organisierter Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu erwarten wäre (die sich zudem u. a. in der Verteilung von Parteipräferenzen und im Wahlverhalten niederschlägt)? Eben deshalb liegt das Erkenntnisinteresse darin, Gruppen von Erwerbstätigen bzw. Betrieben in den tendenziell weniger analysierten ländlichen Regionen zu untersuchen, weil dort ambivalentere Positionierungen gegenüber dem Sozial- und Wohlfahrtsstaat anzunehmen sind. Dafür liefert die Studie (vgl. Eichmann et al. 2019) einige forschungsleitende Hypothesen, die sich im empirischen Material widerspiegeln sollten – oder auch nicht.

Erstens sind hier gesicherte Befunde zu nennen, wonach in ländlicher geprägten Regionen traditionelle Werthaltungen verbreiteter sind. Abgesehen von viel „anekdotischer Evidenz" für konservativere Wertmuster in ländlichen gegenüber städtischen Regionen, etwa bedingt durch unterschiedliche Bildungsniveaus (vgl. Haller/Müller-Kmet 2018, 65), ergibt z. B. eine rezente Regressionsanalyse mit Repräsentativdaten aus dem Social Survey Österreich (nicht zu verwechseln mit dem European Social Survey), dass mit zunehmender Wohnortgröße der Wert „Bewahrung von Ordnung" an Bedeutung verliert und demgegenüber die „Offenheit gegenüber Wandel" zunimmt. Zugleich steigen mit der Wohnortgröße in der Bevölkerung Werthaltungen wie Macht- und Leistungsstreben, aber auch Hedonismus (Haller/Müller-Kmet 2018, 65). Unter anderem deshalb zieht es z. B. höher Qualifizierte aus ländlichen Regionen eher in die Städte als andere Teile der Bevölkerung.

Zweitens lässt sich die Hypothese anführen, dass weiterhin Stadt-Land-Unterschiede bei Werthaltungen für indirekte vs. direkte Formen der Reziprozität bestehen. Indirekte Reziprozität steht für den Zuspruch zu Instrumenten der Sozialversicherung bzw. für einen insgesamt gut ausgebauten Wohlfahrtsstaat zum Schutz gegen unterschiedliche Lebensrisiken – und dürfte in den individualisierten Lebensverhältnissen und eher anonymen Umgangsformen in den Städten stärker verankert sein als am Land. Im Vergleich dazu hat der (traditionelle) Fortbestand von direkter Reziprozität über wechselseitige Hilfe in der Nachbarschaft oder Gemeinde u. a. m. am Land weiterhin mehr Bedeutung – das könnte sich auch in Einschätzungen zu Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik niederschlagen. Zwar dürften sich dahingehende Wert- und Verhaltensmuster in den vergangenen Jahrzehnten deutlich an jene in urbanen Räumen angenähert haben, sind aber dennoch nicht verschwunden bzw. zumindest als „semantischer Kosmos" weiterhin präsent. Man denke etwa an die anhaltende Bedeutung der Mitgliedschaft in der freiwilligen Feuer-

wehr, um als Eigenheimbesitzer im Fall von Hochwasser, Brand oder sonstigen Unfällen unbürokratisch und garantiert Hilfe zu erhalten bzw. um die eigene Bereitschaft für Gemeinschaftsaktivitäten unter Beweis zu stellen. Im Vergleich dazu ist die Kontaktierung der Haushaltsversicherung bei einem Wasserschaden in der städtischen Wohnung ein ziemlich unpersönlicher Vorgang (mit indirekter bzw. marktlich vermittelter Reziprozität).

Drittens und bezogen auf den Erwerbsarbeits- bzw. Betriebskontext lebt insbesondere in vielen kleinen Handwerksbetrieben im ländlichen Raum weiterhin das mehr oder weniger patriarchale Muster des autoritären Eigentümers mit zugleich ausgedehnten Fürsorgepflichten. Der Chef oder die Chefin steht nicht nur in der Verantwortung, die Jobs der Belegschaft zu schützen, sondern zugleich sind Institutionen in der Gemeinde zu unterstützen, etwa der örtliche Fußballverein (dies freilich auch zwecks des Marketings, um z. B. geeignete Lehrlinge zu interessieren). Die innerbetrieblichen Beziehungen zwischen Vorgesetzten und MitarbeiterInnen sind oft weniger über detaillierte schriftliche Vereinbarungen oder gar über einen Betriebsrat geregelt, sondern laufen persönlich im direkten Austauschprozess von Geben und Nehmen ab. Gelegentliche Mehrarbeit im Installationsbetrieb ist kein Problem, sofern man dafür im Gegenzug den Firmenwagen mit den Arbeitsgeräten benützen kann, um z. B. am Wochenende über Schwarzarbeit ein Zusatzeinkommen zu erzielen. Dazu kommt besonders in kleinen Betrieben die ausgeprägte Aversion gegenüber gesetzlichen oder anderweitigen Regelungen, die bürokratischen Zusatzaufwand verursachen. Zu erinnern ist beispielsweise an den Widerstand bei der Einführung der Registrierkasse oder an den Applaus gerade von Kleinbetrieben bei der Einführung des Gesetzes zum 12-Stunden-Tag. Nicht so sehr die unmittelbare Arbeitsmarktpolitik, aber der Wohlfahrtsstaat insgesamt wird hier oft mit Bürokratie assoziiert.

Ein viertes Argument, das in vielen Landgemeinden ambivalente Assoziationen zum Wohlfahrtsstaat nahelegt, betrifft Abwanderungs- bzw. Schrumpfungsregionen. Parallel zu anderen Infrastrukturen (Geschäfte, Gasthäuser) hat sich der als Gesamtheit verstandene Staat mit seinen Institutionen gleichsam sukzessive aus den kleinen Gemeinden zurückgezogen (Schule, Kindergarten, Polizei, Gesundheitsversorgung, öffentlicher Verkehr) und damit die Abwanderungstendenz (die der Grund für die Schließung der Volksschule etc. war) noch weiter beschleunigt. Insbesondere Frauen mit qualifizierter Ausbildung für Dienstleistungsjobs auch im öffentlichen Sektor (Verwaltung, Krankenhaus etc.) folgen dieser Bewegung und suchen dann eher den Weg in die nächste größere Stadt als die gleichaltrigen Männer. Der Rückbau öffentlicher Verwaltungsfunktionen ist mitverantwortlich für das Geschäfte- und Wirtshaussterben, das in vielen kleinen Gemeinden entleerte Ortskerne zurückgelassen hat. Hauptverantwortlich dafür ist freilich der Wettbewerb der Kommunen um Steuereinnahmen, wodurch angesichts der Pkw-Mobilität die Geschäftszonen an den Ortsrand der Bezirkshauptstädte abgewandert sind und die Ortskerne der umliegenden Dörfer veröden. Ohne das Szenario weiter ausschmücken zu wollen, sollte nachvollziehbar sein, dass sich in diesem Deutungshorizont der (Wohlfahrts-)Staat und mit ihm das „Leben" aus vielen kleinen Ortschaften verabschiedet hat. Dafür gebührt in der Wahrnehmung der Zurückgebliebenen, häufig der Älteren, kein Dank, sondern Kritik.

Ob und inwiefern entlang dieser Argumente belegbar ist, dass unterschiedliche Aspekte im Kontext von Wohlfahrts- und Sozialstaat in manchen ländlichen Regionen kritischer wahrgenommen werden als in städtischen, ist empirisch zu ermitteln. Die Hypothese lautet, dass die Ambivalenz gegenüber dem Gesamtzusammenhang von Wohlfahrts- und Sozialstaat am Land ausgeprägter ist als in Städten, aber nicht so sehr auf Aspekte von Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinn gerichtet (Arbeitslosenunterstützung, aktive Arbeitsmarktpolitik in Form von Qualifizierungsmaßnahmen etc.). Zugleich sind diese Materien in der subjektiven Wahrnehmung schwer voneinander zu

trennen und werden daher oft als ein zusammenhängendes „Syndrom“ wahrgenommen, mitsamt den damit kolportierten Bildern von den „typischen“ AkteurInnen (Arbeitslose und/oder Wirtschaftsflüchtlinge in der „Hängematte“ etc.). In Form von medialer und politischer „Brandbeschleunigung“ ist dieses Themenfeld dann prädestiniert für Schwarz-Weiß-Malerei.

2 HAUPTERGEBNISSE

In dieser qualitativen Studie wurden im Frühjahr 2018 insgesamt 40 leitfadengestützte Interviews durchgeführt, die meisten davon in sechs Betrieben (zwei je in den Regionen nördliches Waldviertel, Bezirk Liezen, Bezirk St. Pölten), die den Branchen Nahrungsmittelproduktion, Holzverarbeitung, Einzelhandel, Freizeitwirtschaft, Hotellerie/Gastronomie sowie der mobilen Pflege zuzurechnen sind. Bei der Auswahl der zu Befragenden orientierten sich die StudienautorInnen – abgesehen von Gesprächen mit ManagementvertreterInnen und (soweit vorhanden) Betriebsrat – vorrangig an den „typischen“ Beschäftigtengruppen im Unternehmen, d. h. insgesamt mehrheitlich an Personen mit mittleren Qualifikationsabschlüssen wie einer Lehre oder einer Fachschule. Aus den vielen Interviewsequenzen wurden typische Konstellationen generiert, die ein differenziertes Bild von Gemeinsamkeiten und Unterschieden in puncto beruflicher Zukunftsperspektiven, Einschätzungen zu Arbeitsmarktpolitik sowie zum Wohlfahrtsstaat liefern.

Auf prägnante Hauptaussagen verdichtet lassen sich die Befunde der qualitativen Erhebung wie folgt zusammenfassen:

- Insgesamt überrascht, dass sich vor dem Hintergrund einer sich (dann doch nicht so) rapide verändernden Arbeitswelt, etwa in Richtung Digitalisierung, die Zukunftsunsicherheit der Befragten in den analysierten Betrieben in Grenzen hält. Das hat nicht nur, aber auch damit zu tun, dass diese GesprächspartnerInnen überwiegend in Unternehmen bzw. Branchen tätig sind, die als relativ stabil gelten können, was sich entsprechend in der subjektiven Wahrnehmung spiegelt. Die eigene Arbeitsplatzsicherheit ist allerdings kein unmittelbarer Prädiktor für eine bestimmte Positionierung gegenüber Arbeitsmarkt- oder Wohlfahrtsstaatspolitik.
- Der Informationsstand über verschiedene Instrumente der Arbeitsmarktpolitik sowie die mehr oder weniger qualifizierte Bewertung bis hin zu konkreten AMS-Einschätzungen fällt heterogen aus und lässt sich in erster Linie entlang der ausgeübten Positionen/Rollen im Betrieb sowie anhand eigener Erfahrungen oder solcher im persönlichen Umfeld gliedern. Beispielsweise sind die Sichtweisen von Führungskräften vom Thema Personalrekrutierung geprägt und inwiefern welche Institutionen dazu beitragen, diese zu vereinfachen. Je weniger die Befragten mit Arbeitsmarktpolitik in Berührung kommen (z. B. Personen mit viel Jobsicherheit), desto weniger wissen sie darüber. Zudem spielt die (differenzierte vs. simplifizierende) Medienrezeption der Befragten eine wichtige Rolle für entsprechende Einstellungen.
- Bis auf wenige Ausnahmen äußert die große Mehrheit eine ausgeprägte Zustimmung zum österreichischen Wohlfahrtsstaat. Muster der Akzeptanz lassen sich überraschend klar nach zwei Hauptvarianten gruppieren: Einerseits existiert eine hohe Zustimmung inklusive Solidarität auch für sozial schwache Gruppen und andererseits eine mittlere Zustimmung, die auf eine ausgewogene Balance von eigenen Beitragsleistungen und der

Inanspruchnahme von sozialstaatlichen Leistungen ausgerichtet ist, d. h. überwiegend dem Reziprozitätsprinzip folgt. Mit dem Grad an „Ländlichkeit" steigt die Relevanzsetzung des Reziprozitätsprinzips. Ein drittes Muster, das von Kritik (aus unterschiedlichen Richtungen) am Wohlfahrtsstaat geprägt ist, findet sich nur bei wenigen der Befragten.

- Miteinander vergleichbare Aussagen zu Aspekten des Arbeitsmarktes sowie des Wohlfahrtsstaates finden sich vielfach entlang der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betrieb bzw. Beruf, die insofern eine gewisse Prägewirkung haben. Beschäftigte in Branchen wie Tourismus und Einzelhandel mit viel mehr Kontakten zu Kundinnen und Kunden äußern sich z. B. weniger abwertend gegenüber BezieherInnen von Sozialleistungen – dies nicht zuletzt aufgrund einer Habitualisierung von Einstellungsmustern auch im Interesse des Unternehmens, weil derartige Positionierungen geschäftsschädigend sein könnten. Darüber hinaus sind vergleichsweise einheitliche Positionen am ehesten bei den AbsolventInnen einer mittleren Berufsausbildung wie vor allem der Lehre zu finden. Bei formal höher Qualifizierten mit Matura oder mit akademischem Abschluss gehen die Meinungen ebenso auseinander wie z. B. unter (einigen zusätzlich befragten) arbeitslosen Personen.
- Im Vergleich der drei Untersuchungsregionen (nördliches) Waldviertel, Bezirk Liezen und Bezirk St. Pölten zeigen sich durchaus Unterschiede. In den ländlicheren Regionen, und hier insbesondere im Waldviertel, überwiegen konservative Ansichten in Bezug auf die Inanspruchnahme von sozialstaatlichen Leistungen. Dagegen nehmen die Befragten aus dem semi-urbanen Raum St. Pölten diesen als dynamische Arbeitsmarktregion mit einer wachsenden Wohnbevölkerung und einem kontinuierlichen Ausbau wichtiger Infrastrukturen (Wohnen, Verkehr, Bildung, Konsum u. a. m.) wahr. Damit korrespondieren optimistischere Einschätzungen sowohl zur eigenen beruflichen Zukunft als auch zu Arbeitsmarktpolitik und zum Wohlfahrtsstaat.

3 KENNTNIS UND BEWERTUNG ARBEITSMARKTPOLITISCHER INSTRUMENTE

Ungefähr drei Viertel der 40 in den Monaten April bis Juli 2018 durchgeführten Interviews (mit 22 Männern und 18 Frauen) fanden in sechs Betrieben statt, die einerseits der Nahrungsmittelproduktion sowie der Holzverarbeitung und andererseits dem Einzelhandel, der Freizeitwirtschaft, der Hotellerie/Gastronomie sowie der mobilen Pflege zuzurechnen sind. In drei dieser sechs Unternehmen ist ein Betriebsrat installiert. Allerdings waren BetriebsratsvertreterInnen nur in einer Fallstudie präsent bzw. gingen Beschäftigte nur in diesem Unternehmen auf die Betriebsratstätigkeit ein. Die Auswahl der zu Befragenden in den Fallstudienbetrieben orientierte sich, neben Gesprächen mit ManagementvertreterInnen und (soweit vorhanden) Betriebsrat, vorrangig an den „typischen" Beschäftigtengruppen im Unternehmen, d. h. insgesamt mehrheitlich an Personen mit mittleren Qualifikationsabschlüssen wie einer Lehre oder einer Fachschule.[2]

[2] Neben den 28 Interviews in sechs Fallstudienbetrieben wurden fünf weitere Interviews mit Beschäftigten in anderen Unternehmen in den Untersuchungsregionen und sieben Gespräche mit Personen durchgeführt, die entweder aktuell arbeitslos waren oder zumindest einmal in den letzten drei Jahren arbeitslos gewesen sind. In Bezug auf die Verteilung nach Beschäftigungsverhältnissen sieht das Sample der insgesamt 40 Befragten wie folgt aus: 34 Personen sind zum Interviewzeitpunkt unselbstständig beschäftigt, zwei sind selbstständig beschäftigt (jeweils Eigentümer) und vier Personen sind aktuell arbeitslos.

Interessant an der Gegenüberstellung dieser sechs Betriebe ist das variierende Commitment zum Arbeitgeberbetrieb. Während die Beschäftigten in einigen Fällen (Nahrungsmittelproduktion, Einzelhandel) von einer affektiv besetzten Zugehörigkeit zur „Betriebsfamilie" sprechen, überwiegt in anderen Fällen eine distanzierte ArbeitnehmerInnenposition (Tourismus, Holzverarbeitung). Etwas überraschend spielt für diese Zuordnung zumindest in den hier durchgeführten Fallstudien die Betriebsgröße keine besondere Rolle. So wird z. B. das größte Unternehmen im Sample, einer der zentralen Akteure im österreichischen Einzelhandel, insbesondere von MitarbeiterInnen in den Filialen mit familienähnlichen Attributen charakterisiert. Und: Mit steigendem Zugehörigkeitsgefühl steigt zugleich der Zukunftsoptimismus, d. h. jene, die sich enger an ein Unternehmen binden (und vermutlich mehr „reinhackeln"), signalisieren eine höhere Arbeitsplatzsicherheit.

Entgegen der Erwartung, dass vor dem Hintergrund einer sich rasch verändernden Arbeitswelt, etwa in Richtung Digitalisierung, häufig mit beruflicher Zukunftsunsicherheit zu rechnen wäre, ist davon in den Interviews in den Fallstudienbetrieben wenig zu erkennen.[3] Das wiederum ist zu einem Gutteil darauf zurückzuführen, dass die StudienautorInnen, ohne bei der Auswahl darauf abgezielt zu haben, zumeist bei solchen Betrieben auf offene Türen gestoßen sind, die wirtschaftlich gesehen als relativ stabil bis wachsend gelten können, was sich dann auch in der subjektiven Wahrnehmung der Interviewten widerspiegelt. Insbesondere ein durch Digitalisierung und Automatisierung verursachtes Arbeitsplatzrisiko scheint bei den meisten Belegschaftsmitgliedern dieser Betriebe (noch) nicht besonders virulent zu sein, am ehesten noch bei Beschäftigten eines holzverarbeitenden Produktionsbetriebes, der sich kontinuierlich in Richtung „Industrie 4.0" weiterentwickelt. Demgegenüber stufen die MitarbeiterInnen in einem weiteren Produktionsbetrieb sowie in Branchen wie Tourismus, Einzelhandel und Pflege ihre Jobs als ziemlich sicher ein.

Der Informationsstand über verschiedene Instrumente sowie die Bewertung von Facetten der Arbeitsmarktpolitik inklusive AMS oder über aktuelle politische Diskurse fällt heterogen aus und lässt sich in erster Linie nach den ausgeübten beruflichen Rollen im Betrieb einerseits und nach konkreten Erfahrungen andererseits gruppieren. So bringen etwa Führungskräfte vorrangig Sichtweisen ein, die in Zusammenhang mit der Personalrekrutierung im Unternehmen stehen, und kommen dabei auch auf das AMS zu sprechen, dessen Leistungen kontrovers diskutiert werden (von sehr positiv bis überwiegend kritisch). Personen auf der Beschäftigtenebene kennen einzelne arbeitsmarkt- oder sozialpolitische Instrumente in Abhängigkeit von eigenen Erfahrungen oder solchen aus dem persönlichen Umfeld (von Arbeitslosigkeit, Notstandshilfe und Mindestsicherung bis zu AMS-finanzierten Umschulungen oder Väterkarenz etc.). Die zurückhaltenden Inputs mancher GesprächspartnerInnen lassen sich auf die langjährige Beschäftigung im Unternehmen und eine dementsprechende Arbeitsplatzsicherheit zurückführen, weshalb wenig Veranlassung besteht, sich im Detail mit arbeitsmarktpolitischen Materien auseinanderzusetzen. Ein zum Interviewzeitpunkt in vielen Betrieben diskutiertes Thema war das Gesetzesvorhaben zur einfacheren Umsetzung des sogenannten 12-Stunden-Tages. Hier waren von den Befragten – sofern sie sich dazu äußerten – mehrheitlich ablehnende Statements zu vernehmen.

Auch die (mehr oder weniger qualifizierte) Medienrezeption der GesprächspartnerInnen spielt – ungeachtet konkreter eigener Erfahrungen – bei den jeweiligen Einschätzungen zu

[3] Dass im Vergleich dazu z. B. Befragte mit Erfahrungen von Arbeitslosigkeit die eigene Zukunft nicht so optimistisch beschreiben, wird nicht überraschen.

arbeitsmarktpolitischen Instrumenten oder der Bewertung von Unterstützungsleistungen für Arbeitslose etc. eine gewichtige Rolle. Das zeigt sich etwa dahingehend, inwiefern der im Boulevard dominierende Tonfall übernommen wird, wonach z. B. längere Perioden in Arbeitslosigkeit reflexartig mit „Sozialschmarotzertum" assoziiert werden oder eben nicht. Darunter leiden wiederum einige der interviewten Arbeitslosen, die sich durch solche Diskurse ungerechtfertigt diskriminiert fühlen und teilweise mit sozialem Rückzug reagieren. Andere Befragte in den Fallstudienbetrieben lehnen solche Zuschreibungen dezidiert ab und verweisen demgegenüber auf die überproportionale Steuer- und Sozialversicherungsbelastung der Mittelschicht oder auf die Unverhältnismäßigkeit von Missbrauchsdiskursen: Nicht sozial Schwache oder MigrantInnen, sondern Steuerflüchtlinge oder die Finanzwirtschaft (Stichwort Bankenrettung) müssten stärker kontrolliert werden.

4 MUSTER DER ZUSTIMMUNG BZW. AKZEPTANZ VON ARBEITSMARKTPOLITIK UND WOHLFAHRTSSTAAT

Arbeitsmarktpolitische Begriffe, Konzepte, Instrumente, Wirkungen u. a. m. bzw. generell Positionierungen zu Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtspolitik werden von der Mehrzahl der Befragten als zusammenhängendes Themenfeld wahrgenommen, zu dem man mehr oder weniger Zustimmung signalisiert. Zunächst kann festgehalten werden, dass sich bis auf wenige Ausnahmen die große Mehrheit durch eine klare Zustimmung zu einem möglichst gut ausgebauten österreichischen Wohlfahrtsstaat charakterisieren lässt, ungeachtet des damit teilweise einhergehenden „Raunzens" über etwaige Fehlentwicklungen in puncto Treffsicherheit etc.

Beim Versuch einer einfachen Typologisierung der GesprächspartnerInnen in jene mit hoher, mittlerer und geringer Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat ergibt sich aus den gesammelten Statements, dass nur sehr wenige die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik bzw. generell das Volumen der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in Österreich grundsätzlich kritisieren oder gar dezidiert ablehnen, weil dieses entweder (für sich selbst) als zu niedrig oder umgekehrt als insgesamt zu teuer und insofern als nicht (mehr) leistbar eingestuft wird. Letztere Einschätzung erfolgt entlang der ökonomischen Argumentation, wonach zwecks Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Verteilungspolitik nachrangig sein müsse. Die Argumentationsmuster dahingehender Statements sind heterogen und teilweise diffus. Am ehesten wird eine konzise Position von (auch) negativen ökonomischen Wirkungen des Wohlfahrtsstaates von zwei Geschäftsführern vorgetragen, allerdings auch von diesen nur dosiert. (Würde man hauptsächlich UnternehmerInnen und nicht MitarbeiterInnen in Betrieben befragen, würde sich womöglich ein anderes Bild ergeben.)

Abbildung 1: Idealtypen mit hoher vs. mittlerer Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat

„Solidarität" – hohe Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat	„Reziprozität" – mittlere Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat
Redistribution, sozialer Ausgleich, Egalität	Reziprozität, Beitragsgerechtigkeit, Versicherungsprinzip
Weitgehend uneingeschränkte Unterstützung auch für sozial schwächere Gruppen (Fürsorge)	Unterstützung für sozial Schwache an Bedingungen geknüpft (Geben und Nehmen bzw. Leistungsbereitschaft)
Generalisierte Reziprozität	Ausgeglichene Reziprozität
Makroperspektive: v. a. Staat und/oder ArbeitnehmerInnenorientierung als Referenzrahmen	Mikroperspektive: z. B. Subsidiarität und/oder (Betriebs-)Familie als Referenzrahmen
Risiko: Überbetonung von Gleichheit und Fürsorge (bei Vernachlässigung des Leistungsprinzips); Fokus auf Identifikation von potenziell Benachteiligten – Tendenz zur Überbetonung von marginalen (gegenüber relevanten) Ungleichheiten	Risiko: Überbetonung von Leistungsgerechtigkeit (auch dort, wo diese faktisch nicht erbracht werden kann); Fokus auf Identifikation von Abweichungen – Tendenz zur Überbetonung von Missbrauch
Analogie zum „moral frame" der „fürsorglichen Mutter" (nurturant)	Analogie zum „moral frame" des „strafenden Vaters" (strict)

Abgesehen von den wenigen kritischen Stimmen lassen sich überraschend klar zwei verbreitete Muster einer Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates identifizieren, denen die Mehrheit bzw. annähernd zwei Drittel der Befragten zugeordnet werden können[4]: Einerseits handelt es sich um eine hohe Zustimmung inklusive weitgehender Solidarität auch für sozial schwache Gruppen wie z. B. Arbeitslose, MigrantInnen oder anderweitig Hilfsbedürftige. Andererseits lässt sich eine mittlere bzw. an Bedingungen geknüpfte Zustimmung identifizieren, die auf eine ausgewogene Balance von Geben und Nehmen nach dem Beitragsgerechtigkeits- oder auch Sozialversicherungsprinzip ausgerichtet ist, wonach Einzahlungen ins System und die Inanspruchnahme von Sozialleistungen zumindest perspektivisch ausgeglichen sein sollten. Mit steigender „Ruralität" des Betriebsstandortes und/oder des Wohnsitzes der Befragten steigt tendenziell die Zustimmung für das Reziprozitätsmuster. Freilich darf bei dieser Gegenüberstellung nicht aus dem Blick geraten, dass es sich dabei um Idealtypen handelt, die in der Wirklichkeit vielfach vager, ambivalenter bzw. in Bezug auf unterschiedliche Materien differenzierter vorgetragen werden.

Auffällig beim – in allen Gesellschaftsformen elementaren – Prinzip der Reziprozität bzw. Gegenseitigkeit ist mancherorts die Überbetonung von Leistungsgerechtigkeit. Diese macht teilweise auch nicht vor jenen Halt, die z. B. die geforderte Leistung (als BeitragszahlerInnen oder am Arbeitsplatz) nicht, noch nicht oder nicht mehr erbringen können, etwa alters- oder gesundheitsbedingt oder weil man erst seit Kurzem in Österreich ist. Überhaupt liegt das Risiko bei der „Scharfstellung" auf die Identifikation von Abweichungen von einer Norm darin, dass damit eine Tendenz zur Überbetonung von bzw. Argwohn gegenüber (häufig nicht näher spezifiziertem) Missbrauch einhergeht. Es sollte dann nicht verwundern, dass – insbesondere in einer medial und/oder politisch aufgeheizten Stimmung – bei etwa der Hälfte dieses Typus

[4] In diese Typologisierung wurden nur die 33 Interviewten aus den drei Untersuchungsregionen aufgenommen, dagegen nicht die sieben (ehemaligen) Arbeitslosen, die dazu weniger eingehend befragt wurden. Wenn von annähernd zwei Dritteln ausgegangen wird, die sich relativ klar einem der beiden Muster „hohe" und „mittlere" Zustimmung zuordnen lassen, ist damit gemeint, dass beim verbleibenden Drittel und abgesehen von Einzelfällen mit „geringer" Zustimmung eine Zuordnung auf Basis der Aussagen im Interview nicht eindeutig möglich ist.

(aber keineswegs bei allen) der Weg zur pauschalen Abwertung von einzelnen Personengruppen nicht besonders weit ist, seien dies Arbeitslose, MigrantInnen oder andere Gruppen von „MinderleisterInnen". In einigen Köpfen dürften zudem die Begriffe „MinderleisterIn" und „Missbrauch" fest assoziativ miteinander verkettet sein, wobei offenbleiben muss, ob nicht da und dort der eigene geringe Selbstwert mit der Unterstellung von Missbrauch bei anderen kaschiert wird („man wird ja noch sagen dürfen").

Beim Wertmuster „Solidarität" bzw. einer hohen Zustimmung zu wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien fällt wiederum auf (in diesem Sample nur sporadisch), dass angesichts hochgehaltener Werte wie Umverteilung und sozialer Ausgleich oder generell Gleichheit mancherorts das Differenzierungsvermögen etwas leidet. Meint Gleichheit Chancengleichheit oder Ergebnisgleichheit? Und soll es z. B. einen freien Zuzug von (sozial schwachen) MigrantInnen nach Österreich geben oder nur entlang bestimmter Kriterien – und wonach wären diese zu bemessen? Angesichts einer Perspektive, wonach sich der Staat oder Interessenvertretungen um Fragen des sozialen Ausgleichs zu kümmern haben, entsteht gelegentlich der Eindruck von einem etwas diffusen Kompass im Berufsleben, etwa dann, wenn das Leistungsprinzip (in einer Erwerbsarbeits- und Leistungsgesellschaft) tendenziell negiert wird. Jenen Personen, die dem Typus „Solidarität" zugeordnet wurden, wird hier keineswegs unterstellt, das Gegenseitigkeitsprinzip auf der Mikroebene des Handelns nicht ausreichend zu würdigen. In vielen Fällen trifft das Gegenteil zu – und mehrmals sind es diese Befragten, die z. B. über ein eigenes ehrenamtliches Engagement berichten. Allerdings öffnet die (Über-)Betonung der Verantwortung des (Wohlfahrts-)Staates auch eine Tür zum Rückzug aus der Verantwortung hin zu individualistischen Positionen oder in Richtung identitätspolitischer Konstruktionen, denen zufolge man sich sicherheitshalber als Mitglied einer wodurch auch immer bedrohten Gruppe definiert, der Unterstützung zuteilwerden muss („meine besonderen Rechte als …"). Daraus entspringt dann eine gewisse politische Wehrlosigkeit gerade in den formal höher gebildeten Milieus, wenn z. B. Akteure vom Schlage eines Donald Trump das vermeintlich unverrückbare Prinzip der Political Correctness ganz einfach außer Kraft setzen.

Die in dieser Arbeit empirisch rekonstruierten Wertvorstellungen zum Wohlfahrtsstaat sind weder neu noch besonders originell. Auf einer konzeptionellen Ebene lassen sich die Spuren zumindest bis zu Karl Polanyi zurückführen, der bereits in den 1940er-Jahren zwischen Redistribution, Reziprozität (Familie) und Markt unterschieden hatte (vgl. Koos/Sachweh 2017). Es lässt sich auch auf Gøsta Esping-Anderson (1990) verweisen, der zwischen sozialdemokratisch-skandinavischen, konservativ-mitteleuropäischen und liberal-angelsächsischen Wohlfahrtsstaatsmodellen differenzierte. Auf der Ebene der empirischen Wohlfahrtsstaats-Akzeptanzforschung finden sich ebenfalls ausreichende Evidenzen (z. B. Adloff/Mau 2005; Leitner/Lessenich 2003; Mau 2002; Jochem 2018; Nielsen 2018), in denen zwischen unterschiedlichen Präferenz- oder Wertemustern unterschieden wird. Wenn in unserer eigenen Studie in dieser Hinsicht nur zwei Muster hervorgehoben werden, dann deshalb, weil ein drittes prominentes Modell inklusive einschlägigem Wertekatalog, das des liberalen (Nachtwächter-)Staates, zumindest bei den dafür Befragten wenig Anklang findet. Ein weiterer Forschungsstrang, der sich im Sinn von „politischem Framing" ebenfalls mit subjektiven bzw. kollektiven Wertausprägungen befasst, identifiziert zwei vergleichbare und gesellschaftlich tief verankerte Muster, nämlich das tendenziell linke „nurturing" versus das eher rechte „strict", womit im übertragenen Sinn die „fürsorgliche Mutter" bzw. der „strenge Vater" gemeint sind (vgl. Feinberg/Wehling 2018; Haidt 2013; Lakoff/Wehling 2008; Wehling 2016).

5 UNTERSCHIEDE ZWISCHEN BETRIEBEN/BERUFEN UND REGIONEN

Lässt man Kontextinformationen wie die Region der Fallstudienbetriebe außer Betracht, liegen betriebs- bzw. berufsspezifische Unterschiede in Bezug auf die Forschungsfragen (Rezeption von Arbeitsmarktpolitik, Wohlfahrtsstaat, Legitimität von LeistungsbezieherInnen) zumindest bei den Befragten dieses Samples nicht gerade auf dem Präsentierteller. Dass die Zugehörigkeit zu einem Unternehmen bereits ein relevantes Kriterium für eine geteilte Weltsicht ist, lässt sich feststellen. Eine längerfristige Sozialisation in einer Erwerbsorganisation schafft eine gemeinsame Geschichte und insofern vergleichbare Ansichten. Ähnliches gilt für die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe, etwa mit Bezug auf Einschätzungen zur Legitimität derer, die Unterstützung durch arbeitsmarktpolitische oder wohlfahrtsstaatliche Leistungen erhalten. Im Sinn der sogenannten Kontakthypothese vertreten Personen aus Dienstleistungsbranchen wie Tourismus und Einzelhandel sowie der Veranstaltungsbranche, die in der Regel deutlich mehr Umgang mit heterogenen Kundengruppen haben als Beschäftigte in Produktionsbetrieben, tendenziell offenere Haltungen gegenüber BezieherInnen von Sozialleistungen. Das ist wohl nicht zuletzt deshalb der Fall, weil sie verinnerlicht haben, z. B. auch Arbeitslose oder MigrantInnen als relevante KonsumentInnengruppen anzusprechen, die man nicht ohne Not verprellt. Dazu kommt, dass etwa in der Hotellerie in Tourismusregionen der Umgang mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern inzwischen zur Alltagspraxis bzw. zum Ortsbild gehört und manche Betriebe ohne migrantische Arbeitskräfte schlicht nicht überleben könnten. Darüber hinausgehende Aussagen, wonach z. B. die hier analysierten Dienstleistungsbranchen günstigere Arbeitsmärkte darstellen als Produktionsbranchen und daher mehr Zukunftsoptimismus vorherrscht, verbieten sich eher, weil letztendlich die tatsächlichen wirtschaftlichen Potenziale eher betriebs- als branchenspezifisch verlaufen.

Zwischen dem formalen Qualifikationsniveau der Befragten und den Stellungnahmen zum Wohlfahrtsstaat lässt sich insofern ein Zusammenhang herstellen, als Personen mit einer mittleren Berufsausbildung (Lehre, Fachschule) überwiegend dem Typus „Reziprozität" zuordenbar sind. Hier lassen sich am ehesten ähnliche Vorstellungen über Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtspolitik identifizieren. Bei Höherqualifizierten mit Matura oder einem akademischen Abschluss gehen die Meinungen auseinander (z. B. zwischen Führungskräften und MitarbeiterInnen), wiewohl sich die Tendenz zeigt, dass Höherqualifizierte eher dem Muster der uneingeschränkten Solidarität zuordenbar sind. Das gilt insbesondere in den sehr ländlichen Regionen wie dem nördlichen Waldviertel, wo damit gleichsam eine Minderheitenposition vertreten wird.

Ebenfalls nur bedingt vergleichbar sind die Positionen von sieben (ehemaligen) Arbeitslosen zu den Projektfragestellungen. Offenkundig wünscht sich diese Gruppe mehr Unterstützung bei der Reintegration in den Arbeitsmarkt und auch mehr Verständnis für die eigene (missliche) Lage und insofern mehr Arbeitsmarktpolitik bzw. jedenfalls keine Kürzung von vorhandenen Leistungen. Allerdings: Mit dem Wunsch nach mehr Solidarität für die eigene Situation korrespondiert die eigene Solidaritätsbereitschaft für Dritte nicht unbedingt. Das sollte auch nicht überraschen, denn gerade aus der Sicht vieler Arbeitsloser sind z. B. ArbeitsmigrantInnen aus den osteuropäischen Nachbarstaaten KonkurrentInnen um die noch einigermaßen erreichbaren Jobs. Erwähnenswert ist, dass die Mehrheit der hier Analysierten mit Arbeitslosigkeitserfahrungen eher bescheidene Kenntnisse über diverse Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik aufweist. Das gilt etwa in Bezug auf AMS-Förderungen zur Lohnsubventionierung in den ersten Monaten im Arbeitgeberbetrieb oder in Hinblick auf sonstige Unterstützungsmöglichkeiten (Eingliederungsbeihilfe, Arbeitstraining, Arbeitserprobung u. a. m.), welche eine Beschäfti-

gungsaufnahme aus Sicht von ArbeitgeberInnen in manchen Fällen erleichtern würden. Außerdem schildern mehrere Befragte ausgesprochen ambivalente AMS-Erfahrungen und bewerten das AMS als relativ „hilflosen Helfer" mit freundlichen BeraterInnen, denen das Bemühen nicht abgesprochen wird, die jedoch oft nur wenig bewirken könnten.

Der Umstand, dass die infrastrukturellen Voraussetzungen z. B. im Vergleich zwischen dem nördlichen Waldviertel und dem Raum St. Pölten ziemlich unterschiedlich sind, wird in den Interviews zumeist beiläufig erwähnt, als Handlungsrahmen, mit dem man zurechtkommen muss. Entweder wird „viel gebaut" und der Arbeitsplatz ist auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar, oder man muss längere Wegstrecken grundsätzlich mit dem Auto zurücklegen (weil es keinen „tragfähigen" öffentlichen Verkehr gibt oder z. B. in der mobilen Pflege ohnehin täglich hundert oder mehr Kilometer im Fahrzeug abzuspulen sind). In prosperierenden Regionen hat man es zugleich mit einer dynamischen Arbeitsmarktregion zu tun, in der potenzielle Jobwechsel ein überschaubares Risiko darstellen. In Abwanderungsregionen setzt man demgegenüber alles daran, die (privilegierte) Situation eines halbwegs stabilen Jobs tunlichst nicht zu gefährden. Mit solchen Ausgangsbedingungen korrespondieren optimistischere/offenere vs. pessimistischere/weniger aufgeschlossene Positionierungen sowohl zu Arbeitsmarktpolitik und Wohlfahrtsstaat als auch gegenüber Fremden.

Im nördlichen Waldviertel überwiegen konservative Ansichten in Bezug auf die legitime Inanspruchnahme von sozialstaatlichen Leistungen und die generelle Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat fällt verhaltener aus als in den Vergleichsregionen. Ein Gutteil der dort Befragten ist relativ bedenkenlos mit Begriffen wie „Sozialschmarotzer" zur Hand, womit insbesondere längere Zeit Arbeitslose und MigrantInnen gemeint sind. Mit Letzteren hat man allerdings kaum persönliche Erfahrungen, weil in dieser Region der Anteil mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft so niedrig ist wie nirgendwo sonst in Österreich. Erwähnenswert ist, dass das Meinungsspektrum gegenüber AusländerInnen nicht nur im suburbanen Raum rund um St. Pölten, sondern auch in der Obersteiermark deutlich „milder" ausfällt als im nördlichen Waldviertel. Obwohl sowohl das Waldviertel als auch die Obersteiermark ländlich geprägt sind, macht es einen Unterschied, ob man in einer Tourismusregion lebt (und arbeitet) und insofern regelmäßig in Kontakt mit Fremden kommt oder demgegenüber in einer eher peripheren Region, in der außerdem der Fremdenverkehr keine wesentliche Rolle spielt. Dass bei einer relativen Abgeschiedenheit Fremdheit mangels eigener Erfahrung unspezifisch mit Bedrohungslagen assoziiert wird, ist zumindest nachvollziehbar. Im Vergleich dazu nehmen die Befragten in der Region St. Pölten das Wachsen der Wohnbevölkerung samt damit einhergehender Infrastrukturen (Wohnen, Verkehr, Bildung, Konsum u. a. m.) durchwegs positiv wahr und können vielleicht auch deshalb mehr Großzügigkeit und Solidarität für sozial schwächere Personengruppen aufbringen.

BIBLIOGRAFIE

Adloff, Frank und Steffen *Mau* (Hg., 2005), Vom Geben und Nehmen – Zur Soziologie der Reziprozität, Frankfurt/Main: Campus.

Barth, Bertram, Berthold Bodo *Flaig*, Norbert *Schäuble* und Manfred *Tautscher* (Hg., 2018), Praxis der Sinus-Milieus. Gegenwart und Zukunft eines modernen Gesellschafts- und Zielgruppenmodells, Springer VS

Bourdieu, Pierre (1982), Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Dallinger, Ursula (2010), Public support for redistribution: what explains cross-national differences?, in: Journal of European Social Policy, 20, 333–349.

Eichmann, Hubert, Martina *Zandonella*, Julia *Eibl* und Annika *Schönauer* (2019), Wandel der Erwerbsarbeit und Wahrnehmung von Arbeitsmarktpolitik und Wohlfahrtsstaat in Österreich. Studie im Auftrag der GPA-djp; https://www.forba.at/wp-content/uploads/2019/04/FB_1_2019.pdf (Abruf am 6. 5. 2020).

Esping-Andersen, Gøsta (1990), The three worlds of welfare capitalism, Cambridge: Polity Press.

Feinberg, Matthew and Elisabeth *Wehling* (2018), A moral house divided: How idealized family models impact political cognition, in: PLoS ONE 13(4), https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0193347 (Abruf am 6. 5. 2020).

Gollwitzer, Mario, Sebastian *Lotz*, Thomas *Schlösser* und Bernhard *Streicher* (2013), Soziale Gerechtigkeit. Was unsere Gesellschaft aus den Erkenntnissen der Gerechtigkeitspsychologie lernen kann, Göttingen: Hogrefe.

Grausgruber, Alfred (2018), Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in Österreich, in: Johann *Bacher*, Alfred *Grausgruber*, Max *Haller*, Franz *Höllinger*, Dimitri *Prandner* und Roland *Verwiebe* (Hg.): Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich. Trends 1986–2016, VS Springer, 457–481.

Gundelach, Birte (2017), Soziales Vertrauen in ethnisch heterogenen Nachbarschaften. Eine kritische Evaluation empirischer Ergebnisse, in: Soziale Probleme 28, 207–222.

Haidt, Jonathan (2013), The Righteous Mind: Why Good People Are Divided by Politics and Religion, Vintage.

Haller, Max und Bernadette *Müller-Kmet* (2018), Die Wertorientierungen der Österreicher_innen. Eine Analyse auf Basis des Wertemodells von S. H. Schwartz, in: Johann *Bacher*, Alfred *Grausgruber*, Max *Haller*, Franz *Höllinger*, Dimitri *Prandner* und Roland *Verwiebe* (Hg.): Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich. Trends 1986–2016, VS Springer, 51–70.

Hofmann, Julia (2016), Abstiegsangst und Tritt nach unten? Die Verbreitung von Vorurteilen und die Rolle sozialer Unsicherheit bei der Entstehung dieser am Beispiel Österreichs, in: Wolfgang *Aschauer*, Elisabeth *Donat* und Julia *Hofmann* (Hg.), Solidaritätsbrüche in Europa, Springer VS, 237–257.

Jochem, Sven (2018), Solidarität im deutschen Sozialversicherungsstaat, in: Sozialer Fortschritt 67, 25–44.

Jochims, Thorsten (2016), Social reciprocity as a critical success factor for small and mid-size enterprises: Work relationships as reflections of social exchange structures, in: management revue 27/3, 188–207.

Kohl, Jürgen (2017), Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Hohe Verantwortung, verlorenes Vertrauen?, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12363.pdf (Abruf am 6. 5. 2020).

Koopmans, Ruud (2017), Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration, Berlin: Lit-Verlag.

Koos, Sebastian and Patrick *Sachweh* (2017), The Moral Economies of Market Societies. Popular Attitudes towards Market Competition, Redistribution and Reciprocity in Comparative Per-

spective, in: Socioeconomic Review 17(4), 793–821, https://doi.org/10.1093/ser/mwx045 (Abruf am 6. 5. 2020).

Kotthoff, Hermann und Josef *Reindl* (1990), Die soziale Welt kleiner Betriebe. Wirtschaften, Arbeiten und Leben in mittelständischen Industriebetrieben, Göttingen: Schwartz.

Lakoff, George und Elisabeth *Wehling* (2008), Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht, Carl-Auer Verlag.

Leitner, Sigrid and Stephan *Lessenich* (2003), Assessing Welfare State Change: The German Social Insurance State between Reciprocity and Solidarity, in: Journal of Public Policy 23(3), 325–347.

Liebig, Stefan und Carsten *Sauer* (2013), Soziologische Gerechtigkeitsanalyse. Überlegungen zur theoretischen Fundierung eines Forschungsfeldes, in: Analyse & Kritik 2/2013, 371–394.

Manow, Philip (2018), Populismus rechts und links, Nord und Süd, Ost und West, in: Soziopolis, 2. 3. 2018; https://soziopolis.de/beobachten/politik/artikel/populismus-rechts-und-links-nord-und-sued-ost-und-west/ (Abruf am 6. 5. 2020).

Mau, Steffen (2002), Wohlfahrtsregimes als Reziprozitätsarrangements. Versuch einer Typologisierung, in: Berliner Journal für Soziologie 3/2002, 345–364.

Müller, Stella und Jens *Zimmermann* (Hg., 2018), Milieu – Revisited. Forschungsstrategien der qualitativen Milieuanalyse, Springer VS.

Nielsen, Mathias Herup (2018), Four normative languages of welfare: a pragmatic sociological investigation, in: Distinction – Journal of Social Theory, Vol. 19(1), 47–67.

Oelkers, Nina (2016), Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum, in: Michal *Herbst* et al. (Hg.), Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum, Wiesbaden: Springer VS, 179–196.

Prainsack, Barbara (2016), Das Solidaritätsprinzip: Ein Plädoyer für eine Renaissance in Medizin und Bioethik, Frankfurt/Main: Campus.

Schulze, Gerhard (1992), Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/Main: Campus.

Svallfors, Stefan (Hg., 2012), Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond, Stanford: Stanford University Press.

Tálos, Emmerich (2006), Sozialpolitik. Zwischen Expansion und Restriktion, in: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Helmut *Kramer*, Vokmar *Lauber*, Wolfgang C. *Müller* und Emmerich *Tálos* (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 624–636.

Ullrich, Carsten G. (2008), Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster, Wiesbaden: VS Verlag.

Van Oorschot, Wim (2010), Public perceptions of the economic, moral, social and migration consequences of the welfare state. An empirical analysis of welfare legitimacy, in: Journal of European Social Policy 20(1), 19–31.

Verwiebe, Roland, Lena *Seewann*, Wolf, Margarita *Wolf* (2018), Zur Relevanz verschiedener Lebensbereiche für die Entstehung individueller Werthaltungen. Aktuelle Befunde für Österreich aus einer Mixed-Methods-Studie, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 43, 179–201.

Wehling, Elisabeth (2016), Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht, edition medienpraxis, 14, Köln: Halem.

Daniel Keil

RECHTE STRATEGIEN IN DER KRISE DER DEMOKRATIE: KRISENPERPETUIERUNG UND PSEUDOPARTIZIPATION

ZUSAMMENFASSUNG

Der Erfolg rechter Parteien wird häufig mit ökonomischen Krisen in Verbindung gebracht, wie auch mit der Inszenierung der sozialen Frage durch diese. Der Artikel widerspricht der Annahme, dass rechte Parteien tatsächlich eine soziale Agenda hätten, und argumentiert dafür, das rechte Angebot als spezifische Strategie in der Krise der Demokratie zu verstehen. Rechte Parteien und Bewegungen arbeiten an einer weitergehenden autoritären Transformation mit einem spezifischen Partizipationsversprechen: der unmittelbaren Teilhabe an gesellschaftlicher Gewalt. Die Strategie besteht im Umdeuten des Demokratiebegriffs und der Behauptung eines mythischen Verhältnisses des „Volkswillens" zur Macht.

- Rechte Parteien inszenieren sich als soziale Parteien, als einzig wahre Antwort auf ökonomische Krisen.
- Ihr Erfolg ist aber nicht allein auf ökonomische Krisenprozesse zurückzuführen.
- Sie machen stattdessen ein spezielles Partizipationsangebot: Sie versprechen die Teilhabe an gesellschaftlicher Gewaltausübung gegen die erklärten Feinde.

ABSTRACT

The rise of far-right parties is often related to economic crises, as well as such parties stage-managing the social question. This article argues against the assumption that far-right parties actually have a social agenda; on the contrary, their propaganda is understood as a strategy to overcome the crisis of democracy. Far-Right parties and movements are working for an authoritarian transformation which includes the cutback of possibilities of participation factually, while they are promising a specific form of participation. This strategy consists in reframing the concept of democracy and thus asserting a mythic relation of the "will of the people" [Volkswillen] to power.

- Far-right parties present themselves as social parties, as the only true answer to economic crises.
- Their success can nevertheless not be attributed to economic crises alone.
- Instead, they offer a specific form of participation: i.e. exerting power against declared enemies.

1 EINLEITUNG

In den letzten Jahren wurde viel über Sozialpolitik diskutiert, allerdings nicht darüber, wie eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erreicht werden kann, sondern darüber, warum rechte Parteien in weiten Teilen Europas so erfolgreich sind. Dies wird häufig als Folge eines Versagens linker Parteien verstanden, das darin bestünde, die soziale Frage zugunsten sogenannter Identitätspolitik aufgegeben und „die" ArbeiterInnen vergessen zu haben.[1] Dadurch sei eine Lücke entstanden, die nun von rechten Parteien gefüllt werden könne. Ähnliche Debatten zu den Ursachen der Wahlerfolge der AfD in Deutschland werden sehr ausführlich geführt, vor allem über die Frage, wer die AfD aus welchen Gründen wählt. In der Regel kann man drei Erklärungsansätze dabei unterscheiden: erstens einen politökonomischen, zweitens einen kulturellen und drittens einen politischen. Alle drei Ansätze gehen jeweils von zentralen theoretischen Annahmen aus, die alle ihre Probleme haben. Während die politökonomischen Ansätze sich häufig um die ModernisierungsverliererInnen-These drehen, die davon ausgeht, dass die Wahl rechter Parteien oder auch die Annahme rechter Einstellungen mit der ökonomischen Deprivation der Einzelnen zusammenhängt, stützt sich die kulturelle Erklärung vor allem auf die Cleavage-Theorie, die von einer neuen gesellschaftlichen Spaltungslinie zwischen kosmopolitischen GlobalisierungsbefürworterInnen und national orientierten KommunitaristInnen ausgeht. Der politische Ansatz stellt im Anschluss an die Postdemokratie-These von Crouch insbesondere die schwindenden Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen und die daraus folgende Politikverdrossenheit in den Mittelpunkt. Allen drei Ansätzen ist gemein, dass sie sich in irgendeiner Form mit der Frage des Einflusses der „Globalisierung" auf die noch immer nationalstaatlich verfassten Gesellschaften beschäftigen. Auch wenn diese Darstellung sehr schematisch ist und es auch Kritiken an der Trennung von ökonomischen und kulturellen Erklärungen gibt (siehe z. B. Biskamp 2019), so lässt sich daran dennoch ein Problem festmachen: Auf der Suche nach einem „rationalen Kern"[2], der in der Wahl rechter Parteien zu finden sein soll, werden die Verhältnisse wiederum der Kritik entzogen, da das Setting eines scheinbaren Dualismus von „global" und „national" a priori als wahr anerkannt wird. So wird die Wahlentscheidung zugunsten der AfD „zielbewusst und rational motiviert", weil die WählerInnen „die Sorge um den Verlust der kulturellen Identität umtreibt" (Lengfeld 2018, 308, Fußnote 9). In Bezug auf die ökonomische These hieße das, der rationale Kern bestünde darin, mit der Wahl einer rechten Partei der transnationalen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt begegnen zu wollen, und die politische These würde dann eine Wiederherstellung der Partizipation an politischen Entscheidungen bedeuten. Das Problem, das dabei untergeht, hat Adorno so formuliert: „Zwangsläufig sind die Menschen so irrational wie die Welt, in der sie leben" (Adorno 1948 [2019], 46). D. h., eine kritische Analyse muss die irrationale Verfasstheit der gegenwärtigen Gesellschaften selbst und nicht nur bestimmte Reaktionen auf deren innere Dynamiken und Krisen aufnehmen, die dann wiederum unter den spezifischen Bedingungen als rational erscheinen könnten. Die Frage ist nicht, ob Reaktionen auf solche Weise rational sind, sondern welche Konsequenzen daraus folgen. Vor diesem Hintergrund – und in Hinblick auf die politischen Konsequenzen – müssen zudem die Strategien von politischen AkteurInnen, namentlich der (neuen) Rechten, analysiert werden, um die Gefahren, die von diesen Denkweisen und Politiken ausgehen, zu benennen.

---

1 Zur Übersicht und Kritik dieser These siehe Dowling/van Dyk/Graefe 2017.

2 So Enno Stahl unter Bezugnahme auf Stuart Hall. Das Problem dabei: Dieser „rationale Kern" wird auf die ökonomischen Sicherungsbedürfnisse bezogen, darauf, dass Menschen ihren Arbeitsplatz behalten und behaupten wollen. Wenn das Bestehen in der Konkurrenz des Weltmarkts als rationaler Kern bestimmt wird, dann wird allerdings die irrationale Form der (Re-)Produktion dethematisiert. Zudem findet sich bei Hall, sollte ich es nicht überlesen haben, nur die Formulierung „philosophischer Kern" (Hall 1989), ein Gramsci-Zitat, das darauf verweist, dass Anschauungen des Alltagsverstands, auch ohne das selbst zu wissen, auf einen größeren Weltanschauungszusammenhang verweisen. Von Rationalität ist hier keine Rede.

Im Folgenden werde ich daher die Frage bearbeiten, wie genau die Reaktion rechter AkteurInnen auf die gegenwärtige multiple Krise aussieht. Ausgangspunkt ist dabei eine größere Skepsis gegenüber der Annahme, rechte Parteien hätten ein politökonomisches Programm, das gravierende soziale Verbesserung mit sich bringen würde. Das heißt aber nicht, dass sie nicht Krisensymptome wahrnehmen, deuten und schließlich auch in gewissem Sinne umdeuten. Grundlegend verfolgt der Beitrag vor dem Hintergrund dieser Frage, dass die Rezeption der gegenwärtigen Krise als Ergebnis einer neuen Spaltungslinie ihr Fundament in der Verhinderung von Partizipation, insbesondere der Subalternen, an politischen Entscheidungen durch „Immunisierung" (Lüggert 2017) der politischen Institutionen gegen alternative Politiken hat. Gegen diesen politisch-institutionellen Partizipationsausschluss bieten rechte Parteien ein höchst spezifisches Partizipationsversprechen, mit dem Partizipation autoritär umgedeutet wird. Es ist ein antidemokratisches Versprechen, das vor allem die Teilhabe an staatlich ausgeübter Gewalt verspricht. Um diese These zu diskutieren, werde ich zunächst Elemente einer Krise der Demokratie – als Teil der multiplen Krise – skizzieren, um im Anschluss an einem Beispiel das antidemokratische Versprechen und sein Anknüpfen an die Krise herauszuarbeiten.

2 KRISE DER DEMOKRATIE – KRISE DER PARTIZIPATION

Zunächst einmal sollte schon deutlich geworden sein, dass die Krise eine tiefere Dimension beinhaltet und mithin eine „organische Krise" ist, die die gesamte Gesellschaft in ihren Grundlagen erschüttert. Die Krise der Demokratie ist ein Teil dieser Krisenkonstellation und nicht einfach als Zerfall der Demokratie zu begreifen. Stephan Lessenich warnt zu Recht vor einer „retrospektiven Überhöhung, wenn nicht gar Idealisierung der politisch-sozialen Verhältnisse im ›golden age‹ des Fordismus" (Lessenich 2019, 122).[3] Es muss also vielmehr darum gehen, Demokratie als immer prekär zu begreifen. Aus historisch-materialistischer Perspektive bedeutet das, die politisch-institutionelle Ausgestaltung der Gesellschaft in ihrer spezifischen Form aus dem Stand gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu analysieren, bei gleichzeitiger Kritik ihres strukturellen Fundaments. Das bedeutet, die politische Form nicht affirmativ als Ausgangspunkt zu nehmen, sondern selbst zu hinterfragen (vgl. Buckel/Martin 2019). So wird kein starrer Ausgangspunkt eines Niedergangs festgelegt, sondern vielmehr die gesellschaftliche Dynamik inklusive ihrer antidemokratischen Tendenzen in den Blick genommen, wobei die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht rationalisiert werden. Daher kann das Erstarken rechter Parteien und Bewegungen nicht als isoliertes Ereignis, sondern als „Teil des Dramas" (Hürtgen 2019, 101) analysiert werden. Stellt man die Frage, warum bestimmte Teile der Bevölkerung bei Wahlen eine rechte Partei wählen, dann muss die gesellschaftliche Bewegung zwischen der autoritären Dynamik der Institutionen und dem autoritären Syndrom der Subjekte (vgl. Decker 2018) erfasst werden.

Um die Krise der Demokratie adäquat zu erfassen, muss daher das Analyseinstrumentarium tiefer ansetzen. Ein Merkmal der politischen Form des Kapitalismus ist die relative Trennung der

[3] Vielmehr kann man die Prekarität der Demokratie an der Geschichte der Auseinandersetzung mit ihren Krisen und Gefährdungen betrachten: Schon Marx' 18. Brumaire ist eine Auseinandersetzung mit einer existenziellen Demokratiekrise (vgl. Marx 1852). Und in der Hochzeit des Fordismus wurde von Johannes Agnoli die „Involution" der Demokratie kritisiert (vgl. Agnoli 1990).

Politik von der Ökonomie, d. h. zunächst, dass die ökonomischen EigentümerInnen der Produktionsmittel nicht unmittelbar auch die politische Herrschaft ausüben, sondern diese sich als Staat relativ autonom gegenüber allen Klassenfraktionen etabliert. Grundlegend wird der Staat verstanden als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen" (ebd., 159), wobei der Staat „eine eigene Dichte und Widerstandskraft" (ebd., 162) hat. Daraus folgt, dass der Staat und staatliche Politik eine relative – oder relationale – Autonomie gegenüber der Ökonomie bzw. gegenüber den Klassen und Klassenfraktionen aufweist. Da der Staat eine relativ eigenständige Verdichtung von Kräfteverhältnisses ist, ist er auch nicht als monolithischer Block zu verstehen, sondern als ein Ensemble aus Apparaten, deren innere Kohärenz sich aus der Etablierung und Durchsetzung eines Staatsprojekts ergibt (vgl. Wissel 2015). Das heißt, dass sich die diversen gesellschaftlichen Kräfte in aggregierter Form – als Hegemonieprojekte (vgl. Buckel et al. 2014) – gegenübertreten bzw. in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen herauskristallisieren und, im Erfolgsfall, zu einer hegemonialen Konstellation emergieren.[4] Diese zeichnet sich dadurch aus, ein „instabiles Kompromissgleichgewicht" zu sein (Gramsci) in der das hegemoniale Projekt auch andere unterlegene Interessen selektiv miteinbezieht und dadurch einen Konsens erzeugt, der weit genug reicht, um die Konstellation abzusichern. Wie und auf welche Art und Weise welche Interessen sich in solchen Konstellationen artikulieren und aggregieren, hängt wiederum von der vorgefundenen Materialität der Apparate und den konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ab. Daraus folgt, dass die Bearbeitung einer ökonomischen Krise stets auch eine von den Kräfteverhältnissen und der inneren Kohärenz und dem inneren Aufbau und Verhältnis der Apparate abhängige eigenständige Dynamik aufweisen kann – und dass auch diese komplexe Struktur ohne ökonomische Krise in eine eigene Krise geraten kann.

Ein zentrales Element der gegenwärtigen Krise der Demokratie ist, dass das instabile Kompromissgleichgewicht aus der Balance geraten ist. Es vermehren sich die Risse im Block an der Macht, was sich nicht zuletzt darin ausdrückt, dass vormals in Bündnissen agierende Klassenfraktionen und Parteien auseinanderbrechen (vgl. z. B. Kannankulam 2019). Durch die „Überkonstitutionalisierung" (Grimm 2015), d. h. die verfassungsmäßige Festschreibung politischer Entscheidungen auf die Austeritätspolitik, haben sich die Spielräume für die Erzeugung eines Konsenses auch im Block an der Macht so stark verringert, dass eine autoritäre Dynamik in den Institutionen entstanden ist, die in der politischen Arena zu einer tiefgreifenden Neuordnung politischer AkteurInnen führte. Daher verstellt die Frage, ob denn die Fokussierung auf den Riss im Block an der Macht die Bedeutung der autoritär revoltierenden ArbeiterInnen vernachlässige oder umgekehrt, den Blick auf das, was passiert: die Formierung eines Projekts, in dem sich verschiedene, vorher getrennte gesellschaftliche Gruppen neu verbinden. Vorläufig ist dieses Projekt nicht als Hegemonieprojekt zu bezeichnen, da es darauf hinausläuft, die Hegemoniekrise nicht zu beenden, indem wieder ein Zustand relativ funktionierender Hegemonie hergestellt wird, sondern indem die politische Form so verändert wird, dass Hegemonie gar kein Ziel der politisch konkurrierenden Gruppen sein kann. Rechte AkteurInnen nutzen die autoritäre Dynamik, die sie im Prinzip auf die Spitze treiben wollen. Die rechten Parteien sind im Grunde dabei Ausdruck dieser Formierungen, die sich auch im Niedergang des Systems der „Volksparteien" und nicht zuletzt im Fall der Sozialdemokratien in Europa zeigen.

[4] Insofern gehen hegemonietheoretische, an Gramsci anschließende Argumentationen auch nicht, wie Klaus Dörre schreibt, von einem „rationalen Kapitalismus" (Dörre 2019, 32) aus. Vielmehr ist Hegemonie die Form, in der sich Herrschaft unter Bedingungen grundsätzlich irrationaler und ungeplanter Prozesse konstituiert, verselbstständigt und damit Ausdruck einer sozialen Form ist, in der gesellschaftliche Widersprüche prozessieren, aber nicht aufgehoben werden.

3 RECHTES AGIEREN IN DER KRISE: KAPITALISMUS UND SOZIALES?

Teile der (neu)rechten Bewegungen und Parteien in Europa, so auch Teile der AfD, greifen einerseits offensiv die Schwäche der Linken auf und formulieren daran anschließend eine spezifische Interpretation der Krise der Demokratie. Hierbei rekurrieren sie direkt auf Formen der Partizipation und propagieren scheinbar die Wiedererlangung von Handlungsfähigkeit. Parolen wie „Take back Control" in der Auseinandersetzung um den Brexit greifen direkt die Krise der Demokratie auf und suggerieren, durch eine Stärkung des Nationalstaats könne „Kontrolle" zurückgewonnen werden. Rechte AkteurInnen interpretieren die Krise dabei als Souveränitätsverlust, der durch die globale Ökonomie, die Europäische Union sowie deren Eliten vorangetrieben würde. Der interpretatorische Dualismus zwischen global und national rechter AkteurInnen – scheinbar eine Bestätigung der Cleavage-Theorie – deutet daher die durchgesetzte Politik als ‚Fremdbestimmung' durch ‚abgehobene Eliten'. Die Setzung des Nationalismus als einzig wahre Opposition gegen die Globalisierung ist ein Topos, den rechte Parteien quer durch Europa propagieren (vgl. Worth 2019, 81–108). Vor dem Hintergrund dieses Topos erscheinen dann manche AkteurInnen der Rechten als VertreterInnen einer Antiausteritätspolitik (vgl. Cooper 2020), die ein soziales Programm vertreten würden. Insbesondere die beklagten Kontrollverluste werden als verantwortlich für den ausgemachten sozialen und kulturellen Niedergang gezeichnet. Die dreifache Frage besteht also darin, ob die rechte Interpretation der gegenwärtigen Krise ein soziales Programm beinhaltet, wie es die breiten Auseinandersetzungen um die eingangs angesprochenen Debatten über das Verhältnis von ArbeiterInnen zu rechten Parteien suggerieren, aus welcher Form von Kapitalismusverständnis sich dieses speist und was die Konsequenzen aus einem solchen Programm sind.

In den letzten Jahren sind zahlreiche Versuche vor allem in (neu)rechten Thinktanks festzustellen, rechte Formen der „Kapitalismuskritik" zu entwickeln und sich hierbei einerseits bestimmte linke Versatzstücke anzueignen (vgl. Gebhardt 2017) und andererseits sich selbst als die „wahren" VertreterInnen der „kleinen Leute" und der sozialen Frage zu präsentieren. Beispielsweise forderte Björn Höcke von der AfD 2018 auf dem Kyffhäusertreffen des völkischen Flügels Folgendes: „Die Linke hat die Arbeiter, die Angestellten und die kleinen Leute verraten, indem sie die soziale Frage verraten hat. [...] Die soziale Frage war das Kronjuwel der Linken, ihre Existenzgarantie. [...] Wenn wir als AfD glaubwürdig bleiben und entschlossen bleiben, dann können wir der Linken dieses Kronjuwel jetzt abjagen[5]. Und das sollten wir tun" (Höcke 2018a).

Um dies umzusetzen, entwickelt Höcke das Konzept des „solidarischen Patriotismus" (Höcke 2017 u. 2018c, 246), der gegen die „Folgen einer falsch angelegten Globalisierung" (Höcke 2017) in Stellung gebracht wird. Der Neoliberalismus habe „Staaten zu Wurmfortsätzen global agierender Konzerne gemacht" (ebd.). Diese Interpretation fügt sich ein in die Aussage, dass die „neue deutsche soziale Frage" in der Frage nach „der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen" (Höcke 2016) bestehe. An anderer Stelle wird Höcke noch deutlicher, was seiner Ansicht nach das Problem der Globalisierung ist: „Der internationale Geld-Macht-Komplex, der heute zu Recht auch schon des Öfteren erwähnt worden ist, der internationale Geld-Macht-Komplex mit seiner krakenhaften Machtstruktur formte quasi die bis dahin transatlantisch geprägten europäischen Eliten zu antinationalen Globalisten um" (Höcke 2018b). Weiter heißt es in der Rede: „Und dieses Weltestablishment müssen wir als unseren politischen Hauptgegner begreifen und be-

[5] Es ist kein Zufall, dass Götz Kubitschek, eine der zentralen Figuren der (neu)rechten Szene in Deutschland, wenige Tage vor dem Kyffhäusertreffen genau die gleiche Formulierung verwendete: „Die soziale Frage ist ein Kronjuwel der Linken, und es könnte ihr durch eine glaubwürdige und entschlossene AfD abgejagt werden" (Kubitschek 2018).

kämpfen“ (ebd.). Kaum noch verklausuliert zeigt sich hier das angeblich Soziale, die scheinbare Kapitalismuskritik, als ein alter antisemitischer Topos („krakenhaft“). Durch die Verknüpfung von Geld mit einem die Macht ausübenden „Weltestablishment“ wird gleichzeitig das Völkisch-Nationale als Ort des Widerstands und zugleich als das Soziale gesetzt, das durch diese globale Geld-Macht-Elite zerstört werde. In dieser Innen-außen-Konstruktion der Globalisierung verknüpfen sich weitere zentrale rechte Topoi. Insbesondere Migrationsbewegungen werden so mit der Globalisierung verknüpft, dass sie einerseits als Angriff auf das soziale Gemeinwesen interpretiert werden können und zugleich als von der globalen Elite verursacht und gesteuert begriffen werden. Der Topos des „Großen Austauschs“ (Camus 2017), der zu einer „Auflösung der Zivilisation“ führe, zu einem „Eroberungskampf um Ressourcen und Lebensraum“ (ebd., 105), ist zu einem zentralen Bestandteil (neu)rechter Ideologie geworden.

4 GEGEN DIE KRISE DER DEMOKRATIE: PSEUDOPARTIZIPATION UND KRISENPERPETUIERUNG

Vor diesem Hintergrund kann weiter herausgearbeitet werden, was dem scheinbar sozialen Programm (neu)rechter AkteurInnen zugrunde liegt und welche Konsequenzen sich aus ihrem Denken ergeben. Aus dem Dualismus global vs. national und der Verschiebung der sozialen Frage auf ein Innen-außen-Verhältnis wird ein Gegenbild entworfen, das eine Vorstellung von Partizipation enthält, die grundlegend für die rechte Vorstellung von sozialer Politik ist. Aus der Interpretation der Herrschaft der „Globalisten“ über die Nationalstaaten ergibt sich, dass die nationalen Regierungen als VertreterInnen der globalen Interessen gesehen werden, die sich vom ‚eigenen Volk‘ entfremdet hätten und dieses nicht mehr vertreten würden. Dadurch habe der ‚Volkswille‘ keine Chance mehr, sich in staatliche Politik zu übersetzen. Das Zentrum besteht in der mythischen Interpretation des Volkswillens. Im Folgenden zeichne ich dies exemplarisch an einem Vortrag über „Volk, Volkssouveränität, Verfassung“ des MdEP Maximilian Krah (Afd) nach, den er Anfang 2019 bei einer sogenannten Winterakademie des neurechten Thinktanks Institut für Staatspolitik gehalten hat. Das ist auch deshalb erhellend, da sich hier die Strategie der Umdeutung von Begriffen mittels semantischer Verwirrspiele anhand des Begriffs der Demokratie zeigen lässt, über dessen semantische Bearbeitung antidemokratische Vorstellungen in öffentliche Diskurse transportiert werden.

Ausgangspunkt bei Krah ist die Volkssouveränität, die als Wesensmerkmal der Demokratie ausgemacht wird und die den Kern dessen bezeichnet, was als Partizipation verstanden werden kann. Krah nimmt die Einordnung von Teilen der AfD als Prüffall durch den Verfassungsschutz zum Anlass, einen ethnischen Volksbegriff aus dem Grundgesetz zu konstruieren. Aus Art. 116 GG entnimmt er den Begriff der „Volkszugehörigkeit“, der neben dem der „Staatsangehörigkeit“ steht, und schließt daraus, dass es etwas anderes als den Staat bzw. die Staatsangehörigkeit geben müsse, das die Zugehörigkeit zum Volk bzw. zur Nation bestimmt. Dieses andere findet er in der Kultur, die auch nur in sehr geringem Maße durch Bekenntnis erlernt werden könne (vgl. Krah 2019). Damit wird das Volk als vorpolitisch existent, d. h. der politischen Organisation vorgängig, bestimmt. Die kulturelle Homogenität des Volkes wird als Voraussetzung der Artikulation eines einheitlichen politischen Willens bestimmt: „Die Deutschen sagen, oder die Mitteleuropäer, das muss kulturell homogen sein, weil das ist die Voraussetzung für den einheitlichen po-

litischen Willen" (ebd.).[6] Der einheitliche politische Wille ist dabei wiederum Voraussetzung des Staates. „Das heißt also, aus einem Staat als Ausdruck eines kollektiven Willens, der von einem Kollektiv her gedacht wird, wird eine Welt, die nur noch Regierungsbezirke kennt, aber im Kern einem einheitlichen Reglement unterworfen ist. Und damit kommen wir also wieder weg aus dem Pluriversum der Nationalstaaten mit ihrer Trennung von innen und außen und dem Staat als der politischen Erscheinungsform eines in territorialer Geschlossenheit siedelnden Volkes zu einem gedachten Globalimperium, das nur noch pragmatisch ist, das versucht, Dinge zu regeln, die da sind, aber ansonsten im Anything-goes des freien Individuums unterworfen ist" (ebd.).

Die zentralen Bestimmungen aus diesen Absätzen lassen sich so zusammenfassen: Ein vorpolitisch existierendes und kulturell homogenes Volk ist Voraussetzung für einen einheitlichen politischen Willen (den Volkswillen). Dieser Volkswille drückt sich im Staat aus, der territorial geschlossen ist – international drückt sich dies in einem „Pluriversum"[7] von Staaten/Völkern aus. Ergänzt wird dies durch die Behauptung einer quasinatürlichen Unterscheidung in „Bürger und Fremde", die eine „elementare" sei, eine „grundlegende, die einfach da ist" (ebd.). Es ist also keine Frage des Rechts, über die Institution der Staatsbürgerschaft, wer zu einem Staat gezählt werden kann, sondern eine der vorstaatlichen, kulturellen Volkszugehörigkeit. Als Gegenbild wird damit politisch das „Globalimperium", rechtlich das universalistische Recht sowie der liberale Individualismus gezeichnet. Hier zeigt sich deutlich eine völkische Demokratievorstellung,[8] und es lässt sich herausarbeiten, was in diesem Sinne Partizipation bedeutet und welche Interpretation der Krise der Demokratie dem zugrunde liegt. Partizipation heißt demnach, dass sich ein einheitlicher Volkswille bilden und im Staat ausdrücken kann. Im Gegensatz zur pluralen Demokratie, in der sich ein verallgemeinerter Wille über Kompromisse herstellt, gibt es hier keine Aushandlung und keine Pluralität. Vielmehr ist Homogenität Voraussetzung für den einheitlichen Volkswillen – Volk und Volkswille werde so zu „metaphysische[n] Größen" (Kellershohn 2019, 203), die empirisch nicht ermittelbar sind. Björn Höcke formuliert es folgendermaßen: „Wir sind als Volk bereits stark fragmentiert und bringen im Grunde keinen einheitlichen Volkswillen mehr hervor, sondern eher eine dissonante Kakophonie" (Höcke 2018c, 235). Und weiter heißt es: „Auch bei einer wiederhergestellten inneren Einheit muß er [der verantwortungsvolle Politiker, Anm. D. K.] ein Sensorium für die »volonté generale« besitzen und notfalls auch gegen die aktuellen öffentlichen Befindlichkeiten und für das Volk die richtigen Entscheidungen treffen – also nicht selbstherrlich-autokratisch, sondern im dienenden Sinne" (ebd., 235 f.). In diesem Sinne bestimmt Krah dann auch Volkssouveränität: „Souveränität heißt die Macht – kein Gesetz – keinen Beschränkungen unterliegt – unterworfen ist – und die frei – also eine unbegrenzte ominöse Allmacht – unbeschränkt – die sich frei entfalten kann"[9] (Krah 2019).

---

6 Die Aussagen sind dem Vortrag entnommen, der auf YouTube zu sehen ist. Bis auf kleine Bereinigungen („ähs" oder Ähnliches wurde herausgenommen), die keine Auswirkungen auf den Inhalt haben, wurden die Sätze wortwörtlich übernommen.

7 Der Begriff „Pluriversum" geht auf den Vordenker der Nouvelle Droite, Alain de Benoist, zurück: „Der Hauptfeind in diesem Pluriversum autozentrierter Großgebilde ist kulturell wie wirtschaftlich jede Zivilisation, die sich als universal behauptet, mit einer erlösenden Mission betraut zu sein glaubt und allen anderen ihr Modell aufzwingen will. Europa als kontinentale Realität und der Westen als zunehmend ungeographischer Begriff sind in dieser Sicht ausausweichlich zur Scheidung verurteilt" (Benoist 2003, 39).

8 Im Prinzip ist dies auch nichts als eine Aktualisierung von Carl Schmitts völkischer Demokratiebestimmung: „Jede wirkliche Demokratie beruht darauf, daß nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nichtgleiche nicht gleich behandelt wird" (Schmitt 2017, 13).

9 Auffällig stark kommt Krah an dieser Stelle ins Schlingern. Dieser Satz ist in seiner Unverständlichkeit originalgetreu wiedergegeben. Die eingefügten Gedankenstriche sollen hierbei helfen, die verschiedenen fragmentarischen Formulierungen zu verdeutlichen. Dieses Schlingern an einer entscheidenden Stelle wäre tiefenhermeneutisch zu analysieren, wozu hier leider der Platz fehlt. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, dass es daher rührt, dass an dieser Stelle offen eine diktatorische Willkürherrschaft mit dem Begriff der Souveränität legitimiert wird und diese Offenheit in (neu)rechten Kreisen mittlerweile eher selten anzutreffen ist. Eine solche Offenheit widerspricht der Strategie, unverdächtige Begriffe semantisch umzudeuten und anschlussfähig zu machen.

Kurz zusammengefasst ergibt sich folgende Kausalkette: Ein homogenes Volk ist die Voraussetzung für einen einheitlichen politischen Volkswillen, der sich im Staat ausdrückt, empirisch aber nicht ermittelbar ist (durch Wahlen beispielsweise), sondern von einem Führer erfühlt werden muss. Dieser Führer ist dann als Verkörperung des Volkswillens und der Volkssouveränität keinem Gesetz mehr unterworfen, sondern kann allmächtig entscheiden. Was folgt daraus für die Vorstellung des Sozialen oder von Partizipation? Höcke verwendet die Formulierung des „solidarischen Patriotismus" (Höcke 2018c, 346) ganz in diesem Sinne als die Herstellung der Einheit des Volkes gegen außen – Globalisierung und Migration – und innen – ‚antinationale Eliten'. Partizipation kann in diesem Sinne nichts anderes heißen als die Homogenität des Volkes wiederherzustellen, um den einheitlichen Willen zu erzeugen. Eine solche Homogenität herstellen zu wollen bedeutet nichts anderes als den Einsatz von Gewalt. Höcke spricht hier – Sloterdijk zitierend – von „wohltemperierter Grausamkeit", ohne die „ein großangelegtes Remigrationsprojekt" (ebd., 254) nicht vonstattengehen könne. „Die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen" (ebd., 257 f.). Das Versprechen, das hier gegeben wird, ist eines der Partizipation an Gewalt. Als nichts anderes lassen sich vor diesem Hintergrund die Phrasen eines „solidarischen Patriotismus" verstehen. Der Begriff der Solidarität wird hier aus seiner linken Geschichte des Zusammenstehens Unterdrückter und Benachteiligter herausgerissen und zu einer Formierung der Mehrheitsgesellschaft gegen „die anderen" umgedeutet. Ebenso wird der Begriff der Demokratie über diese Konstruktion der Volkssouveränität antidemokratisch gewendet, da in dieser Form des unbedingten Volkswillens die rechtsstaatliche Trennung zwischen „verfassungsgebender Gewalt" und der durch die Verfassung gegebenen Gewalt (Staatsgewalt) im einheitlichen politischen Willen des homogenen Volkes aufgehoben wird, was nichts anderes als die Grundlage eines faschistischen Maßnahmenstaates ist. Partizipation bedeutet hier also nichts anderes als ein Einfügen in die Volksgemeinschaft. So werden Begriffe, die demokratisch und durchaus auch emanzipatorisch bestimmt waren, semantisch so umgedeutet, dass sie den Wunsch nach einem autoritären Staat ausdrücken.

5 FAZIT

In der Krise der Demokratie knüpfen rechte AkteurInnen an Elementen dieser Krise an und bauen ein eigenes Deutungsmuster, das sich in Begriffen wie „Volkssouveränität" und „solidarischer Patriotismus" ausdrückt. Insbesondere die Immunisierung der politischen Institutionen sowie den Abbau der Möglichkeiten der Partizipation an politischen Entscheidungen deuten rechte AkteurInnen als Bruch zwischen Volk und Staat, der dadurch zustande kommt, dass das Volk durch Migration so fragmentiert sei, dass es keinen einheitlichen politischen Willen mehr entwickelt, der sich dann auch nicht mehr im Staat ausdrücken könne. Die Forderung ist nicht ein Mehr an Partizipation, sondern vielmehr eine Pseudopartizipation, die die Teilhabe an politischen Entscheidungen durch die Teilhabe an staatlich legitimierter Gewalt ersetzt. Dieses Versprechen, an der Gewalt gegen als „anders" Markierte teilzuhaben, ist der Kern des sogenannten sozialen Programms rechter AkteurInnen und die Negation jeglichen demokratischen Partizipationsversprechens. Eine solche Politik bearbeitet die Krise der Demokratie nicht, sondern will sie einzig und allein eskalieren.

BIBLIOGRAFIE

Adorno, Theodor W. (1948), Bemerkungen zu *The Authoritarian Personality* von Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson, Stanford, in: *Adorno,* Theodor W. (2019), Bemerkungen zu ›The Authoritarian Personality‹ und weitere Texte, herausgegeben von Eva-Maria *Ziege,* Berlin, 21–70.

Agnoli, Johannes (1990), Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg.

Benoist, Alain de (2003), Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert. Erweiterte Auflage, Berlin.

Biskamp, Floris (2019), Ökonomie ist kulturell, Kultur ist ökonomisch. Zu den Grenzen einer politischen Ökonomie des Populismus, in: PROKLA, Heft 196, 49. Jg., Nr. 3, 463–476.

Buckel, Sonja und Dirk *Martin* (2019), Aspekte einer gesellschaftskritischen Theorie der Politik, in: *Bohmann*, Ulf und Paul *Sörensen* (Hg.), Kritische Theorie der Politik, Berlin, 243–266.

Buckel, Sonja, Fabian *Georgi,* John *Kannankulam* und Jens *Wissel* (2014), Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, in: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld, 15–86.

Camus, Renaud (2017), Revolte gegen den Großen Austausch. Zusammengestellt und übersetzt von Martin Lichtmesz, 2. Auflage, Schnellroda.

Cooper, Melinda (2020), Anti-Austerity on the Far Right, in: *Callison,* William and Manfredi *Zachari* (Hg.), Mutant Neoliberalism. Market Rule and Political Rupture, New York, 112–145.

Decker, Oliver (2018), Flucht ins Autoritäre, in: *Decker,* Oliver und Elmar *Brähler* (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen, 15–64.

Dörre, Klaus (2019), Demokratie statt Kapitalismus oder: Enteignet Zuckerberg!, in: *Ketterer,* Hanna und Karina *Becker* (Hg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin, 21–51.

Dowling, Emma, Silke *van Dyk* und Stefanie *Graefe* (2017), Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik", in: PROKLA, Heft 188, 47. Jg., Nr. 3, 411– 420.

Gebhardt, Richard (2017), »Querfront«? Zur Kapitalismuskritik und Diskurspiraterie der Neuen Rechten, in: Das Argument, Nr. 323, 347–362.

Grimm, Dieter (2015), Auf der Suche nach Akzeptanz. Über Legitimationsdefizite und Legitimationsressourcen der Europäischen Union, in: Leviathan, 43. Jg., Nr. 3, 325–338.

Hall, Stuart (1989), Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihre Bedeutung für die Erforschung von »Rasse« und Ethnizität, in: *Hall,* Stuart: Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften, Bd.1, Hamburg, 56–91.

Höcke, Björn (2016), Facebook-Posting vom 1. 5. 2016, in: https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/posts/1698077077100238/, letzter Zugriff: 29. 1. 2020.

Höcke, Björn (2017), „Nicht mit dem Establishment gemeinmachen", Interview, in: Die Welt, 30. 11. 2017, 4.

Höcke, Björn (2018a), Rede auf dem Kyffhäusertreffen am 23. 6. 2018, in: https://www.youtube.com/watch?v=kbLikMxEsqk, letzter Zugriff: 29. 1. 2020.

Höcke, Björn (2018b): Europa ist nicht Brüssel. Rede auf dem Herrmannstreffen der AfD am 24. 11. 2018, in: https://www.youtube.com/watch?v=kflg_5GphB4, letzter Zugriff: 7. 2. 2020.

Höcke, Björn (2018c), Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig, Lüdinghausen, Berlin.

Hürtgen, Stefanie (2019), Konkurrenz und xenophobe Kulturalisierung im transnationalen Raum der Lohnarbeit, in: *Book,* Carina, Nikolai *Huke,* Sebastian *Klauke* und Olaf *Tietje* (Hg.), Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der »imperialen Lebensweise«, Externalisierung und exklusive Solidarität, Münster, 94–107.

Kannankulam, John (2019), Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Zur Aktualität des Autoritären Etatismus im Kontext der Finanz- und „Eurokrise", in: *Keil,* Daniel und Jens *Wissen* (Hg.), Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union, Baden-Baden, 83–96.

Kellershohn, Helmut (2019), Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis in einem »Europa der Nationen«, in: *Becker,* Andrea, Simon *Eberhardt* und Helmut *Kellershohn* (Hg.), Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster, 90–112.

Krah, Maximilian (2019), Volk, Volkssouveränität, Verfassung. Vortrag auf der Winterakademie des Instituts für Staatspolitik in Schnellroda, in: https://www.youtube.com/watch?v=z9dKdGkMhzg, letzter Zugriff: 15. 1. 2020.

Kubitschek, Götz (2018), Markenimitate, Kronjuwelen – Seehofer, Wagenknecht, in: https://sezession.de/58674/markenimitate-kronjuwelen-seehofer-wagenknecht, letzter Zugriff: 29. 1. 2020.

Lengfeld, Holger (2018), Der „Kleine Mann" und die AfD: Was steckt dahinter?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 70, 295–310.

Lessenich, Stephan (2019), Die Dialektik der Demokratie. Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen im Wohlfahrtskapitalismus, in: *Ketterer,* Hanna und Karina *Becker* (Hg.), Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin, 121–138.

Lüggert, Max (2017), Die Immunisierung der Krisenverarbeitung in der Eurozone, in: *Förster,* Annette und Matthias *Lemke* (Hg.), Die Grenzen der Demokratie. Gegenwartsdiagnosen zwischen Politik und Recht, Wiesbaden, 111–140.

Marx, Karl (1852), Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 8., Berlin 1960, 111–207.

Poulantzas, Nicos (2002), Staatstheorie, Hamburg.

Schmitt, Carl (2017): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. 10. Auflage, Berlin.

Stahl, Enno (2019), Die Sprache der Neuen Rechten. Populistische Rhetorik und Strategien, Stuttgart.

Wissel, Jens (2015), Staatsprojekt Europa. Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union, Münster.

Worth, Owen (2019), Morbid Symptoms. The Global Rise of the Far Right, London.

Johanna Bröse

SOLIDARITÄT IN BEWEGUNG(EN)

ZUSAMMENFASSUNG

Alle reden von Solidarität. Was macht Solidarität aus, wenn sie über die konkrete Hilfestellung in Alltagssituationen hinausweisen soll – hin zu einer universalen, in Kämpfen erfahrene und gelebte Wirklichkeit?

- Erinnern als solidarische Praxis: Mit dem Bezug auf vergangene Erfahrungen wird ein solidarisches Rüstzeug für heutige Kämpfe entwickelt.
- Solidarität als kollektive Bearbeitung von sozialen Ungleichheiten stärkt eine spezifische klassenbewusste Solidarität nach innen, zwischen den Marginalisierten.
- Solidarität schließt ein, Beziehungen zwischen Subjekten herzustellen, die sich gar nicht persönlich kennen, die zeitlich oder räumlich voneinander getrennt sind.

ABSTRACT

Everyone is talking about solidarity. But what is solidarity if it is to go beyond tangible assistance in everyday situations – towards universal solidarity as something one learns and experiences in daily struggles and concrete reality?

- Remembrance as a solidarity practice: The reference to past experiences allows us to develop an armor of solidarity for current struggles.
- Solidarity in the sense of collectively addressing social inequalities strengthens a specific class-conscious solidarity between marginalized people.
- Solidarity also involves establishing relationships between subjects who do not know each other personally, who are separated in time or space.

Die Solidarität der Menschen gründet in der Bewegung der Revolte …
Ich empöre mich, also sind wir.
(Albert Camus 1953, 31)

Solidarität ist niemals unmittelbar oder tatsächlich gegeben,
sondern entsteht mühsam und absichtsvoll als
Antwort auf konkrete Probleme und Kämpfe.
(Peter D. Thomas 2010)

ich würde aber gerne mal hören was an praktischen
politischen ansätzen gerade so funktioniert.
wenn du was weißt, nur zu! freue mich.
kann nur diese solidaritätsblablachancenutzengeschwurbel
nicht mehr lesen dass auch nur die eigene hilflosigkeit verdeckt.
(@nin_sch, Twitter 2020)

1 EINLEITUNG

Seit Anfang des Jahres erleben wir weltweit eine sehr konkrete Veränderung grundlegender politischer, gesellschaftlicher und damit einhergehend auch aktivistischer Strukturen. Das neue Coronavirus (SARS-CoV-2) trifft die Welt der politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen und wirbelt diese Welt der Abläufe, Strategien und Ideologien auf, „e[s] zwingt ihr einen wissenschaftlich abgesicherten Pragmatismus und gleichzeitig eine radikale Gegenwärtigkeit auf" (Neumann/Pichl 2020). Wie ist es also um unsere gesellschaftliche Verfasstheit und die soziale Infrastruktur bestellt, wenn ein neuartiges Virus derartige Ausnahmezustände in den kapitalistischen Zentren verursachen und unzählige Menschen in nur wenigen Tagen in gravierende Existenznöte bringen kann? Nach Rosa Luxemburg sind Krisen kein Naturereignis, sondern werden von gesellschaftlichen Verhältnissen hervorgebracht: „Wir finden in den Umständen, welche die modernen Krisen ausmachen, nicht ein einziges Element, das außerhalb des menschlichen Tuns liegen würde" (Luxemburg 1990 [1925], 572 f.). Das bedeutet, dass auch der Blick auf darin eingebettete Solidaritätsnetzwerke im Kontext dieser Umwälzungen ein notwendig anderer oder aktualisierter sein muss. Wie üben AktivistInnen in sozialen Bewegungen miteinander Solidarität in Zeiten von Corona? Oder zunächst einmal: Wie kann eine neue Erzählung von Solidarität überhaupt aussehen, auf welche Erfahrungen greift sie zurück, und welche Perspektiven werden in ihr artikuliert?

2 EIN BEGRIFF IM WANDEL

Als ich vor einiger Zeit mit der Arbeit über Solidaritätsstrukturen begann, war der Begriff der Solidarität nach Jahren, bedingt durch den „Sommer der Migration" 2015, wieder ins Licht der breiten Öffentlichkeit gerückt. Zuvor war er in weiten Teilen der öffentlichen Debatten als ein

„linker Kampfbegriff" besetzt; ihn umwehte die Aura antiquierter gewerkschaftlicher Flugblätter oder internationalistischer Solidaritätsgruppen (vgl. Altreiter et al. 2019). In den Betrieben tauchte er hier und da auf, ebenso kehrte der Begriff in politischen Diskussionen um europäische „Solidarität" im Kontext der letzten kapitalistischen Krisen zumeist dann zurück, wenn es darum ging, den Zusammenhalt einer Bevölkerung in Bezug auf die Bearbeitung von Krisenfolgen zu beschwören (vgl. Billmann/Held 2013). Solidarität als Krisenbearbeitung also. Ähnliches kann man auch jetzt beobachten, im Frühling des Jahres 2020. In den letzten Wochen ist auf der Diskursbühne kaum ein Wort öfter gefallen als „Solidarität". In Zeiten der physischen Distanz und der Kontakteinschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie scheint es ein Allheilmittel zu geben: solidarisch sein. Das passiert zum einen im Kontext des gesellschaftlichen Zusammenlebens: Zahllose Menschen engagieren sich in solidarischen Nachbarschaftsnetzwerken, gehen füreinander einkaufen, nähen Masken oder schmieren täglich Dutzende Brote für Menschen, denen der Zugang zu anderen Orten der Unterstützung (Suppenküchen, Tafelangebote usw.) nicht mehr möglich ist.

Gleichzeitig werden seitens der staatlichen Institutionen Maßnahmen umgesetzt, die ebenfalls mit dem Label der „Solidarität" versehen sind; in politischen Diskussionen wird Solidarität gefordert, erklärt oder erwartet. Solidarische Fonds für Firmen werden beschlossen, ebenso Verpflichtungen zu Überstunden bzw. Arbeitszeiterhöhung der ArbeiterInnen in „systemrelevanten" Gesundheits-, Pflege-, Betreuungs- und Grundversorgungssektoren im Sinne des solidarischen Zusammenhalts der Nation. Die aktuell hegemoniale Erzählung der Solidarität beinhaltet damit eine weitere Botschaft: Unsere Solidarität hat Grenzen. Mit anderen EU-Ländern vereinbart man zwar, irgendwie, vielerorts auch mit Anlaufschwierigkeiten, solidarisch zu sein; die Geflüchteten in den hiesigen Aufnahmelagern und in der Peripherie Europas sind in dieser Solidarität allerdings nicht inkludiert. Es ist das Dilemma staatlich erwünschter Solidarität: Das Mantra des „Seid solidarisch!" umfasst augenscheinlich nicht alle.

Auch deshalb meinen viele Menschen zwischenzeitlich, der Begriff habe sich völlig entleert. Mich erreichte jüngst eine Mail meines Forschungsgruppenkollegen Josef Held, der selbst viele Jahre lang zu Voraussetzungen solidarischer Praxis forschte (vgl. Billmann/Held 2013). Er kam in dieser Mail bedauernd zu folgendem Befund: „Deinem Thema Solidarität wurde von Corona die politische Bedeutung geraubt. Solidarität ist jetzt nur noch Hilfe für Betroffene." Ist es wirklich so weit? Solidarität einzig als diffuse und zeitlich begrenzte Nächstenliebe, die dem Begriff das politische und kämpferische Potenzial raubt? Tritt an ihre Stelle jetzt vielmehr die Nachbarschaftshilfe, die, gut gemeint, vielfach nur die Löcher im sozioökonomischen Gewebe der Gesellschaft eine Weile lang hier und da flickt (vgl. Bröse/Friedrich 2015), ohne wirkliche Reparatur – will heißen, ohne diesem macht- und herrschaftsdurchwobenen Geflecht überhaupt eine Generalüberholung verpassen zu wollen?

Dem gegenüber stehen AktivistInnen unterschiedlicher dezidiert linker (Stadtteil-)Organisierungen, die in den Kämpfen gegen Corona und seine Auswirkungen zum ersten Mal seit gefühlter Ewigkeit eine Art gleichen Gegner für alle Prekarisierten wahrnehmen, ein einigendes Kampfmoment. „Solidarität ist mehr als Händewaschen!", heißt es etwa bei dem Bündnis jetzterstrecht.org. Man könnte es so lesen: Im Händewaschen – dem Schutz vor den Auswirkungen des Virus, aber auch der Krise insgesamt – fallen die Interessen von Jung und Alt, Armen und Ärmeren, Lohnabhängigen oder prekär Selbstständigen zusammen. Und damit, so die Hoffnung, gibt es auch ein Potenzial, bisher fragmentierte Kämpfe zusammenzuführen, die altbekannte Misere fortschrittlicher Kräfte – die Zersplitterung – zu überwinden.

Was nun? Zunächst gilt es zu prüfen, ob für diese Kämpfe der Begriff der Solidarität überhaupt passend ist bzw. wie es gelingen kann, ihn auf den aktuellen Boden der Diskussion zu stellen. Mit Begriffen wie „Solidarität" verhält es sich nämlich wie mit einem großen Heißluftballon, der, betrachtet und kommentiert von vielen, oftmals nur weithin strahlend außerhalb unserer Reichweite schwebt und im Laufe der Zeit Leuchtkraft, Treibstoff und Größe einbüßt. Im Folgenden also ein Versuch der Suchbewegung nach den vergangenen, aktualisierten und neuen Bewegungen der Solidarität. Welche Geschichte hat sie, wen bezieht sie ein, wie kann ihre Struktur, ihr Potenzial beschrieben werden?

3 „UND NICHT VERGESSEN: DIE SO-LI-DA-RI-TÄT!"

Der Begriff und die unterschiedlichen Konzepte der Solidarität reichen weit zurück. Zahlreiche TheoretikerInnen und ebenso aktivistische Strukturen beschäftigten sich schon mit der Frage nach der Verfasstheit dieses pathosbeladenen gesellschaftlichen Klebstoffs; sie antworteten darauf moralphilosophisch, politisch oder auch konkret im Handeln.

3.1 Suchbewegung: die ArbeiterInnensolidarität

Zunächst war Solidarität geschichtlich nicht per se eine „Tugend" der ArbeiterInnenschaft oder der internationalistisch ausgerichteten MarxistInnen, wie er heute oft verstanden wird. Vielmehr wurde der Begriff oft verwendet, um eine spezifische strategische Beziehung zwischen Menschen oder Gruppen von Menschen darzustellen. Solidarität ist also zunächst gar nicht zwangsläufig emanzipatorisch besetzt. Der italienische marxistische Intellektuelle Antonio Gramsci nutzte den Begriff der „Interessenssolidarität" etwa, um das Bewusstsein eines gemeinsamen Interesses aller Mitglieder einer gesellschaftlichen Gruppe auf ökonomischem Gebiet zu beschreiben (vgl. Gramsci 1991–2002, 101 f.). Gleichzeitig verwendete er ihn aber auch als Beschreibung der Selbstorganisation von Teilen der arbeitenden Klasse in Italien: Ihnen gelänge „die Bereitschaft zur Organisation des Assoziationsgeistes, die Solidarität" (zit. n. Kebir 1997). Die Solidarität (unter sämtlichen ArbeiterInnen aller Länder) war schon bei Karl Marx primär kein reines ‚Gefühl', sondern vielmehr eine rational durchdachte politische Strategie; ein Mittel, um die Vision einer Gesellschaft ohne Ausbeutung der Arbeit zu verwirklichen. (Internationale) Solidarität wird von Marx wie von Gramsci nach ihm als Assoziation, als Zusammenhalt aller ArbeiterInnen begriffen. Sie ist eine aus den ökonomischen Beziehungen und der Klassenlage resultierende Notwendigkeit. Kapitalismustheoretisch fungiert die Arbeit als Mittel zur Produktion und Reproduktion der mittelbaren und unmittelbaren Bedingungen menschlichen Lebens. Um diese ausführen zu können, gehen Menschen gesellschaftliche und zugleich gemeinschaftliche Beziehungen zueinander ein. Diese Beziehungen sind als Produkt und Ergebnis von Arbeit zu verstehen: „Lebendige Arbeit meint nämlich nicht nur Lohnarbeit, sondern Arbeit wird als ‚gesellschaftliche Arbeit' verstanden, als materielle und immaterielle und schließlich auch *affektive* Produktion sozialer Beziehungen, die teils ökonomisch verwertet werden, teils sich aber eher als Randbedingungen der ökonomischen Produktion darstellen" (Karakayalı 2013).

Solidarität kommt vor allem als Strukturelement vor, als einende Klammer für die proletarischen Kämpfe gegen ihre Ausbeutung im Produktionsprozess. Gleichzeitig ist sie Grundlage politi-

scher Aushandlungsprozesse und ökonomischer Austauschbeziehungen: So muss Solidarisierung im Marx'schen Sinne auch einen Hebel im Staat finden, solange die Lohnabhängigen die Führung der Gesellschaft nicht selbst in die Hand nehmen können. Solidarität ist somit für die ArbeiterInnenbewegung sowohl Vorbedingung als auch Resultat gemeinsamen kämpferischen Handelns.

3.2 Suchbewegung: die universalistische Solidarität

„Solidarität ist die eigentliche ‚materielle Verfassung' der modernen Arbeiterbewegung und ihres Bündnisses mit anderen ausgebeuteten und unterdrückten gesellschaftlichen Gruppen, die Form, in der Perspektiven und Praxen einer möglichen Selbst-Regierung des unreduzierbar Verschiedenartigen erarbeitet werden" (Thomas 2010). Mit dieser Kontextualisierung leistet Peter D. Thomas eine weitere Schärfung eines Solidaritätsbegriffs, der über unmittelbares Eigeninteresse und soziale Nähe hinausweist: Solidarisches Handeln ist demnach ein Resultat von Widerständen und gelebter Wirklichkeit der unterdrückten Klassen.

Ergänzend behandelt Serhat Karakayalı in einem Essay Inhalt und Form einer „kosmopolitischen Solidarität". Über Solidarität, so Karakayalı, läge oft die Meinung vor, man könne sie in der Regel nur für eine überschaubare Gruppe aufbringen. Er fragt sich: „Wie sollen wir dann aber den Einsatz und das Engagement so vieler erklären, die sich für so etwas wie internationale Solidarität, für die Rechte und die Kämpfe von Minderheiten und anderen eingesetzt und dies nicht unbedingt auf der Grundlage einer solidarischen Primärgemeinschaft getan haben?" (Karakayalı 2013). Um die Solidarität mit „den Anderen" weiter zu untersuchen, nutzt Karakayalı den Begriff der „Fernstenliebe" nach Nietzsche. Er legt dar, dass damit nicht nur die geografische Entfernung gemeint sei, „sondern sich in Beziehung zu bestimmten Elementen der kollektiven Existenz zu setzen, die minoritär sind und sich damit dem Moment der rechtlichen, staatlichen und herrschaftlichen Fixierung des Kollektivs entziehen" (ebd.).

Auch Kien Nghi Ha verweist auf Solidarität unter Marginalisierten, die sich „oft auch spontan und vollkommen unvermutet" (Ha 2009a) einstellt – dabei, so Ha, sei es aufgrund der Machtverhältnisse insgesamt schwer, diese Solidarität absichtsvoll herzustellen. Für seine weitere Differenzierung hebt Ha hervor: „Nur bei gefährdeten Subjekten kann die Politisierung ihrer kollektiven Identität zum Aufbau einer progressiven Solidarität führen, die einem Ausbrechen aus der verordneten oder anerzogenen Isolierung gleichkomm[t]" (Ha 2009b). Die Politisierung der eigenen Lage, der Position im Klassenverhältnis, der Erfahrung von rassistischer Abwertung und Unterdrückung usw., als eine kollektive, auch verbindende Erfahrung führt zu einer Solidarität, die aus einer reinen Binnenperspektive hinausweist. Solidarität also als ein Eigeninteresse, das gleichzeitig auch Gemeininteresse der Subalternen ist – kollektive Eigenliebe also, eine Form von Verbundenheit auf allen möglichen Ebenen.

4 ÜBER DAS HERSTELLEN VON SOLIDARITÄT

Im englischsprachigen Raum gibt es eine sehr geeignete Nuancierung, um Prozesse zu beschreiben: Etwas ist in *making* (Herausbildung, Weiterbildung), in *unmaking* (Zersetzung) aber auch *remaking* (Neubildung), alles in einem Prozess. Dies erlaubt den Blick auf Gleichzeitigkeiten;

auch sehr fluide und ambivalente Prozesse können damit erfasst werden.[1] Auch für Form und Inhalt von Solidarität ist diese Mehrdeutigkeit ein wichtiges Analyseinstrument. Im Folgenden wird mit zwei weiteren Suchbewegungen auf zwei weitere Bezugspunkte für das *Making* (und *Doing*, also die praktische Ausformung, das Handeln) von Solidarität eingegangen.

4.1 Erinnern als solidarische Praxis

Im Laufe meiner Forschung habe ich bemerkt, wie viele Verknüpfungspunkte Solidaritätsstrukturen mit Erinnerungen haben, insbesondere an vergangene, oft verlorene Kämpfe. Meine These formte sich dahin gehend, dass es eine Stärkung und politische Formung von Solidarität durch die Erfahrung des gemeinsam geführten Kampfes gibt. In fast jeder Erinnerung der Menschen, mit denen ich bislang zu diesem Thema sprach, die selbst nach Jahren noch aktiv sind, gibt es diese Momente der Solidarität, welche die weitere politische Arbeit oder das Engagement prägten: Die übergreifende Solidarität der Protestierenden im Gezi-Park in Istanbul, die Bildungsstreiks der „Bologna"-Generation, Arbeitsniederlegungen und Streiks in Betrieben und vieles mehr. Eine Erkenntnis ist, dass viele dieser Bewegungen letztlich nicht erfolgreich waren, aber eben auch dadurch eine gemeinsame Erfahrung von Emotion, geteilter Traurigkeit, weiterhin aktiver Solidarität in sich tragen. In einem Interview mit einer Gewerkschafterin in Ostdeutschland wird dies sehr deutlich: „Diese große Verlusterfahrung, den Kahlschlag mitzuerleben, der da passiert ist – die konnte man nicht aufhalten. Es ist also nicht so, dass die Arbeiter*innen sich kollektiv nicht gewehrt haben. Die Frage ist vielmehr, ob man Erfolg damit hatte. […] Gleichzeitig haben viele diese Kampferfahrung, die sie eint, und diese Erinnerung ist oft auch sehr positiv. […] Man kann aber nicht per se sagen, dass nun alle verdrossen sind und nicht mehr für ihre Interessen kämpfen. Sie wissen im Gegenteil ziemlich genau um diese Interessen. Oft ist das sehr lehrreich, auch für die Kolleg*innen" (Katja Barthold in Bröse 2020).

Es gibt also eine Spezifik von Solidarität, die aus Erinnerung entwächst: Aus geteilten Erfahrungen, auch denen des Scheiterns. In den 1980er-Jahren setzte sich die Popular Memory Group am Centre for Contemporary Cultural Studies (CCCS) in Birmingham mit dem Thema auseinander. Ihr Anliegen: Über Geschichte schreiben und dabei „historians of the present, too" (Popular Memory Group 1982), also auch GeschichtsschreiberInnen der Gegenwart, werden. Ihre Methodik grenzte sich von sonstigem historischem Vorgehen dieser Zeit ab, insbesondere, was den Einbezug sozialistischer und feministischer Themen anging. Den Mitgliedern ging es um die Erforschung und „Anerkennung eines größeren gesellschaftlichen Prozesses, in dem ‚wir selbst von der Vergangenheit geformt werden', aber auch die Vergangenheit, die uns formt, ständig neu bearbeitet wird"[2] (ebd.). Wie wird allerdings soziale und vor allem revolutionäre Erinnerung produziert? Welche Praktiken sind hierfür relevant? Wer ist das „Wir", das da Geschichte neu bildet?

Die Erforschung der popularen Erinnerung ist notwendigerweise relational, sie stellt Beziehungen her zwischen den dominanten historischen Repräsentationen und den Bemühungen, die dahinterliegenden marginalisierten oder privaten Erfahrungen zu verstärken. Diese zwei Seiten

---

1 Ich beziehe mich hier auf die Unterscheidungen, die Beverly Silver (2016) etwa mit Blick auf die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse vornimmt: „[I]f we work from the premise that the world's working classes and workers' movements are recurrently made, unmade and remade, then we have a powerful antidote against the tendency to prematurely pronounce the death of the working class every time a historically specific working class is unmade. […] By focusing on the making, unmaking and remaking of working classes, we are primed to be on the lookout for the outbreak of fresh struggles, both by new working-classes-in-formation and by old working classes being unmade; that is, struggles by those experiencing both the *creative* and *destructive* sides of the process of capital accumulation, respectively."

2 „The recognition of a larger social process in which ‚we ourselves are shaped by the past' but are also continually re-working the past which shapes us" (Übersetzung JB).

sind untrennbar. „Erinnerungen an die Vergangenheit sind, wie alle Formen des gesunden Menschenverstandes, seltsam zusammengesetzte Konstruktionen, die selbst einer Art Geologie ähneln, der selektiven Sedimentation von Spuren der Vergangenheit“[3] (ebd.). Erinnerungen fungieren als Lektion, die als Ressourcen für aktuelle Kämpfe gesehen werden. Daraus wird eine Art solidarisches Rüstwerk für populare demokratische Kämpfe abgeleitet: „Die Wiederaneignung der popularen Kämpfe zeigt uns, dass trotz Rückzügen und Niederlagen ‚das Volk‘, ‚die Arbeiterklasse‘ oder das weibliche Geschlecht selbst unter den Bedingungen der Unterdrückung oder Ausbeutung ‚Geschichte schreiben‘“[4] (ebd.).

Der Blick zurück erlaubt eine grundlegende Einordnung und Infragestellung der Lebensverhältnisse heute. Zum einen besteht damit die Möglichkeit, aktuelle Krisen besser einzuordnen, weil sie in Beziehung zu dem Erbe vergangener Kämpfe gesetzt werden können. Ein Teil der solidarischen Aufgabe, die im Erinnern zutage tritt, ist es zum anderen, sich in Beziehung zu setzen mit den Geschlagenen, Geschundenen, Gedemütigten, sich daran zu erinnern, wofür sie kämpften, wofür sie verloren – nicht, um sie mythisch zu verherrlichen und zu verklären, sondern um in eine Auseinandersetzung mit vergangenen Kämpfen zu treten, die verloren gegangen und vergessen, aber unabgeschlossen sind.

Mit Walter Benjamin gesprochen gibt uns die Auseinandersetzung mit der Geschichte die Möglichkeit, „blitzhaft zu einer Konstellation zusammenzutreten“ (Benjamin 2010 [1940], 576), eine Verknüpfung zwischen zwei Erfahrungen herzustellen – eine Solidarität über die Zeit hinweg.

„Es muss im Bewusstsein der Niederlagen der Kampf angetreten werden, im schärfsten Blick auf die Entstellungen, die bisherige Revolutionäre sich antaten, um ein Jahr oder fünf Jahre oder gar zehn weitermachen zu können. Gerade nicht im fahlen Schein der guten Vorsätze, wir würden im Neujahrs-Schnee anders an die Sache herangehen. Nein, in der Gewissheit, dass unsere Züge nicht weniger entstellt, unsere Hände nicht weniger schmutzig sein werden als die jener, die uns vorausgegangen. Aber mit dem kleinen Unterschied, dass wir aufeinander achten wollen, aufpassen, wann es mit uns soweit ist, dann die Narben und Wunden nicht verstecken und zudecken, sondern offen ins Licht halten“ (Güde 2017, 28).

Die heutige kapitalistische Totalität hat nichts Fixiertes, Starres und Unveränderliches an sich. Vielmehr formt der Kapitalismus ein dynamisches und offenes Ganzes, das stets im Wandel begriffen und von tiefen Ungleichheiten, Differenzen und Widersprüchen durchzogen ist. Es ist eine Totalität, der wir uns nur immer wieder und aus möglichst verschiedenen Blickwinkeln annähern können. Es wird damit auch das „strategische Erinnern“ an vergangene Kämpfe benötigt, um im Jetzt vielfältige Beziehungsweisen aufzubauen. Ausgehend von Solidarität, als einer der zentralen politischen Fähigkeiten von Linken und sozialen Bewegungen und der von ihnen geschaffenen Beziehungen, kann damit an viele unterschiedliche Geschichten angeknüpft werden.

4.2 Solidarität als kollektive Bearbeitung von sozialen Ungleichheiten

Wie also kann es gelingen, Solidarität als gesellschaftliches Strukturelement jenseits von Nationalzugehörigkeit, Identitätspolitiken und weiteren exkludierenden Praktiken zu etablieren? Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Ausprägungen von rechten Politiken und autoritärer

[3] „Memories of the past are, like all common-sense forms, strangely composite constructions, resembling themselves a kind of geology, the selective sedimentation of past traces“ (Übersetzung JB).

[4] „The recreation of popular struggles shows us that despite retreats and defeats, ‚the people‘, ‚the working class‘ or the female sex *do ‚make history‘* even under conditions of oppression or exploitation“ (Übersetzung JB).

Herrschaft richte ich den Blick auf Strukturen, die diesen autoritären Zugriffen entgegengesetzt werden. Ich gehe davon aus, dass kollektive solidarische Handlungsstrategien auch auf Basis von spezifischen sozialen und ökonomischen Lagen entstehen, und untersuche diese These mit Blick auf Deutschland und die Türkei.

Bei einer Feldforschung in Hatay (im Südosten der Türkei) habe ich Frauen einer feministischen Organisation getroffen. Für die Struktur waren, wie für so viele andere auch, die Gezi-Proteste 2013 Ausgangspunkt ihrer Organisierung. Der dortige Widerstand ermöglichte die Reartikulation der Frauenbewegung, bereits organisierte Frauen begannen, sich danach immer besser zu vernetzen. Türkeiweite Bündnisse entstanden, auch in Hatay fingen die Frauen an, sich in den Stadtteilen zu vernetzen. Seit 2014 haben sie dort auch ein eigenes selbst organisiertes Zentrum in einem der ärmeren und widerständigen Stadtteile. Zum Zeitpunkt des Gesprächs im August 2019 sprachen die Frauen von rund 100 Mitgliedern und zahlreichen regelmäßigen Gästen in ihrem Zentrum. Ein Großteil der Beteiligten sind arabisch-alawitische Frauen, aber auch andere Frauen, die in der Region leben. Von niedrigschwelligen Angeboten bis zu politischen Interventionen gibt es alle möglichen Aktionsformen der Gruppe: Workshops, um Geschichten der Frauen in der Region anders aufzuschreiben, feministische Kundgebungen, Hausbesuche bei Fällen häuslicher Gewalt, Stadtteilorganisierung und die Thematisierung ökonomischer Fragen. Letztere nimmt eine zentrale Rolle im Gespräch ein:

> *Es gibt einfach grundlegend kaum Geld. Hier gibt es viele Probleme, aber viele sind ökonomisch. Auch Diskriminierung und Rassismus rühren davon her, durch die unsere Kämpfe fragmentiert werden.*

Die prekäre ökonomische Lage wird also auch als Hindernis für Solidarisierungsprozesse gesehen, da die Frauen hier eine Ursache für (rassistische) Ausgrenzung verorten.

Für die Frauen ist der Begriff der Solidarität zentral, ihre Gruppe trägt ihn auch im Namen:

> *Die Solidarität in unserem Namen ist das Vertrauen untereinander, dass wir uns füreinander einsetzen und auch immer wieder neue Verbindungen eingehen. Wenn wir uns hier [in ihrem Zentrum, Anm. JB] treffen, begreifen wir auch, warum es diesen Ort braucht, in dieser Zeit. Wir tanken hier Kraft, aber es ist auch Widerstand, der hier wächst. Wir arbeiten hier zusammen [sie stellen eigene Handwerke her, die verkauft und geteilt werden], aber wir protestieren auch für andere Arbeitsbedingungen. […] Die Solidarität der Frauen untereinander bietet Schutz für uns. Aber wir machen es nicht nur zusammen, weil es einfacher ist, sondern weil es eine besondere Form der politischen Kollektivität ist.*

Solidarität braucht eine spezifische Solidarität nach innen, zwischen den Marginalisierten: solidarische Strukturen der Menschen untereinander, die der Vereinzelung entgegenwirken und in ihrer Breite gleichzeitig die kapitalistische Struktur der Gesellschaft insgesamt infrage stellen. Gleichzeitig können/sollten diese Strukturen auch Wegweiser für eine andere Gesellschaft sein. Solidarität strukturiert Zugehörigkeiten, Exklusionen, politische Haltungen und vieles mehr. Sie gibt einer losen Versammlung, die sich auf ein gemeinsames Ziel verständigt, Halt. Sie benennt das Dazwischen, die Beziehungen unter den Menschen. Diese Form der Solidarität findet überall Ausdrucksformen, allerdings oft in kleineren, regionalen oder stadtteilbasierten sozialen Gruppen, mit denen das persönliche, affektive Erleben von solidarischem Handeln an Bedeutung gewinnt. Derzeit gewinnt auch die eigene räumliche Position an Bedeutung: Wenn durch die Einschränkungen von Mobilität konkret Bewegungen von Menschen als solche heruntergefahren werden, kann man die Zeit nutzen, um zu prüfen, in welchem Kontext man sich eigentlich normalerweise bewegt. Für die Frage der Solidarität, die im

Nahraum an Bedeutung gewinnt, heißt das auch, darauf zu blicken, wem man in diesem Raum begegnet, wer davon ausgeschlossen ist – und auch, wie man neue Räume und Strukturen erschließen und aufbauen kann.

4.3 Solidarität als das „Dazwischen"

„Diese Beziehungen, die oft unsichtbar bleiben, sind die Bedingung dafür, dass eine andere Gesellschaft aufgebaut werden kann; dafür, dass Zusammensein nicht länger heißen muss, den gleichen Pass zu besitzen oder dieselbe Sprache zu sprechen. Die Betonung von sozialen Beziehungen unter Ungleichen ist kein Hippiescheiß" (Duman/Kubazcek 2020).

Solidarisches Handeln bedeutet, soziale Beziehungen so herzustellen, dass mit ihnen jedes statische Verständnis von Gruppen und Kollektiven infrage gestellt wird. Solidarität ist also das Dazwischen. Es macht einen wichtigen Bestandteil von Solidarität aus, immer wieder auch die Ambivalenzen zu bearbeiten und Widersprüche zentral zu setzen, die in den Suchbewegungen auftauchen. Solidarität entwickelt sich notwendig in Spannungsfeldern, nicht nur in Gegenbewegung zu einem äußeren Antagonisten, sondern auch innerhalb von Bewegungen.

Solidarität mutet zudem auf den ersten Blick oft weniger kämpferisch an, als mancherorts beschworen und erhofft wird: Sie besteht aus einem Füreinander-da-Sein und Einander-Zuhören, aus gemeinsamen Erfahrungen – dem kollektiven Erinnern von Erfolgen und Scheitern – und dem „Sich-verwundbar-Zeigen". Denn gerade aus diesen kollektiven Prozessen kann eine politische Haltung entstehen, die tiefgehend und damit auch langfristig angelegt ist. Ähnliches diskutiert etwa Enzo Traverso in seinen Überlegungen zu linker Melancholie (vgl. Traverso 2019). Auch über marxistische Theoriezirkel hinaus wird diese Überlegung zumindest in Ansätzen diskutiert: „Über den Schmerz hinaus haben Traurigkeit, Trauer und Leid auch einen weiteren Sinn – es sind Emotionen, die aus Empathie und Solidarität entstehen"[5] (Solnit 2020).

In *Beziehungsweise Revolution* formuliert Bini Adamczak eine Synthese, ausgehend von einer recht einfachen Erkenntnis: Während die Novemberrevolution 1917 in Russland auf den Staat fokussierte, zielte die „Revolution" von 1968 (knapp 50 Jahre später) insbesondere auf das Individuum. Der Ruf an die revolutionären Subjekte war: Alles verändert sich, wenn du dich veränderst. Adamczak lenkt den Blick auf das „Dazwischen": ein „Verständnis der Solidarität [als] ein Denken jenes *zwischen,* das den eigentlichen Lebensraum der Beziehungsweise bildet" (Adamzcak 2017, 227). In Zukunft, so schreibt sie, müsse es darum gehen, die Beziehungsweisen zwischen den Menschen in den Blick zu nehmen. Damit gehe es, wie sie in einem Interview sagt, „weder um die Totalität noch um die einzelnen Subjekte, sondern um die Verhältnisse zwischen Menschen, zwischen Subjekten, zwischen Lebewesen oder zwischen Institutionen. Es geht um das Relationale, also die Beziehungen selbst, die überhaupt erst das konstituieren, was wir Gesellschaft nennen" (Adamzcak in kritisch-lesen.de 2019).

Mit Adamczak gesprochen gelingt es uns besser, umfassende gesellschaftliche Veränderungen zu denken und zu realisieren, wenn wir merken, dass es darum geht, die Beziehungen zu verändern (vgl. ebd.). Der Begriff der Beziehungsweise erlaubt es, auch die Beziehungen zwischen Subjekten in den Blick zu nehmen, die sich gar nicht persönlich kennen – etwa, weil

[5] „There is meaning as well as pain in sadness, mourning and grief, the emotions born of empathy and solidarity" (Übersetzung JB).

zwischen ihnen ganze Leben (zeitlich) oder Kontinente (räumlich) liegen. Denn, und das ist meine These, es existiert Solidarität auch zwischen Subjekten und Strukturen der unterschiedlichen Epochen. Der Blick zurück ist damit auch mehr als eine Erinnerung, sondern, erneut mit Walter Benjamin gesprochen, ein Eingedenken (vgl. Benjamin 2010 [1940]): ein Begreifen der Vergangenheit als unabgeschlossen, unabgegolten. Das Vergangene ist nicht vergangen, vorbei, sondern vorausgegangen. Solidarisch sein heißt also auch erinnern an diese Verantwortung.

5 SOLIDARISCHE PERSPEKTIVEN

Solidarität ist also als Ausgangspunkt von Kämpfen zu sehen – und als Ziel, sowohl als auch. Solidarität geht schon lange über die Solidarität unter vermeintlich Gleichen hinaus. Solidarität strukturiert Zugehörigkeiten, Exklusionen, politische Haltungen usw. Sie gibt einer losen Versammlung, die sich auf ein gemeinsames Ziel verständigt, Halt. Der Staat greift derzeit in Wirtschaft und Demokratie gleichzeitig ein – in einem Ausmaß, wie wir es bislang noch nicht erlebt haben. Die Solidaritätsstrukturen, die wir jetzt aufbauen oder stärken, werden die Grundlage sein für die Kämpfe, die nach Corona auszufechten sein werden. Die Gefahren dieser Neuordnung werden allerorts diskutiert: Kann die globale Dimension der Krise ebenfalls global beantwortet werden, durch ein Geflecht unterschiedlicher transnationaler Solidaritätsstrukturen? Oder werden in der Beantwortung der aufgeworfenen Fragen (allen voran der sozialen) nationalistisches Regierungshandeln und wohlstandschauvinistische Politiken stärker werden? Es sind seit jeher auch die Krisenzeiten, in denen die größten Chancen bestehen, Hegemonien zu brechen und neue zu schaffen. Oder die Dynamiken verschieben sich dahin gehend, dass alte Macht restauriert wird. Derzeit manifestieren sich zwei der letztgenannten Tendenzen: die der autoritären Zuspitzung und die der neoliberalen Restauration, also einer Konsolidierung der derzeitig brüchig werdenden neoliberalen Ordnung.

Die Frage der Solidarität unter „unreduzierbar Verschiedenartigen" – also der Nichtgleichen – scheint sich damit zu einer der zentralen Fragen zu entwickeln, die uns im Widerstand gegen diese Bestrebungen begleitet. Dabei ist wichtig, dass es bei Solidarität nur selten um eine Identifikation mit den Anderen im Sinne einer reinen Projektionsfläche geht, sondern vielmehr um die Konstruktion von Verbindungen und tragfähigen Strukturen, die sich antagonistisch zur kapitalistischen Vereinzelungslogik bewegen. Zugleich stellt der Aufbau dieser Strukturen selbst einen produktiven und kreativen Prozess dar, der unterschiedliche Bewegungen in ihrem politischen Handeln und in ihrem theoretischen Austausch verbindet. Diese vielfältigen Verbindungen – oder auch Beziehungsweisen – sind ein integraler Teil der Praxen und Erfahrungen von anhaltender Solidarität. In der aktuellen umfassenden Krise kommt diesem Prozess eine wichtige Bedeutung zu. Der Aufbau von solidarischen Strukturen kann als affektive Arbeit an alternativen Formen des Gemeinschaftlichen, eines Denkens und Agierens des „Dazwischen", gesehen werden – nicht als Erneuerung tradierter Modelle dieser Gemeinschaftlichkeit, sondern als materielle Bedingung, die Subjekten die Teilnahme an der gesellschaftlichen Realität als solche ermöglicht.

Ein weiterer Punkt muss aktuell neu überdacht werden: Viele der bisherigen Studien zu Solidarität in der Krise, insbesondere unter ArbeiterInnen, verwiesen auf eine „seltsame Unberührtheit des Privaten" (Menz et al. 2013, 43). Konstatiert wurde ein Auseinanderfallen von ökonomischer

und individuell empfundener Krisenhaftigkeit, eben dadurch, dass die Sphäre des Privaten davon nicht im selben Maße betroffen wurde wie etwa der Arbeitsplatz oder dass dort eigene Handlungsmöglichkeiten größer schienen. Abgesehen davon, dass diese Forschung offene Fragen bezüglich geschlechtsspezifischer Krisenbewältigung im Privaten aufwirft, wird nun auch diese Prämisse in weit größerem Maße nicht mehr gegeben sein: Alle Bereiche des Lebens sind von der Krise betroffen. Die Umgangsweisen mit den Auswirkungen, die bis in die Wohnungen und alltäglichen Lebensroutinen ihre Spuren hinterlassen, sind dabei – ebenso wie die Kämpfe in den Arbeitsstätten selbst – zutiefst geschlechts- und klassenspezifisch. Um diesen Einschnitten entgegenwirken zu können, braucht es einen feministischen, klassenbewussten und damit einhergehend historisch-materialistischen Blick auf Solidarität.

BIBLIOGRAFIE

Adamczak, Bini (2017), Beziehungsweise Revolution, Berlin.

Altreiter, Carina, Jörg *Flecker,* Ulrike *Papouschek,* Saskja *Schindler* und Annika *Schönauer* (2019), Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft, Wien.

Benjamin, Walter (2010 [1940]), Über den Begriff der Geschichte: Benjamins Handexemplar, in: Kritische Gesamtausgabe, Bd. 19, Über den Begriff der Geschichte. Herausgegeben von Gérard Raulet, Berlin.

Billmann, Lucie und Josef *Held* (Hg.) (2013), Solidarität in der Krise. Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis, Wiesbaden.

Bröse, Johanna (2020), „Das ist Klassenkampf, kein Ost-West-Kampf". Interview mit Katja Barthold, in: kritisch-lesen.de, Ausgabe 56, April 2020; https://kritisch-lesen.de/interview/das-ist-klassenkampf-kein-ost-west-kampf (Abruf am 28. 4. 2020).

Bröse, Johanna und Sebastian *Friedrich* (2015), Der schmale Grat der Hilfe, in: analyse & kritik, ak 607, 08/2015, Hamburg; https://www.akweb.de/ak_s/ak607/08.htm (Abruf am 26. 4. 2020).

Camus, Albert (1953), Der Mensch in der Revolte, Rheinbek.

Duman, Newroz und Niki *Kubaczek* (2020), Es ist nicht meine Revolution, wenn wir keinen Çay zusammen trinken können, in: analyse & kritik, ak 659, 04/2020, Hamburg; https://wirkommen.akweb.de/bewegung/es-ist-nicht-meine-revolution-wenn-wir-keinen-cay-zusammen-trinken-koennen (Abruf am 27. 4. 2020).

Gramsci, Antonio (1991–2002), Gefängnishefte, kritische Gesamtausgabe, Bd. 1–10, Berlin/Hamburg.

Güde, Fritz (2017), Umwälzungen. Schriften zu Politik und Kultur, Münster.

Ha, Kien Nghi (2009a), ‚People of Color' als solidarisches Bündnis, in: Migrazine, Ausgabe 2009/1; https://www.migrazine.at/artikel/people-color-als-solidarisches-bundnis (Abruf am 12. 5. 2020).

Ha, Kien Nghi (2009b), ‚People of Color' als Diversity-Ansatz in der antirassistischen Selbstbenennungs- und Identitätspolitik. Dossier Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin; https://heimatkunde.boell.de/de/2009/11/01/people-color-als-diversity-ansatz-der-antirassistischen-selbstbenennungs-und (Abruf am 27. 4. 2020).

Karakayalı, Serhat (2013), Kosmopolitische Solidarität, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 63. Jg., 13–14, Heft März, Berlin, 21–26; https://www.bpb.de/apuz/156768/kosmopolitische-solidaritaet (Abruf am 26. 4. 2020).

Kebir, Sabine (1997), Blockbildung und Bündnispolitik als Voraussetzung von Hegemonie, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft – 2/97; http://www.spw.de/9702/gramsci.html (Abruf am 26. 4. 2020).

kritisch-lesen.de (2019), Der Mut, dem Gegner in die Augen zu schauen. Interview mit Bini Adamczak, Ausgabe 50, Januar 2019; https://kritisch-lesen.de/interview/der-mut-dem-gegner-in-die-augen-zu-schauen (Abruf am 28. 4. 2020).

Luxemburg, Rosa (1990 [1925]), Einführung in die Nationalökonomie, in: Gesammelte Werke, Band 5: Ökonomische Schriften, 4. Auflage, Berlin.

Menz, Wolfgang, Richard *Detje,* Sarah *Nies* und Dieter *Sauer* (2013), Verriegelte Verhältnisse – Solidarität und interessenspolitische Handlungsorientierungen unter Krisenbedingungen, in: *Billmann,* Lucie und Josef *Held* (Hg.) (2013), Solidarität in der Krise. Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis, Wiesbaden, 31–52.

Neumann, Mario und Maximilian *Pichl* (2020), Die Welt nach Corona wird jetzt ausgehandelt, in: Der Freitag, Ausgabe 20. 3. 2020; https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-welt-nach-corona-wird-jetzt-ausgehandelt (Abruf am 28. 4. 2020).

Popular Memory Group (1982), What Do We Mean By Popular Memory. Stencilled Occasional Papers, Birmingham; https://www.birmingham.ac.uk/Documents/college-artslaw/history/cccs/stencilled-occasional-papers/56to87/SOP67.pdf (Abruf am 28. 4. 2020).

Silver, Beverly (2016), The Remaking of the Global Working Class, in: Roar Magazine, Ausgabe 2/2016; https://roarmag.org/magazine/the-remaking-of-the-global-working-class/ (Deutsche Übersetzung unter https://kritisch-lesen.de/essay/die-erneuerung-der-globalen-arbeiterklasse) (Abrufe am 28. 4. 2020).

Solnit, Rebecca (2020), What The Corona Virus Can Teach Us About Hope, in: The Guardian, 7. 4. 2020; https://www.theguardian.com/world/2020/apr/07/what-coronavirus-can-teach-us-about-hope-rebecca-solnit (Abruf am 28. 4. 2020).

Thomas, Peter D. (2010), Solidarität und Commons, in: Zeitschrift Luxemburg, Berlin; https://www.zeitschrift-luxemburg.de/solidaritaet-und-commons/ (Abruf am 26. 4. 2020).

Traverso, Enzo (2019), Linke Melancholie. Über die Stärke einer verborgenen Tradition, Münster.

Berenike Ecker

EINBINDUNG VON AUSGEGRENZTEN BZW. AUSGRENZUNGSGEFÄHRDETEN ZIELGRUPPEN IN ENTSCHEIDUNGSPROZESSE

ERFAHRUNGEN VON „EQUITY, PARTICIPATION, DECISION MAKING LABS – EP-DEM LABS“

ZUSAMMENFASSUNG

Das zentrale Projektziel von „Equity, Participation, Decision Making Labs – EP-DeM Labs“ lag in der Einbeziehung von marginalisierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die (Neu-)Gestaltung von Maßnahmen und Projekten, die auf die Verbesserung ihres Bildungsniveaus und ihrer Beschäftigungsfähigkeit abzielten. Die Erfahrungen und Bedürfnisse der Zielgruppe sollten direkt in den Dialog mit Politik und Institutionen eingespielt werden, um lokale Arbeitsmarkt- und Inklusionspolitiken weiterzuentwickeln. Dazu wurden in den Jahren 2016 und 2017 „Labs of dialogue“ in fünf europäischen Städten durchgeführt.

Die drei wichtigsten Erkenntnisse:

- Erst die Einbindung von an der Schnittstelle zu marginalisierten Jungen agierenden Professionals ermöglichte eine Zusammenarbeit mit dieser schwierig erreichbaren Zielgruppe.
- „One-Stop-Shop-Strukturen“ von Organisationen erhöhen die Chancen, dass junge Menschen eine Ausbildung abschließen bzw. einen Job finden.
- Transdisziplinäre Kooperationen erscheinen essenziell für nachhaltige Erfolge.

ABSTRACT

The key goal of the project “Equity, Participation, Decision Making Labs – EP-DeM Labs” was to involve marginalized teenagers and young adults in the (re)design of measures and projects aimed at improving their level of education and increasing their employability. It aimed to result in their experiences and needs being shared with politicians and institutions in order to further develop local labor market and inclusion policies. For this purpose, “Labs of dialogue” were implemented in five European cities in 2016 and 2017.

Its key findings were:

- Only the integration of professionals working at the interface with marginalized young people made it possible to work with this extremely vulnerable target group.
- “One-stop shop structures” of organizations increase the chances of young people completing an apprenticeship/finding a job.
- Transdisciplinary collaborations seem essential for sustainable results.

1 EINLEITUNG

„Equity, Participation, Decision Making Labs – EP-DeM Labs“ war ein EU-kofinanziertes Forschungsprojekt (Programm Erasmus+), das zwischen 2016 und 2018 unter Einbindung von neun Partnern in sechs EU-Staaten umgesetzt wurde.

Das zentrale Projektziel von EP-DeM Labs lag in der Einbeziehung von marginalisierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die (Neu-)Gestaltung von Maßnahmen und Projekten, die auf die Verbesserung ihres Bildungsniveaus und ihrer Beschäftigungsfähigkeit abzielten. Die Erfahrungen und Bedürfnisse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollten direkt in den Dialog mit Politik und Institutionen eingespielt werden, um lokale Arbeitsmarkt- und Inklusionspolitiken weiterzuentwickeln.

Insgesamt wurden zwischen Oktober 2016 und November 2017 36 sogenannte **„Labs of dialogue“** (Dialoglaboratorien) in fünf Städten (Bologna, Cagliari, Dublin, London und Rom) durchgeführt. Siehe auch unten folgende Tabelle 1. Diese „Labs of dialogue“ waren auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen zugeschnitten:

- **„Youth Labs“** für marginalisierte Jugendliche und junge Erwachsene,
- **„Institutional Labs“** für RespräsentantInnen von mit der Betreuung von marginalisierten Jungen befassten (zum Teil öffentlichen) Serviceeinrichtungen sowie für politische EntscheidungsträgerInnen,
- **„Mixed Labs“** für marginalisierte Jugendliche und junge Erwachsene, für RepräsentantInnen von Serviceeinrichtungen und für politische EntscheidungsträgerInnen,
- **„European Labs“** für RepräsentantInnen von Serviceeinrichtungen und für politische EntscheidungsträgerInnen auf EU-Ebene.

Tabelle 1: Überblick über die durchgeführten „Labs of dialogue“.

	Bologna	Cagliari	Dublin	London	Rom
Youth Labs	3	3	5	3	
Institutional Labs	3	3	3	3	
Mixed Labs	2	2	2	2	
European Labs			1		1

Quelle: Ecker 2018, 21

2 ZIELE UND ZIELGRUPPEN DES EP-DEM-LABS-PROJEKTES

Am Ende des Projektes soll die Zielgruppe der **Jugendlichen und jungen Erwachsenen**

- von eigenen Handlungsmöglichkeiten und -kompetenzen überzeugt(er) sein (= Erhöhung der Selbstwirksamkeit),
- in ihrem Denken reflektiert(er) sein – z. B. (selbst)kritsches Hinterfragen (eigener) verfestigter Denk- und Handlungsmuster, erhöhte Toleranz gegenüber anderen Perspek-

tiven bzw. aktives In-Betracht-Ziehen anderer Perspektiven bei Entscheidungen und/oder Bewertungen,

- Fortschritte in ihren Lern- und ggf. auch Beschäftigungspfaden gemacht haben.

Politische EntscheidungsträgerInnen sollen näher an die Lebenswelten von marginalisierten Jungen herangeführt worden sein und dadurch ein erweitertes Verständnis für zielgruppengerechte und inklusionsfördernde Politikgestaltung generiert haben.

RepräsentantInnen von mit der Betreuung von marginalisierten Jungen befassten (zum Teil öffentlichen) Serviceeinrichtungen sollen durch die transnationale Austausch- und Reflexionsmöglichkeit sowie durch das Kennenlernen neuer Problembearbeitungsstrategien ihre Aufgaben im Spannungsfeld marginalisierte Junge gestärkt und motiviert(er) bewältigen können.

3 ZENTRALE SÄULEN DES EP-DEM-LABS-PROJEKTES

- Arbeit entlang eines sektorübergreifenden Ansatzes: Durch den gezielten Fokus auf junge Menschen in Übergangsphasen (von der Schul- zur Berufsausbildung) stand die Miteinbeziehung von an diesen Schnittstellen agierenden institutionellen und politischen StakeholderInnen außer Frage.
- Die „Passung" der gegenwärtigen Aus- und Weiterbildungsprogramme und -projekte für marginalisierte Junge stellte den zentralen Dreh- und Angelpunkt der „Labs of dialogue" dar:
  - Sind diese Programme und Projekte in einer Form gestaltet, dass marginalisierten Jungen Zugang/Anschluss sowie eine dauerhafte Einbindung ermöglicht werden können?
  - In welcher Form sollten Programme und Projekte adaptiert bzw. verbessert werden, sodass die Passung für marginalisierte Junge erhöht wird?
- Alle drei in das Projekt eingebundenen Zielgruppen (marginalisierte Junge, RepräsentantInnen von Serviceeinrichtungen und politische EntscheidungsträgerInnen) wurden von den „Lab-Facilitators" (die die Labs leiteten und moderierten) dabei unterstützt, über die eigenen Denk- und Handlungsmuster ins Nachdenken zu kommen und diese zu hinterfragen. Ziel war es, durch den Austausch in den Labs nicht nur toleranter gegenüber anderen Perspektiven und Kompetenzen zu werden, sondern diese auch bei Entscheidungsfindungsprozessen aktiv miteinzubeziehen.

Die „Zentrum für Soziale Innovation GmbH", eine der neun Projektpartnerorganisationen, war damit beauftragt, in einer **Evaluierung** festzustellen, ob (unter anderem) diese eben geschilderten Ziele auf Ebene der drei Zielgruppen (siehe Abschnitt 1.1) erreicht wurden. Ebenfalls in die Evaluierung miteinbezogen wurden die „Lab-Facilitators" (die die Labs leiteten und moderierten). Sämtliche Ausführungen im vorliegenden Beitrag fußen auf dem Anfang 2018 fertiggestellten Projektevaluierungsbericht. Im nachfolgenden Kapitel 2 wird das Design der Evaluierung zusammenfassend beschrieben.

4 PROJEKTEVALUIERUNG: METHODIK UND DATENSAMMLUNG

Die Evaluierung des Projektes erfolgte im Herbst/Winter 2017/2018, nach Abschluss der 36 „Labs of dialogue", an denen insgesamt 89 marginalisierte Junge in allen fünf Städten teilnahmen (vgl. Ecker 2018, 18 u. 21).

Methodisch wurde ein kombinierter Ansatz gewählt:

- Quantitativ: Online-Umfrage entlang eines standardisierten Fragebogens.
  Zielgruppe: ausschließlich marginalisierte Junge. Der Fragebogen findet sich im Anhang.
- Qualitativ: Interviews, Fokusgruppen und eine Round-Table-Diskussion.
  Zielgruppen: marginalisierte Junge, RepräsentantInnen von Serviceeinrichtungen und politische EntscheidungsträgerInnen. Die Interview-Guidelines finden sich im Anhang.

Insgesamt wurden 17 Antworten aus einer Online-Umfrage, Informationen aus 15 Interviews, zwei Fokusgruppen und einer Round-Table-Diskussion analysiert. Siehe auch die folgende Tabelle 2.

Tabelle 2: Übersicht Datensammlung

Zielgruppen	Methode der Datenerhebung	TeilnehmerInnenanzahl in folgenden vier Städten[1]				Total
		Bologna	Cagliari	Dublin	London	
Marginalisierte Junge	Online-Fragebogen	6	9	2	0	17
	Interview	0	0	0	2	2
	Fokusgruppe	2	2	6	0	10
	Round table				1	1
Facilitators	Interview	1	1	1	1[2]	4
	Round table	1	1	1		3
Repr. von Service-einrichtungen	Interview	1	1	1	2	5
	Round table	1			1	2
Entscheidungs-trägerInnen	Interview	1	1	1	1	4
	Round table	1	1			2
	Total	14	16	12	8	50

Quelle: Ecker 2018, 17

[1] Beim „Abschluss-Lab" in Rom wurden ebenfalls Daten für die Evaluierung gesammelt – durch die Dokumentation der dort erteilten Inputs und Beiträge. Allerdings wurden keine Interviews, Fokusgruppen oder Round-Table-Diskussionen geführt.

[2] Mit einem „Lab-Facilitator" wurden ein persönliches Gespräch und ein Telefoninterview geführt.

5 WAS ZEIGT DER BLICK IN DIE PRAXIS?

In Bezug auf die inhaltliche Ebene zeigten die Evaluierungsergebnisse, dass vier Themen/Themenfelder in allen fünf Städten relevant waren. Ein Auszug der Ergebnisse entlang der vier Themen findet sich in folgender Tabelle 3.

Tabelle 3: Auszug aus den zentralen Themen und Ergebnissen in den fünf Städten

Thema	Ergebnisse
Zugang zu schwierig erreichbaren marginalisierten Jungen – vor allem NEETs	• Eintrittsbarrieren für „NEETs" (die auch in „EP-DeM Labs" identifiziert wurden) in Programme und Maßnahmen sind zumeist zu hoch. Zum Teil fehlen zwischen unterschiedlichen Politikfeldern (v. a. Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) abgestimmte niederschwellige Zugänge. • Beratungsstrukturen und -systeme treffen mitunter nur partiell die realen Bedürfnisse der jungen Marginalisierten. Jugendzentren verfügen keineswegs durchgängig über einen Konnex zu Ausbildungszentren/-stellen oder vermittelnden Stellen. • Zum Teil sind kaum Angebote/Informationen für junge Marginalisierte in sozialen Medien ersichtlich. Zudem sind zum Teil wenig entsprechende Services in Jugendzentren gegeben (nicht alle Jugendlichen haben Zugang zu digitaler Technologie!).
Beratungs- und Betreuungsrahmen und -qualität	• Lokale Dienstleister verfügen zum Teil nicht über die Handlungsmöglichkeiten, die es braucht, um auf die Bedürfnisse marginalisierter Junger adäquater und wirksamer eingehen zu können. • Beratungen basieren zum Teil nicht auf das gesamte Lebensumfeld miteinbeziehenden Ansätzen. Problemfelder betreffen zumeist nicht nur Ausbildung und Jobperspektiven, sondern auch Folgen von Armut und Deprivation im familiären Umfeld: physische und psychische Probleme, unklare Wohnsituationen, Mangel an Gütern des täglichen Bedarfs (Nahrung, Kleidung etc.). Marginalisierte Junge ohne gemeldete Beschäftigung sind häufig in tragender Verantwortung für die Sicherung des täglichen Lebensunterhaltes ihrer Familien. • Bestehende Kompetenzen (oftmals wenig beachtete Soft Skills), Interessen und Fähigkeiten der jungen Marginalisierten werden in Beratungen zum Teil zu wenig aufgegriffen und in weiterer Folge kaum verwertet.
Organisationsübergreifende Kooperationen	• Komplementäre und integrierte Zusammenarbeit verschiedener Organisationen an der Schnittstelle zwischen Schule und Arbeitsmarkt/Weiterbildung ist nicht durchgängig gegeben.

Quelle: Ecker 2018, 22

In Bezug auf die prozessuale Ebene zeigte sich, dass die Erreichbarkeit und kontinuierliche Einbindung der besonders marginalisierten Jungen (z. B. NEETs) durchgehend eine schwierige Herausforderung blieb: So konnten etwa manche TeilnehmerInnen nicht auf eigene Kosten zum Lab-Veranstaltungsort kommen. Zudem wirkte manch gewähltes Setting (z. B. Räumlichkeiten von Public-Employment-Service-Einrichtungen) einschüchternd. Und schließlich stellte das Format weitreichende sozioemotionale Anforderungen an die „Lab-Facilitators". Essenziell war auch die Ermöglichung der Begleitung der jungen Menschen durch ihnen bekannte SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen („youth workers"). Diese erfüllten die Rolle von Vertrauenspersonen und „übersetzten" die mitunter für die TeilnehmerInnen nur schwer verständlichen Aufgaben in eine zugänglichere Form. Auch bei der Evaluierung stellte sich die Erreichbarkeit der jungen Menschen als eine Herausforderung dar. Wie aus obiger Tabelle 2 ersichtlich wird, gelang es in den beiden Städten London und Dublin kaum bis gar nicht, die Zielgruppe der marginalisierten Jungen mit dem Online-Fragebogen zu erreichen. Um dennoch ihre Beiträge für die Evaluierung zu erhalten, wurden alternativ Interviews und Fokusgruppen organisiert.

Zentrale Erkenntnisse in Bezug auf die Zielgruppe marginalisierte Junge:

- Die Einbindung von für die marginalisierten Jungen relevanten StakeholderInnen und Professionals (z. B. „youth workers") sollte in der Arbeit mit ihnen durchgängig sichergestellt werden. Diese sind oftmals die einzigen AkteurInnen, die über gute Kontakte zur Zielgruppe verfügen. Deren aktives Engagement bildet die Grundlage für eine Hinführung und kontinuierliche Teilnahme von jungen Menschen an den „Labs of dialogue".
- „One-Stop-Shop-Strukturen" von Organisationen scheinen sich zu bewähren: Jugend- und Ausbildungszentren mit Kontakt zu Job-Vermittlern unter einem Dach erhöhen die Chancen, nicht nur in Kontakt mit der Zielgruppe zu bleiben, sondern sie letztendlich auch erfolgreich auf dem Weg zu einem Schul-/Ausbildungsabschluss und in eine Arbeit zu begleiten.
- Je marginalisierter die Zielgruppe, umso besser qualifiziertes Personal wird benötigt! Transdisziplinäre Kooperationen (Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Psychotherapie etc.) erscheinen lohnend für nachhaltige Erfolge.
- Eine qualitativ hochwertige begleitende Forschung erfordert eine kontinuierliche Vor-Ort-Präsenz. In Bezug auf die Methodik haben sich vor allem Beobachtungen (Beobachtungsprotokoll/Tagebuch) bewährt. Interviews und Befragungen sind ergänzend bedeutend.

BIBLIOGRAFIE

Ecker, Berenike (2018), EP-DeM Labs – Equity, Participation, Decision Making Labs: Impact & Scalability Evaluation Report, ZSI, Wien.

ANHANG

a) Standardisierter Online-Fragebogen für die Zielgruppe marginalisierte Junge (englisch)

First question block: introduction	
Question	[1] How did you come to take part in EP-DeM Labs?
Answer options	Received a personal invitation (e.g. by youth workers)
	Read an announcement
	Received information about the labs from others (family, friends, job center, teachers, etc.)
	Other (room for explanations)
	No answer
Second question block: After the attendance of the lab/s....	
Statement/ title	[2] …I am more interested in things happening besides my day to day activities (e.g. I am interested in daily news).
	[3] …it is easier for me to get along with teachers, employers, other actors in a school and/or professional environment, etc.
	[4] …I believe that my views are not just heard but also have an impact on people around me.
	[5] …I know more about the employment needs, opportunities and programmes targeting young people.
	[6] …I am more aware of my talents and know how I can use them.
	[7] …I think that I have a fair chance to gain work, training and employment.
	[8] …I am ready to take action and move forward with my plans.
Third question block: Personal environment	
	[9] I told family and friends about the lab.
	[10] I received positive feedback about the labs from my family and/or friends.
	[11] I met new people as a result of taking part in the labs.
	[12] I know where to go when I need somebody to speak with (outside the family and friends).
	[13] Is there anything else you would like to add, share, comment with respect to "EP-DeM Labs"?
Answer options	strongly agree
	agree
	disagree
	strongly disagree
	no answer

b) Interview-Guidelines für die Zielgruppen: marginalisierte Junge, RepräsentantInnen von Serviceeinrichtungen und politische EntscheidungsträgerInnen (englisch)

Guidelines für marginalisierte Junge

Questions
The EP-DeM Labs project is almost over now. When you look back on the last year, what comes in your mind immediately?
Why did you want to get involved in the project?

Which lab did you like the most and why?
Did you attend projects with similar topics and aims? If so, how is EP-DeM Labs different from this/these project/s?
Has the project resulted in any personal changes? Has it opened up any opportunities for you?

Guidelines für RepräsentantInnen von Serviceeinrichtungen und politische EntscheidungsträgerInnen

First block: Opening questions
[1] How was "your journey" to the EP-DeM Labs project? Why did you cooperate?
Second block: Description of the own role
[2] Initiation to explain briefly the concrete service/facilitator roles and functions in the context of EP-DeM Labs.
Third block: Focus on possible outcomes and impacts:
[3] Did the actions/methods provided in the labs, widen your knowledge with respect to the lab participants (primary focus on young people, but also including service providers and/or decision makers)?
[4] Communication, cooperation and mutual learning have been characterised as methodologically relevant aspects in the context of the labs.
How did you experience the labs in this regard?
[5] As well as self-reflection, awareness raising (e.g. in terms of the needs of the target group) and mindfulness have been characterised as methodologically relevant aspects in the context of the labs.
How did you experience the labs in this regard?
[6] Do you think that the lab concept and methods are suitable mechanisms for the inclusion and strengthening of the target groups – especially disadvantaged young people?
If so, do you see chances for the scaling and/or mainstreaming of the labs – e.g. for additional target groups, in the context of labour market and/or social inclusion programmes, other EU/ national/regional/local strategies, etc.?
Do you have concrete plans and/or possibilities (e.g. to reserve budget) to influence such processes?[3]
If yes, are some scaling and/or mainstreaming activities already planned/put into practice? If so, please describe them more detailed.[4]
[7] Are you still in contact with lab participants?[5]
[8] Do you know, whether the "lab community" and or the "extended stakeholder network" are interested in the labs?
If they are interested, do you know why respectively what is explicitly relevant for them?
[9] Do you actively promote the EP-DeM Lab project respectively its results within your communities and beyond, on different policy making levels, etc.?
If so, what exactly do you do/have you already done?

[3] Frage wurde nur EntscheidungsträgerInnen gestellt.
[4] Frage wurde nur EntscheidungsträgerInnen gestellt.
[5] Frage wurde nur RepräsentantInnen von Serviceeinrichtungen gestellt.

Lukas Franta, Nadine Haufe

CO-CREATION IN DER STADTPLANUNG: SOLIDARITÄT UND PARTIZIPATION 2.0? ERFAHRUNGEN AUS DEM HORIZON-2020-PROJEKT SUNRISE[1]

ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Beitrag beschäftigt sich am Beispiel des Horizon-2020-Projekts SUNRISE mit der Frage, inwieweit Co-Creation als solidarischer Planungsprozess gelten kann. Heterogene AkteurInnen wirken bei Co-Creation kollaborativ zusammen, um neue Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln. In SUNRISE ist Co-Creation das Schlüsselkonzept für die Entwicklung, Umsetzung und Bewertung von nachhaltigen Mobilitätslösungen auf der Quartiersebene. Als partizipatives, inklusives Konzept kann Co-Creation auch als solidarischer Planungsprozess verstanden werden.

- Co-Creation ist eine solidarische Praxis, weil sie Beziehungen zwischen AkteurInnen neu herstellt oder bestehende verbessert.
- Co-Creation entwickelt neue Ideen und Konzepte und setzt diese kollaborativ um; sie schließt damit an den generativen Aspekt von Solidarität an.
- Die Einbindung aller relevanten AkteurInnen in einen Co-Creation-Prozess ist nicht möglich, sodass Aspekte von Inklusion und Exklusion auftreten.

ABSTRACT

This contribution addresses the question of the extent to which co-creation can be considered a solidary planning process based on the Horizon 2020- project SUNRISE. Co-creation refers to a participatory planning process in which heterogeneous actors collaborate to develop new solutions for societal challenges. In SUNRISE, co-creation is the key concept to develop, implement and evaluate sustainable urban mobility solutions on the neighborhood level. As a participatory and inclusive concept, co-creation can be understood as a solidary planning process.

- Co-creation is a solidary practice as relations between actors are newly created or intensified.
- Co-creation develops and implements new ideas and concepts collaboratively, thus connecting to the generative aspect of solidarity.
- The involvement of all relevant actors in a co-creation process is hardly possible, and thus it generates aspects of inclusion and exclusion.

[1] Die dem Artikel zugrunde liegenden Daten wurden im Rahmen des Projekts SUNRISE erarbeitet, das durch das EU-Programm „Horizon 2020 – Research and Innovation" unter dem Fördervertrag Nr. 635998 gefördert wurde.

1 EINLEITUNG

Der Begriff Solidarität ist derzeit in aller Munde. In aktuellen Debatten werden die empathische Fundierung und die moralische Ökonomie von Solidarität betont, die sich in gegenseitiger Unterstützung äußert (z. B. durch das Klatschen für das medizinische Personal in Zeiten der Corona-Pandemie oder über finanzielle Unterstützung für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen; vgl. Bude 2019). Solidarität ist jedoch ebenso mit Grenzziehungen verbunden, da das „rätselhafte soziale Band" (vgl. Bude 2019, 34) nicht beliebig geknüpft werden kann. Solidarisches Handeln ist hierbei auch immer raumgebunden und raumkonstitutiv (vgl. Agustín/Jørgensen 2019).

Solidarität als Orientierung räumlicher Planung bedeutet, dass Strategien und Instrumente zur Entwicklung eines Gebiets das Ziel verfolgen, eine soziale Verbindung zu fördern und dadurch gemeinschaftsstiftend zu wirken. Ein solidarischer Planungsprozess lässt sich durch partizipative und inklusive Verfahren gestalten (solidarisches Planen, vgl. Güntner 2019). Co-Creation[2], ein partizipatives Konzept, bei dem heterogene AkteurInnen prozessual zusammenwirken, um neue Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln (vgl. Haufe/Franta 2019, 55), ist hierbei ein viel diskutierter Ansatz in der Stadtplanung. Denn sie ist nicht nur dazu geeignet, nachhaltige Veränderungen im Raum zu gestalten, sondern auch kollektive Identitäten sowie gegenseitige Unterstützung und das Verantwortungsgefühl im lokalen Kontext zu fördern.

Im Horizon-2020-Projekt SUNRISE[3] (Laufzeit 2017–2021) ist Co-Creation das Schlüsselkonzept für die Entwicklung, Umsetzung und Bewertung von nachhaltigen Mobilitätslösungen auf der Stadtteilebene. In einzelnen Quartieren in Bremen, Budapest, Jerusalem, Malmö, Southend-on-Sea und Thessaloniki wurden ko-kreative Prozesse initiiert, um Problemlagen der Mobilität in den Quartieren zu identifizieren und darauf aufbauend Lösungsvorschläge partizipativ konsensual von einem breiten Spektrum an AkteurInnen erarbeiten und umsetzen zu lassen. Mittels Co-Creation sollen in SUNRISE hierbei neue Wege der Entwicklung und Integration nachhaltiger Mobilitätslösungen im Quartier ermöglicht werden.

Inwieweit Co-Creation als solidarischer Planungsprozess gelten kann, soll in diesem Beitrag am Beispiel des Horizon-2020-Projekts diskutiert werden. Dazu fokussiert der Beitrag zunächst auf das derzeitige Verständnis von Co-Creation in der Stadtplanung und den Zusammenhang von Co-Creation und Solidarität. Daran anschließend wird anhand der Aspekte Kollaboration, Inklusion und Entwicklung von Lösungen der Frage nachgegangen, inwiefern Co-Creation als solidarische Praxis des Planens verstanden werden kann.

2 CO-CREATION IN DER STADTPLANUNG

Ursprünglich aus dem privatwirtschaftlichen Sektor stammend, wo Unternehmen in den 1990er-Jahren begannen, KonsumentInnen sowie Unternehmen in den Entwicklungsprozess von Produkten einzubinden (vgl. Hermansen/Schuff 2016, 1), experimentieren heute auch EntscheidungsträgerInnen und BürgerInnen im Rahmen der Stadtentwicklung mit dem Konzept der Co-

[2] Eine einheitliche Schreibweise des englischen Begriffs „Co-Creation" gibt es in der deutschen Fachsprache noch nicht. Daher wird in diesem Artikel bei substantivischer Verwendung die englische Schreibweise verwendet, sonst die eingedeutschte Form „ko-kreativ".

[3] Mehr Informationen finden sich auf der SUNRISE-Homepage https://civitas-sunrise.eu.

Creation, um städtische Probleme und Herausforderungen anzugehen (vgl. Puerari et al. 2018, 1). Ein gemeinsames Verständnis des Begriffes Co-Creation existiert derzeit jedoch noch nicht (vgl. Leading Cities 2014, 3; Lund 2017, 32; Puerari et al. 2018, 4). So definiert die Europäische Kommission in der Ausschreibung „ERA-NET Cofund Smart Urban Futures" Co-Creation als „eine Methode, bei der heterogene AkteurInnen zusammenarbeiten mit dem Ziel, Wissen, Instrumente, Technologien, Artefakte, Policies und Kompetenz zu schaffen" (JPI Urban Europe 2016, 52; Übers. d. AutorInnen). Die Forschungsgruppe Leading Cities definiert Co-Creation als aktiven Informations- und Ideenfluss zwischen fünf Bereichen der Gesellschaft (Regierung, Wissenschaft, Marktwirtschaft, gemeinnützige Organisationen und BürgerInnen), welcher die Teilnahme, die Einbindung in und die Stärkung von Politik, die Erstellung von Programmen, die Verbesserung von Diensten und die Bewältigung des systemischen Wandels mit jeder Dimension der Gesellschaft von Anfang an ermöglicht (vgl. Leading Cities 2014, 3). Für Schneidemesser et al. (2019, 3) ist der Begriff Co-Creation vor allem durch spezifische soziale, materielle und zeitlich-räumliche Aspekte gekennzeichnet: Der soziale Aspekt der Co-Creation umfasst hierbei die Zusammenarbeit, die auf reziprokem Austausch zwischen heterogenen AkteurInnen beruht. Durch das Zusammenwirken von verschiedenen, teils widersprüchlichen Perspektiven wird mit Co-Creation etwas Unerwartetes, Neues generiert, das die beteiligten AkteurInnen gestalten und im Ergebnis nutzen können (materieller Aspekt von Co-Creation). Der zeitlich-räumliche Aspekt von Co-Creation umfasst nach Schneidemesser et al. (2019, 3) die Prozesse, die zwischen relativ autonomen Organisationen oder gesellschaftlichen Handlungsfeldern einen wechselseitigen Austausch oder die Schaffung von kollektiven Zielen ermöglichen. Trotz ihrer Unterschiede haben diese Definitionen gemein, dass Co-Creation sich dadurch auszeichnet, dass heterogene Akteurskonstellationen in einem generativen Prozess mobilisiert und auf strategische Weise verbunden werden, um etwas zu (er)schaffen. Der Schwerpunkt liegt auf der Aushandlung eines Konsenses, der für die Beteiligten eine bestmögliche Lösung darstellt (vgl. Streich 2005). Co-Creation kann dabei auch als kollaborativer Prozess verstanden werden, der die Artikulation unterschiedlicher Interessen, das kritische Hinterfragen von Meinungen, die Einigung über relevante Themen und Inhalte, die Meinungsbildung und eine endgültige Entscheidung umfasst (vgl. Innes 1996). Ein zentraler Aspekt der kokreativen Planung besteht darin, dass die Verantwortung für die Planung direkt an beteiligte AkteurInnen delegiert wird (vgl. Gunton/Dey 2003, 6). Im Bereich der Stadtplanung kann Co-Creation somit verstanden werden „als die Gesamtheit von aufeinander einwirkenden Vorgängen, bei denen sich AkteurInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern wechselseitig austauschen und Zusammenwirken mit dem Ziel Antworten für urbane Herausforderungen zu entwickeln" (Haufe/Franta 2019, 55). Co-Creation ist dabei nicht nur ein Konzept zur Erzielung von Produkt-, Dienstleistungs- oder Prozessinnovationen, sondern auch eine Methode zur Schaffung sozialer Innovationen, also von Werten und Wissensbeständen, die zwischen den Beteiligten geteilt werden (vgl. Puerari et al. 2018, 3 f.). Als kollaborative Form der Zusammenarbeit, bei der Relationen zwischen AkteurInnen hergestellt, neue Ideen und Konzepte entwickelt und ausprobiert werden, kann Co-Creation auch als solidaritätsförderndes Konzept verstanden werden.

3 SOLIDARITÄT UND CO-CREATION

Solidarität ist ein facettenreiches Konzept (vgl. Agustín/Jørgensen 2019). Das Verständnis von Solidarität reicht von allgemeiner Zusammengehörigkeit (vgl. bpb 2020) über den inneren Zusammenhalt einer Gruppe, Gemeinschaft oder Gesellschaft bis zum Eintreten füreinander und

Unterstützen als gemeinschaftsfördernde Praktik (vgl. Boshammer 2008). Sozialwissenschaftlich wurde der Begriff erstmals im ausgehenden 19. Jahrhundert von Émile Durkheim behandelt. Er definierte Solidarität als Haltung und unterschied mechanische und organische Solidarität voneinander. Mechanische Solidarität bezeichnete er als die Verbundenheit, die sich durch ein von allen geteiltes Kollektivbewusstsein auszeichnet (vgl. Boshammer 2008). Organische Solidarität beschreibt Durkheim demgegenüber als die Verbundenheit zwischen Individuen in einer arbeitsteilig differenzierten Gesellschaft, wie sie unter anderem von der ArbeiterInnenbewegung praktiziert wird (vgl. Durkheim 1992). Im aktuellen Diskurs wird darauf verwiesen, dass Solidarität nicht nur als Haltung, sondern auch als Praxis, die sich im Alltag manifestiert, verstanden werden muss. Nach Agustín und Jørgensen (2019, 25) ist Solidarität als Praxis folgendermaßen gekennzeichnet:

- als relationale Praktik, weil solidarisches Handeln Kollaborationen zwischen heterogenen AkteurInnen neu herstellt oder bestehende verbessert;
- als generative Praktik, da neue Ideen und Konzepte von Gesellschaft und Zusammenleben generiert und gelebt werden sowie kollektive Identitäten und politische Subjekte neu entstehen;
- als inklusive und exklusive Praktik, weil solidarisches Handeln durch Prozesse der Gemeinschafts- und Identitätsbildung in der Regel nur gegenüber einem bestimmten Teil der Gesellschaft erfolgt (vgl. Altreiter et al. 2019; Banting/Kymlicka 2017).

Diese Praktiken der Solidarität spielen auch für die partizipative Planung eine bedeutende Rolle. Partizipation, d. h. die Beteiligung von verschiedenen AkteurInnen an Planungsprozessen, gilt heute als wichtiges Element der nachhaltigen Stadtplanung (vgl. Magistrat der Stadt Wien – MA 18, 2012). Bei der partizipativen Planung werden BürgerInnen und andere Interessengruppen eingeladen, an Planungs- oder Entscheidungsprozessen teilzunehmen, mit der Idee, dass die Partizipation den Inhalt der Planung beeinflussen kann (vgl. Healey 1997; Innes 1998; Innes/Booher 1999). Die Einbeziehung von unterschiedlichen BürgerInnen und anderen AkteurInnen wird hierbei als vielversprechend angesehen, um beispielsweise bessere Ergebnisse zu erzielen oder in Bezug auf Nachhaltigkeit die Anpassungsfähigkeit sozial-ökologischer Systeme zu verbessern (vgl. Faehnle/Tyrväinen 2013, 332). Insbesondere durch inklusive partizipative Prozesse lässt sich Solidarität in der Planungspraxis als „solidarisches Planen" umsetzen (vgl. Güntner 2019). Dabei spielen die Einbindung und das Ermächtigen von sozialen Gruppen, die ihre Interessen sonst nur schwer einbringen können, eine zentrale Rolle. Da Prozesse der Gemeinschafts- und Identitätsbildung in der Regel nur einen bestimmten Teil der Gesellschaft mit einbeziehen, ist Solidarität somit auch eine umkämpfte Praktik, da Inklusion und Exklusion gesellschaftlich verhandelt werden müssen.

Eng verbunden ist die „solidarische Planung" auch mit den Raumstrukturen. Kollaborationen zwischen heterogenen AkteurInnen und neue Ideen bzw. Konzepte von Gesellschaft verändern räumliche Bezüge. Darüber hinaus erfolgt solidarisches Handeln durch Prozesse der Gemeinschafts- und Identitätsbildung in der Regel in einem räumlich abgegrenzten Gebiet (z. B. im Quartier, in der Stadt, im Nationalstaat, transnational). Als solidarische Praxis wirken partizipative Konzepte wie Co-Creation somit auf (Stadt-)Räume, weil Solidarität nicht nur in Räumen gelebt wird, sondern diese auch produziert (vgl. Agustín/Jørgensen 2019).

In der Stadtplanung haben partizipative Konzepte wie Co-Creation das Ziel, Verbindungen zwischen AkteurInnen zu fördern und Stadt kooperativ zu produzieren (vgl. Selle 2013). Im Idealfall kommunizieren und debattieren AkteurInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Hand-

lungsfeldern in ko-kreativen Planungsprozessen, um gemeinsam Handlungsmöglichkeiten festzulegen und umzusetzen (vgl. Puerari et al. 2018). Als kooperative Form der Zusammenarbeit zwischen heterogenen AkteurInnen schließt Co-Creation dabei an den relationalen Aspekt von Solidarität an.

Ziel ko-kreativer Ansätze ist es, AkteurInnen aus verschiedenen Handlungsfeldern der Gesellschaft im gesamten Prozessverlauf einzubinden, um eigene Problemwahrnehmungen zu definieren, eigene Entscheidungen zu treffen und Lösungen neu zu entwickeln. Im besten Fall können so neue Ideen geschaffen, Konzepte von Gesellschaft und Zusammenleben generiert und gelebt sowie das Entstehen kollektiver Identitäten und politischer Subjekte gefördert werden, sodass Co-Creation auch an den generativen Aspekt von Solidarität anknüpft.

Ko-kreative Prozesse können aber auch Inklusion und Exklusion verstärken. Durch Gemeinschafts- und Identitätsbildung kann Co-Creation vielfältige AkteurInnen und deren Interessen gezielt einbinden und so „solidarisches Planen" gewährleisten. Gleichzeitig haben Co-Creation-Prozesse, wie partizipative Prozesse allgemein, in der Stadtplanung aber auch exklusive Tendenzen, da beispielsweise durch ziel- oder ressourcenabhängige Rahmenbedingungen Gemeinschafts- und Identitätsbildung – und damit Solidarität – nach außen sozial oder räumlich begrenzt wird. Die Begrenzung erlaubt jedoch auch die gezielte Ansprache und Einbindung von AkteurInnen oder die Fokussierung auf räumlich begrenzte Gebiete (wie im SUNRISE-Projekt das Quartier).

Anhand der Aspekte Kollaboration, Inklusion und Entwicklung von Lösungen soll im Folgenden am Beispiel des Projekts SUNRISE der Frage nachgegangen werden, inwiefern Co-Creation als solidarische Praxis des Planens verstanden werden kann.

4 CO-CREATION ALS SOLIDARISCHE PRAXIS AM BEISPIEL DES HORIZON-2020-PROJEKTS SUNRISE

Das Horizon-2020-Projekt SUNRISE („Sustainable Urban Neighbourhoods – Research and Implementation Support in Europe", Laufzeit 2017–2021) zielt auf die Förderung von nachhaltiger Mobilität im Quartier ab, da Quartiere ideale „urbane Reallabore" sein können, um im kleineren Maßstab Transformationsprozesse zu initiieren, um zu experimentieren, zu lernen und Transformation voranzutreiben, was im Idealfall positive Auswirkungen auf die gesamte Stadt entfalten kann (vgl. Brocchi 2019, 250; Roselt et al. 2016, 3).

Im Horizon-2020-Projekt SUNRISE ist Co-Creation das Schlüsselkonzept zur Förderung nachhaltiger Mobilitätslösungen auf Quartiersebene. In je einem Quartier in sechs Städten (Bremen – Hulsberg, Budapest – Törökör, Jerusalem – Baka, Malmö – Lindängen, Southend-on-Sea – City Centre, Thessaloniki – Neo Rysio) wurden ko-kreative Prozesse initiiert, um nachhaltige Mobilitätslösungen auf der Quartiersebene mit AkteurInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern zu entwickeln, umzusetzen und zu evaluieren. In einem mehrstufigen Prozess arbeiten unterschiedliche AkteurInnen zusammen und identifizieren mobilitätsbezogene Problemlagen im Quartier, entwickeln kollaborativ Mobilitätslösungen, beteiligen sich an der Umsetzung und evaluieren Auswirkungen. Organisiert wird die Durchführung der ko-kreativen Prozesse in den einzelnen Quartieren von Teilen der Stadtverwaltung oder lokalen Partnern wie

Gebietsbetreuungen oder Planungsbüros. Eine Steuerungsgruppe, genannt „Core Group", die sich aus unterschiedlichen lokalen AkteurInnen zusammensetzt, lenkt den ko-kreativen Prozess. Nach mehr als der Hälfte der Laufzeit des Projektes haben alle SUNRISE-Quartiere die Phase der Problemidentifikation und der Maßnahmenentwicklung abgeschlossen. Es zeigt sich hierbei, dass sich in den sechs SUNRISE-Quartieren je nach lokalem Kontext sehr spezifische ko-kreative Prozesse entwickelt haben. Gemein ist allen Prozessen jedoch, dass zur Gestaltung der ökologischen Transformation der Mobilität im Quartier und um längerfristig Wirkungen zu erzielen, möglichst viele AkteurInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern dauerhaft kollaborativ eingebunden werden, um Lösungsvorschläge zu erarbeiten und umzusetzen. Ein besonderes Augenmerk liegt in SUNRISE auch auf der Inklusion sozialer Gruppen, die in klassischen partizipativen Planungsprozessen häufig unterrepräsentiert (z. B. Kinder, Jugendliche, SeniorInnen etc.) sind. Hier zeigen sich Parallelen von Co-Creation zu den drei von Agustín/Jørgensen (2019) benannten zentralen Praktiken der Solidarität. Das ist ein guter Ansatzpunkt, um Co-Creation als solidarische Praxis und die zentralen Aspekte der Solidarität in den ko-kreativen Prozessen in SUNRISE näher zu betrachten.

4.1 Solidarität als relationale Praktik: Kollaboration zwischen AkteurInnen in SUNRISE

Nach den Autoren Agustín/Jørgensen (2019) ist Solidarität eine relationale Praktik, die Kollaborationen zwischen AkteurInnen neu herstellt oder bestehende verbessert. Der Schwerpunkt von Kollaboration liegt auf der Aushandlung eines Konsenses, der für die Beteiligten die bestmögliche Lösung darstellt (vgl. Streich 2005). Kollaborative Prozesse umfassen hierbei die Artikulation unterschiedlicher Interessen, die kritische Diskussion von Meinungen, die Einigung über relevante Themen und Inhalte, die Meinungsbildung und eine endgültige Entscheidung, der jede/r Beteiligte zustimmen kann (vgl. Innes 1996). In den ko-kreativen Prozessen von SUNRISE wurden Kollaborationen zwischen heterogenen AkteurInnen mittels einer großen Vielfalt von meist gängigen Partizipationsmethoden geschaffen. Dazu wurden sowohl Face-to-Face-Methoden als auch internetbasierte Methoden eingesetzt und kombiniert. Die in SUNRISE eingesetzten Face-to-Face-Methoden umfassten einerseits Formate, die sich an die breite Öffentlichkeit richteten, um so vielen interessierten AkteurInnen die Möglichkeit zu bieten, sich kollaborativ einzubringen. Andererseits wurden Formate für ausgewählte RepräsentantInnen von Interessengruppen und AkteurInnen eingesetzt. Mittels internetbasierter Methoden wurden weitere orts- und zeitungebundene Möglichkeiten für interessierte AkteurInnen geschaffen, sich am ko-kreativen Prozess in SUNRISE zu beteiligen.

Als Formate für die Einbindung einer Vielzahl von AkteurInnen wurden in den SUNRISE-Quartieren vor allem mobile Stände im öffentlichen Raum, spezielle SUNRISE-Events, Infopoints und Öffentlichkeitsarbeit genutzt. SUNRISE-spezifische Events wie Informationsabende wurden vor allem zu Beginn veranstaltet, um einer Vielzahl interessierter AkteurInnen die Möglichkeit zu bieten, das Projekt kennenzulernen und am kollaborativen Prozess teilzunehmen. Darüber hinaus boten diese Veranstaltungen auch die Möglichkeit der Meinungsbildung zu mobilitätsrelevanten Themen sowie der Artikulation und des Austausches über Mobilitätsprobleme im Quartier.

Mittels mobiler Stände im öffentlichen Raum an unterschiedlichen Orten im Quartier (Plätze, Straßen, Parks, Spielplätze etc.) und auf Quartiersfesten wurde BürgerInnen über SUNRISE informiert und durch die Bereitstellung von Informationsmaterial und Quartierskarten zur Teilnahme

aktiviert. BürgerInnen erhielten so Informationen zu Mobilitätsproblemen und möglichen Lösungsvorschlägen und konnten Interessen und Meinungen artikulieren sowie kritisch hinterfragen. Infopoints, die in einigen Quartieren eingerichtet wurden, boten die Möglichkeit, interessierte lokale AkteurInnen über das SUNRISE-Projekt, den Projektstand und Teilnahmemöglichkeiten zu informieren. Um Synergieeffekte zu nutzen, wurden die Infopoints in Kooperation mit Vereinen aus dem Quartier, in Quartierszentren oder mit anderen gemeinnützigen Organisationen eingerichtet. Die Synergieeffekte bestanden hierbei nicht nur in der gemeinsamen Nutzung von Räumlichkeiten und der Einbindung der Kooperationspartner, sondern auch in der Erschließung von Netzwerken der Kooperationspartner. Die Sichtbarkeit des Projekts, der Informationsfluss und die Meinungsbildung wurden mittels gezielter Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, Newsletter, Poster, Presseaussendungen) im Quartier und auch über die Quartiersgrenzen hinaus ermöglicht. Mit den Formaten für die breite Öffentlichkeit wurde der Grundstein für Kollaborationen zwischen heterogenen AkteurInnen im Co-Creation-Prozess gelegt. Den Ausführungen von Innes (1996) zu kollaborativen Planungsprozessen folgend, standen die Artikulation unterschiedlicher Interessen, die kritische Diskussion von Meinungen, die Einigung über relevante Themen und Inhalte und die Meinungsbildung dabei im Fokus der Formate.

Als Formate für die Einbindung ausgewählter AkteurInnen waren in den SUNRISE-Quartieren vor allem die Steuerungsgruppe, Begehungen, Interviews und Exkursionen sowie Workshops relevant. Ein wichtiger Teil der Co-Creation-Prozesse in den SUNRISE-Quartieren waren die Steuerungsgruppen, genannt „Core Groups". Durch die Zusammensetzung aus verschiedenen lokalen AkteurInnen sollten diese die Sichtbarkeit unterschiedlicher Interessen sowie die Transparenz des Prozesses und seiner Inhalte intern und extern gewährleisten. In den meisten Quartieren traf die „Core Group" auch Entscheidungen inhaltlicher oder prozessualer Natur. Begehungen im Quartier, Interviews mit ausgewählten Akteursgruppen und Exkursionen in andere Städte boten die Möglichkeit der Meinungsbildung zu mobilitätsrelevanten Themen sowie der Artikulation und des Austausches über Mobilitätsprobleme im Quartier. Ein zentraler Aspekt der Co-Creation-Prozesse in den SUNRISE-Quartieren waren Workshops, in denen eine Auswahl von VertreterInnen verschiedener Interessengruppen unterschiedliche Ideen zur Verbesserung der nachhaltigen Mobilität in den SUNRISE-Quartieren diskutierte und mit neuen Lösungen experimentierte.

In den Formaten für ausgewählte RepräsentantInnen von Interessen- bzw. Akteursgruppen manifestieren sich in SUNRISE die Kollaborationen zwischen heterogenen AkteurInnen im Co-Creation-Prozess. Diese Formate boten neben der Möglichkeit der Artikulation unterschiedlicher Interessen, der kritischen Diskussion von Meinungen, der Einigung über relevante Themen und Inhalte, der Meinungsbildung vor allem Gelegenheit für das Treffen von Entscheidungen (vgl. Innes 1996).

Als internetbasierte Formate zur Einbindung von AkteurInnen kamen in den ko-kreativen Prozessen in SUNRISE vor allem Projektwebseiten, Newsletter und Online-Mapping-Tools zum Einsatz. Die Projektwebseiten und die Newsletter-Aussendungen boten die Möglichkeit, Informationen über das SUNRISE-Projekt, den Projektstand und Teilnahmemöglichkeiten zu verbreiten. Interessierte BürgerInnen und andere AkteurInnen konnten mittels Online-Mapping-Tools Meinungen und Interessen zu Mobilität im Quartier artikulieren und lokalisieren. Teil der Online-Mapping-Tools war eine Kommentarfunktion, durch die AkteurInnen auf die Meinungen und Ideen anderer reagieren konnten, was eine kritische Reflexion anstieß.

Im Laufe des Co-Creation-Prozesses von SUNRISE konnten durch die Vielfalt der eingesetzten partizipativen Methoden diverse AkteurInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern eingebunden werden. Mit den Formaten für die breite Öffentlichkeit ließen sich neben BürgerInnen aus dem Quartier auch AkteurInnen aus Politik und Verwaltung der lokalen und städtischen Ebene sowie der lokalen Wirtschaft, VertreterInnen von Wohnbaugesellschaften, Wirtschafts- und Tourismusverbänden und VertreterInnen von Kulturvereinen, des Gesundheitswesens und von Jugendzentren in den Co-Creation-Prozess einbinden. Der Einsatz von Methoden für die breite Öffentlichkeit in der Nähe von Spielplätzen oder in Parks erlaubte die Ansprache von spezifischen Gruppen wie Kindern, Jugendlichen, Eltern und SeniorInnen. An Formaten für ausgewählte RepräsentantInnen von Interessen- bzw. Akteursgruppen nahmen BürgerInnen, AkteurInnen aus der Stadt- und Bezirksverwaltung, der Stadtpolitik, VertreterInnen des Tourismusverbands, der lokalen Wirtschaft sowie von Planungsbüros und der Gebietsbetreuung teil. Das gilt auch für VertreterInnen lokaler Vereine und gemeinnütziger Organisationen, wie Radverkehrsverbände oder AutofahrerInnenclubs, sowie der Feuerwehr und der Polizei. Die Online-Formate erlaubten die Teilnahme interessierter BürgerInnen und anderer AkteurInnen mit Internetzugang, die orts- und zeitungebundene Möglichkeiten der Beteiligung bevorzugen.

Vor allem bei Formaten für ausgewählte RepräsentantInnen von Interessens- bzw. Akteursgruppen ergaben sich vielfältige Kollaborationen zwischen den teilnehmenden AkteurInnen zur Identifikation von Mobilitätsproblemen im Quartier und Entwicklungen von Mobilitätslösungen. Das Beispiel SUNRISE zeigt, dass Co-Creation Kollaboration neu herstellen und die bestehende verbessern kann. So waren in einem SUNRISE-Quartier sichere Fußwege für SchülerInnen ein Ergebnis der ko-kreativen Lösungsentwicklung. Während Eltern und Schulen schon länger zusammenarbeiteten, bildeten sich im Rahmen des Co-Creation-Prozesses Allianzen zwischen Eltern, Schulen und der Polizei, um Schulwege sicherer zu gestalten. Co-Creation bietet aber auch Potenzial für neue, über das Projekt hinausgehende längerfristige Solidarität. Anzeichen für längerfristige Kollaborationen, die im Co-Creation-Prozess von SUNRISE entstanden sind, zeigen sich in einem anderen SUNRISE-Quartier. Dort hat sich eine Initiative gebildet, die sich für die Umsetzung einiger der verkehrsberuhigenden Maßnahmen aus SUNRISE an weiteren Orten im Quartier einsetzt.

Co-Creation-Prozesse können, wie SUNRISE zeigt, Kollaborationen zwischen einer Vielzahl von AkteurInnen herstellen. Jedoch gibt es einige AkteurInnen, die spezielle Partizipationsangebote brauchen, um in einen Co-Creation-Prozess eingebunden werden zu können.

4.2 Solidarität als inkludierende Praktik: Inklusion von „hard-to-reach groups" in SUNRISE

Solidarität ist eine Praktik mit inkludierenden und exkludierenden Aspekten (vgl. Agustín/Jørgensen 2019). Solidarisches Handeln ist durch Prozesse der Gemeinschafts- und Identitätsbildung bestimmt und umfasst in der Regel nur einen bestimmten Teil der Gesellschaft oder ein räumlich begrenztes Gebiet (z. B. im Quartier, in der Stadt, im Nationalstaat, transnational; vgl. Altreiter 2019; Banting/Kymlicka 2017). Die Frage nach Inklusion und Exklusion ist auch in kokreativen Prozessen von Bedeutung, da hier verschiedensten AkteurInnen die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Interessen zu äußern und in den Planungsprozess einzubringen. Insbesondere hinsichtlich eines solidarischen Planungsverständnisses sind inklusive Prozesse und das Erreichen und Ermächtigen von AkteurInnen, die ihre Interessen nur schwer in Planungspro-

zesse einbringen können, bedeutsam (vgl. Güntner 2019). Daher gilt es, in der Planung und Durchführung von Co-Creation-Prozessen besonderes Augenmerk auf „hard-to-reach groups" zu legen. Diese Gruppen lassen sich oft aufgrund von sozioökonomischen Umständen, von räumlicher Distanz oder schlechten Erfahrungen mit Partizipationsprozessen (vgl. Brackertz 2007; Ellard-Gray et al. 2015) nur schwer in klassischen Formaten (Diskussionen, Workshops etc.) einbinden. Das „Problem" der Erreichbarkeit dieser Gruppen liegt nach Cook (2002) jedoch nicht an den Personen selbst, sondern am Partizipationsangebot, weswegen spezielle Formate benötigt werden. SUNRISE hat mit dem Konzept der Co-Creation das explizite Ziel, solidarisch zu planen und die Teilhabe möglichst vieler AkteurInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern am Co-Creation-Prozess zu ermöglichen. Die Inklusion gesellschaftlicher Gruppen, die in klassischen partizipativen Planungsprozessen häufig unterrepräsentiert sind (z. B. Kinder, Jugendliche, SeniorInnen, MigrantInnen), ist demnach ein zentraler Aspekt des Projekts SUNRISE.

Anhand von Beispielen aus vier SUNRISE-Quartieren soll im Folgenden gezeigt werden, wie eine Einbindung von „hard-to-reach groups" in die ko-kreativen Prozesse gelingen kann. In einem SUNRISE-Quartier stand die Sicherheit von FußgängerInnen, wegen der Schulen im Quartier insbesondere jene von SchülerInnen auf dem Schulweg, aufgrund der gemeinschaftlich erarbeiteten Problemwahrnehmung im Fokus der Maßnahmenentwicklung. Um auch SchülerInnen in die Maßnahmenentwicklung einzubinden, wurden Workshops in Schulen des Quartiers veranstaltet. Diese Workshops zeichneten sich durch altersgerechte, spielerische Gestaltung (altersgerechte Informationen und bildliche Darstellungen zu Mobilität, Malzeug etc.) aus, sodass SchülerInnen nicht nur ihre Eindrücke vom Schulweg schildern, sondern auch etwas über das Thema Nachhaltigkeit und aktive Mobilität lernen konnten. Somit konnten SchülerInnen direkt an der Entwicklung von Verbesserungen für ihren Schulweg beteiligt werden. Zusätzlich bildete man SchülerInnen zum Thema aktiver Mobilität weiter und setzte sie als „MobilitätsbotschafterInnen" ein, um dieses Wissen in ihre Familien- und Freundeskreise weiterzutragen.

In einem weiteren SUNRISE-Quartier befinden sich mehrere SeniorInnenwohnheime. Aufgrund der geringen Teilnahmezahlen von SeniorInnen in den ersten ko-kreativen Formaten wurden Workshops in einem SeniorInnenheim veranstaltet, um auch SeniorInnen eine Möglichkeit zu geben, am Co-Creation-Prozess teilzunehmen.

Ein anderes SUNRISE-Quartier zeichnet sich durch einen hohen Anteil von BürgerInnen mit Migrationshintergrund aus. Mittels spielerischer Elemente und durch den Einsatz von Bildern und Piktogrammen wurde hier versucht, Sprachbarrieren zu verringern und niederschwellige Angebote für die Teilnahme zu schaffen. Dadurch ließen sich deutlich mehr BürgerInnen einbinden, die sonst eher selten an partizipativen Formaten teilnehmen.

In einem weiteren SUNRISE-Quartier befinden sich mehrere Einrichtungen für seh- und mobilitätseingeschränkte Personen. Um diese am Co-Creation-Prozess zu beteiligen, wurden mehrere thematische Begehungen im Quartier durchgeführt. Diese Spaziergänge, die auf Problemlagen spezifischer Gruppen fokussierten, fanden unter der Anleitung von seh- und mobilitätseingeschränkten Personen statt, die auf diese Weise detailliert ihre alltäglichen Probleme mit Mobilität im Quartier schildern konnten. Darüber hinaus bot sich auch die Möglichkeit, über Ideen und Lösungen zu diskutieren.

Durch den Einsatz von spezifischen Formaten in den oben aufgeführten SUNRISE-Quartieren gelang auch die Einbindung von spezifischen Gruppen in den Planungsprozess, die für den lokalen Kontext von Bedeutung, aber nur selten mit herkömmlichen Partizipationsformaten zu

erreichen sind. Hier werden allerdings ebenso die Grenzen von Co-Creation deutlich. Die Möglichkeiten, AkteurInnen in den Co-Creation-Prozess einzubinden, sind durch die zur Verfügung stehenden Ressourcen und Prioritätensetzungen limitiert. Die Einbindung aller AkteurInnen in einen Co-Creation-Prozess ist demnach nur schwer möglich. Ko-kreative Prozesse gehen somit auch immer mit Exklusion – gewollt oder ungewollt – einher. SUNRISE fördert den Blick auf die Integration von AkteurInnen, sodass jenseits der Begrenztheit von Co-Creation darauf geachtet werden kann, welche AkteurInnen für die Entwicklung neuer Lösungen im Quartier relevant sind.

4.3 Solidarität als generative Praktik: Entwicklung neuer Mobilitätslösungen und Konzepte in SUNRISE

Solidarität umfasst nach Agustín und Jørgensen (2019) auch eine generative Praktik, durch die sowohl neue Ideen und Konzepte von Gesellschaft und Zusammenleben generiert und gelebt werden, als auch kollektive Identitäten neu entstehen (vgl. Agustín/Jørgensen 2019, 25). Nach Schneidermesser (et al., 2019) zeichnet sich Co-Creation ebenso dadurch aus, dass Neues generiert wird, das die beteiligten AkteurInnen gestalten und im Ergebnis nutzen können.

Durch die Beteiligung unterschiedlicher AkteurInnen aus verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsfeldern und die Aushandlung eines Konsenses, der für die Beteiligten bestmögliche Lösungen darstellt (vgl. Streich 2005), entsteht in ko-kreativen Prozessen auch die Legitimation, neue Konzepte und Ideen in die Praxis umzusetzen. Die Legitimation ergibt sich in SUNRISE aus der Beteiligung einer Vielzahl heterogener AkteurInnen, den gemeinsam abgestimmten Problemwahrnehmungen, den gemeinschaftlich erarbeiteten Lösungsansätzen sowie durch hergestellte Verbindlichkeiten in Form von Quartiersmobilitätskonzepten. Mit den auf Basis der erarbeiteten Mobilitätslösungen erstellten Quartiersmobilitätskonzepten entstehen Verpflichtungen und eine Anspruchsgrundlage, die Lösungsvorschläge auch umzusetzen und rasch vom „Reden ins Handeln" zu kommen (vgl. Hammerl et al. 2016, 492). Das Implementieren von Pilotmaßnahmen stärkte darüber hinaus das Vertrauen in den ko-kreativen Prozess und das Gemeinschaftsgefühl der beteiligten AkteurInnen, sowie die kollektiven Identitäten und das Verantwortungsgefühl gegenüber den Quartieren.

In den sechs SUNRISE Quartieren wurden insgesamt 33 Maßnahmen entwickelt, die ab dem Frühjahr 2020 zur Umsetzung kommen. Zu den entwickelten Mobilitätslösungen zählen Verbesserungen für den Radverkehr (wie neue Radständer, sicherere Radkreuzungen, Leihstationen und Informationskampagnen zum Radverkehr) sowie Verbesserungen für den FußgängerInnenverkehr (u. a. Bildungsprogramm bzw. Maßnahmen für sichere und nachhaltige Schulwege, „Schulbus zu Fuß", Neugestaltungen und Informationskampagnen für FußgängerInnenrouten). Maßnahmen wie die Errichtung von Sitzbänken als Treffpunkte, Begrünung von Straßen und Plätzen und eine verstärkte Belebung des öffentlichen Raumes durch Veranstaltungen oder andere Interventionen wurden als Lösungen für die Attraktivierung des öffentlichen Raumes entwickelt. Verbesserungen der Informations- und Aufenthaltsqualität an Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel sind Teil der entwickelten Mobilitätslösungen. Zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs im Quartier wurden Parkzonen, Tempo-30-Regelungen sowie Stationen für Carsharing ausgewählt.

Die hier überblicksartig dargestellten Maßnahmen wurden partizipativ konsensual von einem breiten Spektrum an AkteurInnen entwickelt. Bei der Betrachtung der angeführten Mobilitätslösungen in SUNRISE fällt auf, dass keine wirklich neuartigen technisch innovativen Maßnahmen,

sondern eher bewährte Lösungen zur Verbesserung und Attraktivierung der nachhaltigen Mobilität im Quartier erarbeitet wurden. Raffl et al. (2014, 39 ff.) weisen hinsichtlich der ko-kreativen Maßnahmenentwicklung darauf hin, dass es bei Co-Creation weniger um die objektive Neuheit einer Idee, sondern um die Neuheit einer Lösung in Bezug auf ihre sozial-räumliche Konstellation, in die sie eingebettet ist, geht (vgl. Haufe/Franta 2019, 68). Co-Creation kann durch Kollaboration hierbei auch Akzeptanz schaffen, die die Umsetzung von weniger populären Lösungen möglich macht.

5 FAZIT

Co-Creation ist ein viel diskutiertes Konzept in der Stadtplanung, nicht nur, um nachhaltige Veränderungen im Raum zu gestalten, sondern auch, um Solidarität im lokalen Kontext zu fördern. Ziel dieses Beitrags war die Klärung der Frage, inwiefern Co-Creation als solidarische Praxis des Planens verstanden werden kann.

Co-Creation bezeichnet einen kollaborativen Prozess, bei dem heterogene AkteurInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern in einem generativen Prozess mobilisiert und auf strategische Weise verbunden werden, mit dem Ziel, Wissen, Instrumente, Technologien, Artefakte, Policies und Kompetenzen zu schaffen (vgl. Haufe/Franta 2019, JPI Urban Europe 2016). Als partizipatives und inklusives Konzept kann Co-Creation auch als solidarischer Planungsprozess verstanden werden.

Nach Agustín und Jørgensen (2019) ist Solidarität hierbei nicht nur als Haltung, sondern als Praxis zu verstehen, welche sich im Alltag folgendermaßen manifestiert: als relationale, als generative sowie als inklusive und exklusive Praktik. Diese Praktiken der Solidarität spielen auch für die ko-kreativen Prozesse im Horizon-2020-Projekt SUNRISE eine bedeutende Rolle, wo Co-Creation das Schlüsselkonzept für die Entwicklung, Umsetzung und Bewertung von nachhaltigen Mobilitätslösungen auf der Quartiersebene ist.

In den ko-kreativen Prozessen der sechs SUNRISE-Quartiere wurden Kollaborationen zwischen heterogenen AkteurInnen durch eine Vielfalt von Partizipationsmethoden geschaffen. Face-to-Face-Methoden für die breite Öffentlichkeit und für ausgewählte RepräsentantInnen von Interessens- bzw. Akteursgruppen wurden mit internetbasierten Methoden kombiniert und boten so einer Vielzahl von AkteurInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern die Möglichkeit, partizipativ und kollaborativ das Quartier mitzugestalten. Abhängig von der eingesetzten Methode umfassten die ko-kreativen Prozesse in SUNRISE die Artikulation unterschiedlicher Interessen, das kritische Hinterfragen von Meinungen, die Einigung über relevante Themen und Inhalte, die Meinungsbildung sowie das Treffen endgültiger Entscheidungen. In den SUNRISE-Quartieren zeigte sich auch, dass Co-Creation bestehende Kollaborationen verbessern und ebenso neue herstellen kann.

Einem inklusiven solidarischen Planungsverständnis folgend, wurde in den SUNRISE-Quartieren ein besonderes Augenmerk auf die Inklusion von „hard-to-reach groups" gelegt. Durch den Einsatz von speziellen Formaten konnten spezifische Gruppen in den Planungsprozess eingebunden werden, die für den lokalen Kontext von Bedeutung, aber mit herkömmlichen Partizipationsformaten nur selten zu erreichen sind. Hier werden aber auch die Grenzen von Co-Creation

deutlich. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen und Prioritätensetzungen limitieren die Möglichkeiten, AkteurInnen an einem Co-Creation-Prozess zu beteiligen. Exklusion von AkteurInnen – gewollt oder ungewollt – ist in ko-kreativen Prozessen de facto nicht zu vermeiden. Auch in den SUNRISE-Quartieren konnten nur begrenzt AkteurInnen eingebunden werden, jedoch konnten durch den Fokus auf ein Quartier AkteurInnen gezielt angesprochen werden.

In den ko-kreativen Prozessen der sechs SUNRISE-Quartiere wurden partizipativ-konsensual insgesamt 33 Mobilitätslösungen entwickelt. Bei der Betrachtung der entwickelten Mobilitätslösungen in SUNRISE fällt auf, dass eher bewährte Lösungen zur Verbesserung und Attraktivierung der nachhaltigen Mobilität im Quartier erarbeitet wurden. Es geht bei der Bewertung der Mobilitätslösungen jedoch weniger um die objektive (technologische) Neuheit, als vielmehr um die Frage, ob eine Idee oder Lösung für das Quartier neu ist bzw. nachhaltige Wirkung entfalten kann. Durch Kollaboration und Inklusion kann Co-Creation auch Akzeptanz bzw. Solidarität schaffen, die die Entwicklung und Umsetzung von weniger populären Lösungen im Quartier möglich macht.

Die ko-kreativen Prozesse aus dem Horizon-2020-Projekt SUNRISE zeigen, dass Co-Creation als solidarisches Planungskonzept verstanden werden kann. Es bedarf jedoch weiterer Untersuchungen, um die Tragfähigkeit und Langfristigkeit der durch Co-Creation entstandenen Solidarität zu untersuchen.

BIBLIOGRAFIE

Agustín, Óscar García and Martin Bak *Jørgensen* (2019), Solidarity and the 'Refugee Crisis' in Europe, Cham: Palgrave MacMillan/Springer Nature.

Altreiter, Carina, Jörg *Flecker*, Ulrike *Papouschek*, Saskia *Schindler* und Annika *Schönauer* (2019), Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft, Wien: Promedia.

Banting, Keith and Will *Kymlicka* (2017), The Political Sources of Solidarity in Diverse Societies, in: Keith *Banting* and Will *Kymlicka* (Hg.), The Strains of Commitment – The Political Sources of Solidarity in Diverse Societies, Oxford: Oxford University Press, 1–58.

Boshammer, Susanne (2008), Solidarität, in: Stefan *Gosepath*, Wilfried *Hinsch* und Beate *Rössler* (Hg.), Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie, 2 Bände. Berlin: De Gruyter, 1197–1201.

Brackertz, Nicola (2007), Who is hard to reach and why? Melbourne: Institute for Social Research, Swinburne University of Technology; https://www.researchgate.net/publication/314283998_Who_is_hard_to_reach_and_why (Abruf am 20. 1. 2020).

Brocchi, Davide (2019), Nachhaltige Transformation im Quartier, in: Oliver *Niermann*, Olaf *Schnur*, Matthias *Drilling* (Hg.), Ökonomie im Quartier, Wiesbaden: Springer VS, 249–268.

Bude, Heinz (2019), Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee, Berlin: Carl Hanser.

Bundeszentrale für politische Bildung, bpb (2020), Solidarität; https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161609/solidaritaet (Abruf am 15. 3. 2020).

Cook, Dee (2002), Consultation, for a Change? Engaging Users and Communities in the Policy Process, in: Social Policy & Administration 36(5), 516–531; https://doi.org/10.1111/1467-9515.00300 (Abruf am 25. 2. 2020).

Durkheim, Émile (1992), Über soziale Arbeitsteilung, Frankfurt/M.: Suhrkamp (7. Auflage).

Ellard-Gray, Amy, Nicole K. *Jeffrey*, Melisa *Choubak* and Sara E. *Crann* (2015), Finding the Hidden Participant: Solutions for Recruiting Hidden, Hard-to-Reach, and Vulnerable Populations, in: International Journal of Qualitative Methods 14(5); https://doi.org/10.1177%2F1609406915621420 (Abruf am 25. 2. 2020).

Faehnle, Maija and Liisa *Tyrväinen* (2013), A framework for evaluating and designing collaborative planning, in: Land Use Policy 34, 332–341; https://doi.org/10.1016/j.landusepol.2013.04.006 (Abruf am 25. 2. 2020).

Güntner, Simon (2019), Solidarische Planung, Vortrag bei der SRL Jahrestagung 2019 „Zukunft der räumlichen Planung", Berlin, 25. 10. 2019.

Gunton, Thomas and J. Chad *Day* (2003), The theory and practice of collaborative planning in resource and environmental management, in: Environments 31(2), 5–19.

Hammerl, Barbara, Remko *Berkhout* und Elisabeth *Oswald* (2016), Open-Innovation und Living-Lab-Ansätze in der Praxis der Stadtentwicklung – Herausforderungen, Dilemmas und Chancen, in: Real Corp 2016 Proceedings, Hamburg, 491–499.

Haufe, Nadine und Lukas *Franta* (2019), Co-Creation und nachhaltige Stadtentwicklung: Theorie und Praxis am Beispiel der Entwicklung nachhaltiger Mobilitätslösungen auf Quartiersebene, in: *Berger*, Martin, Julia *Forster*, Michael *Getzner* und Petra *Hirschler* (Hg.), Jahrbuch Raumplanung 2019 (Band 6), Wien: Institut für Raumplanung, TU Wien.

Healey, Patsy (1997), Collaborative Planning. Shaping Places in Fragmented Societies, Houndsmill and London: MacMillan Press.

Hermansen, Bianca und Sophia *Schuff* (2016), Co-Creation statt Partizipation; https://www.garten-landschaft.de/superkilen-co-creation-statt-partizipation/ (Abruf am 22. 5. 2019).

Howalt, Jürgen und Michael *Schwarz* (2019), Soziale Innovation im Fokus, Bielefeld: transcript.

Innes, Judith E. (1996), Planning Through Consensus Building: A New View of the Comprehensive Planning Ideal, in: Journal of the American Planning Association 62(4), 460–472.

Innes, Judith E. (1998), Information in communicative planning, in: Journal of the American Planning Association 64, 52–63; http://www-personal.umich.edu/~sdcamp/up540/temporary-readings/Innes,%201998%20(JAPA)%20Information.pdf (Abruf am 20. 2. 2020).

Innes, Judith E. and David E. *Booher* (1999), Consensus Building and Complex Adaptive Aystems: A Framework for Evaluating Collaborative Planning, in: Journal of American Planning Association 65(4), 414–423; https://doi.org/10.1080/01944369908976071 (Abruf am 20. 2. 2020).

JPI Urban Europe (2016), ERA-NETCofund Smart Urban Futures Joint Call for Proposals; https://jpi-urbaneurope.eu/app/uploads/2016/09/ENSUF_Call_text.pdf (Abruf am 31. 5. 2019).

Leading Cities (2014), Co-Creating Cities. Defining Co-Creation as a Means of Citizen Engagement; https://leadingcities2014.files.wordpress.com/2014/02/co-creation-formatted-draft-6.pdf (Abruf am 31. 5. 2019).

Lund, Dorthe Hedensted (2017), Co-creation in Urban Governance: From Inclusion to Innovation, in: Scandinavian Journal of Public Administration 22(2), 27–41; http://ub016045.ub.gu.se/ojs/index.php/sjpa/article/download/3741/3478 (Abruf am 31. 5. 2019).

Magistrat der Stadt Wien, MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg., 2012), Praxishandbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln. Werkstattbericht Nr. 127, Wien: Magistrat der Stadt Wien; https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008273.pdf (Abruf am 15. 3. 2020).

Puerari, Emma, Jotte I. J. C. *De Koning*, Timo *Von Wirth*, Philip M. *Karré*, Ingrid J. *Mulder* and Derk A. *Loorbach* (2018), Co-Creation Dynamics in Urban Living Labs, in: Sustainability 10(6), 1–18; https://www.mdpi.com/2071-1050/10/6/1893/pdf (Abruf am 31. 5. 2019).

Raffl, Celina, Jörn *von Lucke*, Oliver *Müller*, Hans-Dieter *Zimmermann* und Jan *von Brocke* (2014), Handbuch für offene gesellschaftliche Innovation, TOGI-Schriftenreihe, Band 11, Friedrichshafen: The Open Government Institute der Zeppelin Universität Friedrichshafen.

Rebscher, Herbert (Hg., 2006), Gesundheitsökonomie und Gesundheitspolitik: im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politikberatung, Heidelberg: Economica Verlag.

Roselt, Kersten, Ingo *Quaas* und Andreas *Reich* (2016), 'effort' (Energieeffizienz vor Ort) – Eine nachhaltigkeitsbasierte Methode für die Planung, Mitteldeutsches Energiegespräch; https://mitteldeutsches-energiegespräch.de/cms/wp-content/uploads/2016/03/160312_KR_effort-for-Vi.pdf (Abruf am 16. 3. 2020).

Schneidemesser, Dirk von, Jeremias *Herberg* und Dorota *Stasiak* (2019), Wissen auf die Straßen – ko-kreative Verkehrspolitik jenseits der „Knowledge-Action-Gap", https://www.researchgate.net/profile/Jeremias_Herberg/publication/330204093_Wissen_auf_die_Strasse_-_ko-kreative_Verkehrspolitik_jenseits_der_%27Knowledge-Action-Gap%27/links/5c33923d92851c22a36262e0/Wissen-auf-die-Strasse-kokreative-Verkehrspolitik-jenseits-der-Knowledge-Action-Gap.pdf (Abruf am 31. 5. 2019).

Selle, Klaus (2013), Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte, Detmold: Rohn.

Streich, Bernd (2005), Stadtplanung in der Wissensgesellschaft: Ein Handbuch, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

AUTORiNNEN

Johanna *Bröse* ist Sozialwissenschafterin und Autorin. Sie promoviert derzeit an der Universität zu Köln zu Solidaritätsstrukturen und autoritärem Populismus.

Berenike *Ecker* ist Sozialwissenschafterin und in der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie (ÖGKJP) beschäftigt.

Hubert *Eichmann* ist Soziologe und Mitglied der Leitung der FORBA.

Christine *Esterbauer* ist Sozialwissenschafterin und arbeitet beim Verband österreichischer gewerkschaftlicher Bildung.

Benjamin *Herr* ist Stipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und forscht am Institut für Soziologie der Universität Wien zu Digitalisierung, Entgrenzung und ArbeiterInnenmacht.

Lukas *Franta* ist Researcher, Lecturer und Dissertant am Forschungsbereich Soziologie der TU Wien.

Nadine *Haufe* ist Researcher und Lecturer am Forschungsbereich Soziologie der TU Wien und Dissertantin des Doktoratskollegs „Urbanes Energie- und Mobilitätssystem" der TU Wien.

Daniel *Keil* habilitiert mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Universität zu Köln über die (neue) Rechte in der politischen Krise der EU (https://danielkeil.wordpress.com).

Der Inhalt dieses Werkes steht unter einer Creative-Commons-Lizenz zu folgenden Bedingungen:
CC BY-SA 4.0

Namensnennung

Weitergabe unter gleichen Bedingungen

http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de
Für darüber hinausgehende Nutzungen ist eine ausdrückliche Zustimmung des Herausgebers erforderlich.

Impressum:
Herausgeber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22.
Redaktion: Ursula Filipič, AK Wien, Abteilung Sozialpolitik.
© 2020 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien.
Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH
Grafik/Layout: Walter Schauer, Verlag des ÖGB GmbH
Lektorat: Marga Achberger, Florian Praxmarer
Printed in Austria
ISBN 978-3-99046-496-0
ISSN 2706-624X

AK WIEN

sozialleistungen.at
SOZIALSTAAT IM ÜBERBLICK

SIE HABEN FRAGEN ZUM SOZIALSTAAT UND ZU SEINEN LEISTUNGEN?

Besuchen Sie jetzt sozialleistungen.at!

- » Gebündeltes Wissen zu Sozialleistungen
- » Rechtliche Infos auf dem aktuellen Stand
- » Von Expertinnen/Experten der AK für die Praxis verfasst
- » Qualifizierte und verlässliche Inhalte
- » Links zu Beratungsinformationen der AK
- » … kostenlos und immer für SIE da!

www.sozialleistungen.at

Bisher erschienen

1 Ulrich Schönbauer, Ältere im Betrieb (Februar 2006)

2 Ursula Filipič (Hg.), Neoliberalismus und Globalisierung (September 2006)

3 Ursula Filipič (Hg.), Arbeitsmarktpolitik in Europa (März 2007)

4 Kai Biehl und Norbert Templ (Hg.), Europa altert – na und? (August 2007)

5 Helmut Ivansits und Ursula Filipič (Hg.), Privatisierung von Gesundheit – Blick über die Grenzen (November 2007)

6 Ursula Filipič (Hg.), Soziale Gerechtigkeit versus Eigenverantwortung (Dezember 2007)

7 Josef Wallner (Hg.), Gestaltung und Finanzierung von Arbeitsmarktpolitik: Ein internationaler Vergleich (Jänner 2008)

8 Erik Türk (Hg.), Invalidität: Aktuelle Debatten – Lösungsvorschläge (August 2008)

9 Gerhard Stemberger (Hg.), Psychotherapie zwischen gesellschaftlicher Anpassung und Emanzipation (April 2009)

10 Alexander Schneider, Zu alt für Weiterbildung? (August 2009)

11 Elisabeth Beer und Ursula Filipič (Hg.), Sozialstaaten unter Druck: Wohlfahrtsstaatliche Veränderungen in Mittelosteuropa – Rückwirkungen auf Österreich? (August 2010)

12 Thomas Riesenecker-Caba und Alfons Bauernfeind, Verwendung personenbezogener Daten und Grenzen betrieblicher Mitbestimmung: Datenschutz in der Arbeitswelt (August 2011)

13 Ursula Filipič und Elisabeth Beer (Hg.), Sozialer Aderlass in Europa: Arbeit und soziale Sicherung unter Druck (März 2013)

14 Martina Chlestil (Hg.), Konflikte und Mobbing am Arbeitsplatz: Rechtliche Möglichkeiten und praktische Handlungsanleitungen (September 2013)

15 Sonja Ertl und Ursula Filipič (Hg.), Die Qualität der Arbeit auf dem Prüfstand: Der Einfluss der Arbeitsmarktlage auf die Arbeitsqualität (Dezember 2013)

16 Adi Buxbaum (Hg.), Perspektiven für sozialen Fortschritt: Sozialinvestitionen haben eine Mehrfachdividende (August 2014)

17 Josef Wöss (Hg.), Alterssicherung: Kapitalgedeckte Zusatzpensionen auf dem Prüfstand (Mai 2015)

18 Nadja Bergmann und Claudia Sorger (Hg.), 40 Jahre 40-Stunden-Woche in Österreich. Und jetzt? Impulse für eine geschlechtergerechte Arbeitszeitpolitik (Juni 2016)

19 Ursula Filipič und Annika Schönauer (Hg.), Zur Zukunft von Arbeit und Wohlfahrtsstaat: Perspektiven aus der Sozialforschung (Februar 2018)

20 Nikolai Soukup (Hg.), Neoliberale Union oder soziales Europa? Ansätze und Hindernisse für eine soziale Neuausrichtung der EU (Januar 2019)

21 Ursula Filipič (Hg.), Gute Arbeit in Gesundheits- und Sozialberufen?! (September 2019)

ISBN 978-3-99046-496-0 ISSN 2706-624X

Kostenloser Download der Publikation unter:
https://wien.arbeiterkammer.at/service/studienundzeitschriten/zeitschriften/Sozialpolitik_in_Diskussion.html

AK WIEN
wien.arbeiterkammer.at